

Protokoll

des

Socialisten = Congresses

zu

Gotha

vom 19. bis 23. August 1876.



Berlin, 1876.

Druck und Verlag der Allgemeinen Deutschen Associations-Buchdruckerei,
Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8 a.

Vorlage

zum

Congress der Social-Demokraten Deutschlands

am 19., 20., 21., 22. und 23. August 1876
zu Gotha.

Bureau des Empfangs-Comités: Restauration von Lange am Bahnhof.
Congress-Lokal: Thüringer Hof.

A. Vorversammlung: Sonnabend (Samstag), 19. August,
Abends 8 Uhr,
behufs:

- 1) Abgabe der Mandate.
- 2) Wahl des Bureau's.
- 3) Wahl der Mandatsprüfungs-Commission.
- 4) Vereinbarung über die in der öffentlichen Sitzung (Volksversammlung) zu beantragende Resolution.
- 5) Feststellung der Reihenfolge der Tagesordnung und Geschäftsordnung für den Congress.

B. Öffentliche Sitzung (Volksversammlung):
Sonntag, 20. August, Nachmittags 4 Uhr.

- 1) Die Stellung der deutschen Social-Demokratie zu den bevorstehenden Reichstagswahlen.

Referenten: W. Liebknecht, Leipzig, W. Hasselmann, Berlin.

C. Geschlossene Sitzungen: Sonntag, 20. August,
Vormittags 11 Uhr.

Ueber die Zeit der ferneren Sitzungen beschließt der Congress.

- 1) Bericht über die Thätigkeit der socialistischen Reichstags-Abgeordneten.
- 2) Gang und Stand der socialistischen Agitation in Deutschland.
- 3) Die bevorstehenden Reichstagswahlen.
- 4) Feststellung der socialistischen Candidaturen.
- 5) Die socialistischen Organisationen in Deutschland.
- 6) Die Parteipresse.

Anträge.

Zu C. 1.

1. Wähler aus Ottenfen beantragen:
Der Congress möge eine genügende Erklärung von den beiden Abgeordneten Nebel und Liebknecht über ihre Stimmhaltung bei der Diätendebatte abfordern.
2. Der Congress möge beschließen:
Die socialistischen Abgeordneten aufzufordern, eine selbstständige Fraction zu bilden und bei jeder Frage ihre Stimme einheitlich nach dem Majoritätsbeschluß der Fraction abzugeben.

Zu C. 2.

3. Wähler aus Hamm und Horn beantragen:
Der Congress möge Mittel suchen, um in Zukunft die Agitation nach Provinzen geordnet zu betreiben.
4. Wähler aus Offenbach a. M. wünschen, der Congress wolle beschließen:
Die Agitation in Süddeutschland kräftiger und vor allem regelrechter zu betreiben, damit die Partei-Genossen Süddeutschlands, besonders die des Maingau's, nicht so abgeschlossen von der Gesamt-Partei fortarbeiten müssen.
5. Wähler aus Berge h. F. beantragen: Der Congress möge beschließen:
Für die Niederlausitz einen stabilen Agitator anzustellen und zwar, wenn nicht für immer, so doch für die bevorstehenden Reichstagswahlen.
6. Socialisten in Minden i. W. beantragen:
Der Congress möge vollständig besoldete Agitatoren anstellen, die ständig den Wohnsitz zu wechseln haben. Bei der Auswahl der Agitatoren möge nur auf dazu geeignete Kräfte Rücksicht genommen werden.
7. Socialisten in Bielefeld beantragen:
Für das nächste halbe Jahr einen besoldeten Secretär zur Führung der Correspondenz anzustellen.

Zu C. 3.

8. Die Socialisten des 3. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises beantragen:

Der Congreß möge den 3. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis unter die officiellen Wahlkreise aufnehmen.

9. Wähler aus Marburg und Giessen beantragen:

Für den dortigen Wahlkreis während der Zeit der Reichstagswahl-Agitation einen monatlichen Zuschuß aus Parteimitteln zu gewähren.

10. Freiburger Partei-Genossen beantragen:

Während der Wahl-Agitation für den 9. sächsischen Wahlkreis einen ständigen Agitator anzustellen und dazu H. Schönhals in Freiberg zu wählen.

11. W. Hasenclever in Hamburg beantragt: Der Congreß wolle beschließen:

Bei etwaigen engeren Wahlen zum deutschen Reichstag, bei denen der socialistische Candidat ausgeschlossen ist, enthalten sich die Social-Demokraten principiell der Abstimmung, da alle anderen Parteien uns gegenüber laut Programm der socialistischen Arbeiterpartei eine reactionäre Masse bilden. In einzelnen speciellen Fällen jedoch, bei welchen es sich entweder um praktische Rücksichten handelt, oder bei denen die Eine principielle Frage aufsteht, ob der betreffende gegnerische Candidat das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht für den Reichstag in Zukunft aufrecht zu erhalten verspricht, hat das socialistische Wahlcomité des eventuellen Kreises die Ansicht der von dem Congreß einzusetzenden Commission einzuholen.

12. Adolph Sabor in Frankfurt a. M. beantragt: Der Congreß beschließt:

Auch bei engeren Wahlen dürfen die Socialisten niemals für einen Candidaten stimmen, der sich durch Gründungsmanöver oder durch Beihilfe dazu bekleckert hat.

13. Wähler aus dem Wahlkreis Sorau i. d. L. beantragen:

Den Wahlkreis Sorau unter die officiellen Kreise aufzunehmen und die Kosten für die Wahl-Agitation auf die Parteikasse zu übernehmen.

Zu C. 4.

14. Parteigenossen in Erfurt, Rothenburgsort, Ebersdorf und Hamm und Horn beantragen: Der Congreß möge beschließen:

In Erwägung, daß durch eine Nachwahl Zeit- und Geldopfer von den Parteigenossen aufs Neue gebracht werden müssen, soll ein Candidat nicht in mehr als zwei officiellen Kreisen candidiren dürfen.

14. Wähler in Ottensen und Gimsbüttel beantragen: Daß ein Candidat nicht in mehr als einem officiellen Wahlkreis candidiren dürfe.

15. Socialisten in Bielefeld beantragen:

Als Candidaten zur Reichstagswahl nur solche Candidaten aufzustellen, welche vorher die Erklärung abgeben, eventuell die Wahl annehmen zu wollen.

16. Wähler in Erfurt und Minden beantragen:

Nur solche Candidaten aufzustellen, welche bereit sind, in ihrem Wahlkreis persönlich zu agitiren.

17. Parteigenossen aus dem 9. sächsischen Wahlkreis beantragen: Der Congreß möge bewirken:

Daß der bisherige Vertreter dieses Kreises im Deutschen Reichstag, August Geib, auch für die bevorstehende Wahl die Candidatur für genannten Kreis wieder annimmt.

18. Wähler aus dem Wahlkreis Brandenburg a. d. S. beantragen:

Der Congreß möge für ihren Kreis einen Candidaten aufstellen und zwar, wenn möglich, einen Parteibeamten.

Zu C. 5.

19. Socialisten in Ottensen beantragen:

Der Congreß möge eine streng centralistische Organisation, ähnlich der des früheren Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Bereins, schaffen.

20. Parteigenossen in Gimsbüttel beantragen: Der Congreß möge beschließen:

Die Delegirten zum Congreß werden aus der Centralkasse bezahlt.

21. Parteigenossen in Geesthacht beantragen:

1) Der Congreß möge eine bessere Form für die Bezahlung der Parteibeiträge als die bisher übliche (Marken) einführen.

2) Der Congreß möge dafür wirken, daß die Vereinigung sämtlicher Socialisten Deutschlands herbeigeführt werde.

22. Parteigenossen in Barmbeck beantragen:

1) Der Congreß möge die Entschädigung für die Reichstagsabgeordneten regeln.

2) Die Quartalsabrechnungen sind in gegenwärtigem Broschürenformat jedem Parteigenossen zuzustellen.

3) Die Abrechnungen sind in der Weise zu specificiren, daß eine bestimmte Uebersicht für die Mitglieder möglich wird.

23. Parteigenossen in Hamm und Horn beantragen:

1) Der Congreß möge festsetzen, daß kein Redacteur, der zugleich Reichstagsabgeordneter ist, incl. der Diäten mehr als höchstens M. 3000 Gehalt erhält.

2) Der Congreß möge die Gehälter der Parteibeamten feststellen.

24. Parteigenossen in Hamburg beantragen:

Der Congreß möge eine Neuregelung der Besoldungen der in der deutschen Social-Demokratie thätigen Beamten und Agitatoren vornehmen.

Zu C. 6.

25. Socialisten in Offenbach a. M., Ottensen, Izhoe, Rothenburgsort, Elmshorn, Lübeck, Barmbeck, Hamburg, Eimsbüttel, Erfurt, Bielefeld und aus dem 3. Schlesw.-Holst. Wahlkreis beantragen:

Der Congreß möge dahin wirken, daß an Stelle der zwei bestehenden officiellen Parteiblätter „Volkstaat“ und „Neuer Social-Demokrat“ ein einziges Centralblatt trete.

26. Socialisten in Bielefeld, Eimsbüttel, Rothenburgsort und Izhoe beantragen:

Den Preis des Centralblatts möglichst billig zu stellen.

27. Socialisten in Izhoe, Bielefeld und Ottensen beantragen:

Der Congreß möge bestimmen, daß das neu zu schaffende Centralblatt in Berlin erscheine.

28. Socialisten in Bielefeld und Elmshorn beantragen:

Daß das in's Leben zu rufende Centralblatt drei Mal wöchentlich erscheine.

29. Socialisten in Offenbach a. M. und Lübeck beantragen:

Daß das Centralblatt in Zukunft sechs Mal die Woche erscheine.

30. Socialisten in Izhoe beantragen:

Daß das Centralblatt nur einmal in der Woche erscheine.

31. Parteigenossen in Lübeck beantragen:

1) Der Name des neu zu begründenden Blattes soll „Socialdemokratische Correspondenz“ heißen.

2) Das Blatt soll in Leipzig oder Dresden erscheinen.

32. C. W. Tölke in Iserlohn beantragt: Der Congreß wolle Folgendes beschließen:

Vom 1. October d. J. ab ist der „Volkstaat“ das einzige officielle Organ der Socialisten Deutschlands. Der „Volkstaat“ soll unter verändertem Titel wie bisher drei Mal wöchentlich, jedoch in erheblich größerem Format, in Leipzig erscheinen.

33. Parteigenossen in Eimsbüttel beantragen: Der Congreß möge beschließen:

Daß das neue Blatt den Titel: „Centralorgan der socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ führe.

34. Socialisten in Erfurt beantragen:

Daß in das zukünftige Centralorgan Gewerkschafts-Angelegenheiten, mit Ausnahme sehr wichtiger Correspondenzen, gar nicht aufgenommen werden dürfen.

35. Parteigenossen in Rothenburgsort beantragen:

Daß die Localparteiressen einer strengen Controle unterstellt werde.

36. Parteigenossen in Hamm und Horn beantragen:

Der Congreß möge dahin wirken, daß Reclame-Annoncen in den Parteiblättern keine Aufnahme mehr finden.

37. Adolph Sabor in Frankfurt a. M. beantragt: Der Congreß beschließt:

Die leitenden Parteiblätter werden aufgefordert, der Corruption weder direct noch in irgend einer indirecten Weise Vorschub zu leisten; eine indirecte Hilfe ist oft auch das den Betheiligten werthvolle Schweigen. Vielmehr müssen die socialistischen Organe ganz bestimmt, scharf und bei Zeiten der Corruption entgegentreten, — sie betreffe, was nicht zu hoffen, Personen aus dem eigenen Lager, politisch nahe oder entfernt stehende Leute. Motiv: Die Ehre und das dauernde Wohl der Partei.

38. Parteigenossen zu Hamburg stellen den Antrag:

Der Congreß möge erklären, daß das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ Eigenthum der Hamburger Parteigenossen sei und zur Partei in keinem anderen Verhältniß steht, als die übrigen Localblätter.

39. Die Parteigenossen in Geesthacht beantragen:

Der Congreß möge dahin wirken, daß alle Parteilocalblätter, soweit sie nicht Eigenthum einzelner Privatunternehmer sind, vereinigt werden unter eine Control- oder Preßcommission.

40. Die Parteigenossen in Hamm und Horn beantragen:

Daß behufs besserer Betreibung der Agitation aus den Parteizeitungen Geld zu nehmen sei.

41. Socialistische Wähler aus der Niederlausitz beantragen: Der Congreß möge beschließen:

Für die Niederlausitz ein socialistisches Blatt in Forst i. d. L. herauszugeben.

42. Socialisten in Erfurt beantragen:

Zur zweckmäßigen Beförderung der Wahlagitation wird seitens der Parteileitung eine Broschüre herausgegeben,

über die Verhandlungen des deutschen Reichstags in seiner letzten Legislaturperiode; der Broschüre ist die Generalabstimmungsliste aller namentlichen Abstimmungen beizufügen. Die Broschüre ist direct nach Beendigung des Congresses anzufertigen.

43. Lübecker Socialisten beantragen: Der Congress möge beschließen:

Daß die Reden der socialistischen Abgeordneten in Broschürenform erscheinen und zum Selbstkostenpreis verkauft werden.

44. C. Grillenberger in Nürnberg beantragt:

Der Congress wolle die Verwaltung der „Berliner Fr. Presse“ beauftragen, in Zukunft diejenigen Beilagen der „Berliner Fr. Presse“, welche besonders wichtige Reichstagsverhandlungen oder Reden enthalten, auf Wunsch resp. Bestellung der localen Parteiblätter in entsprechend größerer Anzahl abzuziehen und den betreffenden übrigen Blättern zum Druck- und Papierpreis zu überlassen.

45. Kölnner Socialisten beantragen: Der Congress möge beschließen:

Es soll Sorge getragen werden, daß solchen Colporteurs, welche sich ausschließlich mit der Verbreitung unserer Literatur befassen, ein den Verhältnissen entsprechender Zuschuß aus der Centralcasse bewilligt werde.

Zu A. 5.

46. Parteigenossen in Rothenburgsort beantragen:

Der Congress möge für stenographische Aufnahmen seiner Verhandlungen Sorge tragen.

47. Lübecker Socialisten beantragen:

Der Congress möge in seiner Geschäftsordnung festsetzen, daß den Delegirten zu denjenigen Anträgen, welche von ihren Mandatgebern gestellt sind, zur Motivirung zuerst das Wort erteilt wird. Bei gleichlautenden Anträgen aus verschiedenen Orten erhält derjenige Delegirte zuerst das Wort, der sich zuerst meldet.

48. Parteigenossen in Eimsbüttel beantragen: Der Congress möge beschließen:

Daß die Delegirten in allen Fragen nach Kopfsahl stimmen.

49. C. W. Tölcke, Herlohn, beantragt:

Die Delegirten zum Congress sind in Betreff der Organisationsfragen an bestimmte Instructionen ihrer Wähler nicht gebunden; sie stimmen vielmehr nach ihrer freien persönlichen Ueberzeugung.

Vorversammlung am 19. August

Abends 8¹/₂ Uhr.

Geib eröffnet die Sitzung Namens der socialistischen Reichstagsabgeordneten und des Localcomité's, worauf zur Wahl des Bureau geschritten wird. Richter wünscht, daß keine Parteibeamten gewählt werden sollen. Dies wird abgelehnt. Gewählt werden zu Vorsitzenden: Hasenclever und Geib. Durch Abstimmung wird festgesetzt, daß 8 Schriftführer fungiren sollen, und werden dazu gewählt: Ködiger, Derossi, Breuel, Burdhardt, Steffens, Ruhlmann und Löwenstein.

Auf Anregung Geib's werden in die Mandatsprüfungs-Commission gewählt: Grottkau, Lange, Auer, Derossi, A. Kapell und Meister.

Der Vorsitzende Geib eröffnet die Debatte behufs Wahl einer Correspondenzcommission.

Frohme fragt an, ob Berichte über die Congressverhandlungen nur an Parteiblätter geschrieben werden dürfen.

Kayser ist gegen eine solche Commission, welche Waschzettel ähnlich denen, die den liberalen Blättern zugehen, anfertigen soll. Es werde sicher jedes Parteiblatt einen Vertreter hier haben, der es mit Berichten versorgen könne. An nichtsocialistische Zeitungen zu berichten, sei nicht zu empfehlen, dieselben könnten ja eigene Berichterstatter senden. Er bitte daher, eine Correspondenzcommission nicht zu wählen.

Molkenbuhr ist für eine Commission im Interesse größtmöglicher Verbreitung unserer Verhandlungen.

Reinders. Wenn wir liberalen Blättern Berichte schicken, so könnten diese möglicher Weise unsere Verhandlungen eher bringen, wie unsere Parteiorgane, und werde dann gesagt werden, diese schrieben jenen ab. Auch bezweifelt er, daß dadurch unserer Sache eine größere Verbreitung gegeben werde. Außerdem habe eine solche Commission für ihre Mitglieder den Nachtheil, daß sie den Congressverhandlungen fern gehalten werden.

Hasenclever. Die Waschzettel verrichten für die herrschenden Parteien große Dienste, weshalb sollen wir uns also derselben nicht bedienen? Hauptsächlich komme es darauf an, daß die Correspondenzen officiell seien. Dabei sei es ja jedem hier anwesenden Redakteur unbenommen, noch außerdem eigene Berichte an sein betr. Blatt zu richten. Auch im Interesse größerer Centralisation sei er für eine Commission, die jedoch nur an Parteiblätter zu berichten habe.

Frick. Wenn es den Mitarbeitern der verschiedenen Parteiblätter unverwehrt sein soll, besondere Berichte für dieselben anzufertigen, dann sei er für eine Commission. Hingegen schulden wir fremden Berichterstattern keine Rücksicht.

Wiemer wendet sich gegen Kayser's Ansicht und betont, wenn alle hier anwesenden Redakteure Berichte schreiben sollten, so würde eine große Zahl Delegirter von den Verhandlungen fern gehalten werden; er empfiehlt daher die Wahl einer Commission.

Löwenstein stellt dazu das Amendement, dem Hasenclever'schen Antrag hinzuzufügen: Der Congreß hat dagegen nichts zu erinnern, wenn Berichterstatter anderer Blätter den Verhandlungen des Congresses beiwohnen wollen."

Hasenclever wünscht über dieses Amendement eine besondere Debatte, da es ein selbstständiger Antrag sei.

Löwenstein meint, es müßten andere Berichterstatter zugelassen werden, weil hier kein geschlossener Parteicongreß, sondern ein Congreß von Reichstagswählern stattfindet.

Hörig ist gegen eine Commission, die nach der Schablone arbeiten soll. Jeder Redakteur mag sein Blatt mit Berichten versorgen. Damit aber Niemand sagen könne, es würde bloß das gedruckt, was wir grade gedruckt haben wollen, beantrage er, daß fremde Berichterstatter zugelassen werden.

Bahlreich tritt für Löwenstein's Antrag ein und hebt hervor, daß eine Commission doch keine Berichte liefern könne, welche aus einem Gusse sind. Viele Parteiblätter seien hier vertreten, die anderen können sich mit Berichten versorgen lassen. Es regle sich die Sache so besser, als durch eine Commission.

Frohme. Es sei die Aufforderung an ihn ergangen, für eine fremde Zeitung Berichte zu liefern und Andere können in derselben Lage sein. Er wünsche aber, daß kein Delegirter solche Berichte anfertigen darf.

Klute. Es sei nicht nothwendig eine Commission zu wählen, da man das besser den einzelnen Redakteuren überlassen könne. Es sollten auch keine fremden Berichterstatter zugelassen werden, unsere Gegner verweigern uns beharrlich Zutritt zu ihren Verhandlungen und wir sollten ihnen Thür und Thor öffnen?

Der Antrag Löwenstein wird angenommen.

Ein Antrag auf Schluß der heutigen Sitzung wird abgelehnt.

Auf Antrag Geib's wird die Geschäftsordnung des vorjährigen Congresses auch für den gegenwärtigen angenommen. Dieselbe lautet:

1) Die Delegirten, welche sprechen wollen, müssen sich beim Bureau schriftlich zum Wort melden; 2) ebenso müssen alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, schriftlich eingereicht werden; 3) Delegirte, welche zu Anträgen sprechen wollen, müssen bemerken, ob für oder wider; 4) Anträge müssen von mindestens 15 Delegirten unterstützt werden, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen. Ist diese Unterstützung vorhanden, so erhält zu-

nächst der Antragsteller das Wort. 5) Kein Delegirter darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort erhalten: 6) bei Schlußanträgen ist einem Delegirten für und einem wider den Schluß das Wort zu geben, sodann abzustimmen. 7) Für die Generaldebatte wird die Redezeit auf 10 Minuten, für 8) die Special-Discussion auf 5 Minuten festgesetzt; 9) die Referenten haben unbefristete Redezeit. 10) Persönliche Bemerkungen und factische Berichtigungen sind erst nach Schluß der Debatte zu machen. 11) Alle Redner haben von der Tribüne aus zu sprechen. 12) Das Bureau besteht aus zwei Vorsitzenden, sowie einem Führer der Rednerliste und 8 Schriftführern, welche letzern zu je zwei abwechselnd die Protokolle anzufertigen haben.

Zur Führung der Rednerliste werden Klute und Reinders durch Wahl bestimmt.

Auf Anrathen Geib's wird es den beiden Referenten zur Volksversammlung am 20 August, W. Liebknecht und W. Hasselmann, überlassen, eine Resolution für dieselbe abzufassen.

Hasenclever. Wir können die Tagesordnung nicht gut in der Reihenfolge zur Verhandlung bringen, wie sie die Vorlage enthält. Es möge der Punkt 2 zuerst und nachher der erste Punkt verhandelt werden. Ueber den Punkt 5, die socialistische Organisation in Deutschland, möge man gar nicht sprechen, sondern ihn ganz von der Tagesordnung absetzen. Nach den jetzt herrschenden Umständen nützt es einmal nichts, darüber viel zu sprechen. Wir können nicht mit dem Kopfe durch die Wand rennen. Viel besser sei es, wenn wir jetzt unser Augenmerk hauptsächlich darauf gerichtet halten, bei den nächsten Wahlen eine große Zahl von Abgeordneten durchzubringen. Er empfehle, daß man zu diesem Zwecke eine Wahlorganisation für ganz Deutschland schaffe. Das Obertribunal zu Berlin habe erkannt, daß eine Organisation, die eine bestimmte Wahl im Auge habe, nicht unter dem Vereinsgesetze stehe. Das giebt uns Hoffnung, daß eine solche Organisation unangefochten bleiben wird. Man möge die Frage der Parteiorganisation dem nächsten Congresse überlassen, der möglichst zeitig, vielleicht schon im Mai tagen könne. Er schlägt vor, eine Commission zur Schlichtung der etwa auftauchenden persönlichen Zwistigkeiten zu ernennen und sollten dieselben dadurch ihre Erledigung nicht finden, so kann man sich auch noch bis zum nächsten Congreß gedulden, um alte Wäsche zu waschen.

Breuel bittet den ersten Punkt der projectirten Tagesordnung ganz zu streichen, von den Anwesenden werde wohl jeder über die Thätigkeit unserer Abgeordneten unterrichtet sein.

Muer. Es würde nicht gut gehen, den ersten Punkt zu streichen, denn viele Anträge seien an die Abgeordneten selbst ge-

richtet und muß den letzteren Gelegenheit gegeben werden, sich auszusprechen, damit die Antragsteller klar werden.

Er wäre auch mit Streichung des 5. Punktes einverstanden gewesen, jedoch sei er das nach Motivierung desselben durch Hasenclever nicht mehr, vielmehr bestehe er nun darauf, daß er erledigt werde. Hasenclever habe den Vorstand mit dem Waschen alter, schmutziger Wäsche in Verbindung gebracht. Er sei sich nichts bewußt (daß die Frage zudem nicht nebensächlich sei, zeige der Antrag aus Ottenen, welcher eine ganz neue Organisation fordert) und bitte er den Punkt 5 nicht zu streichen.

In Folge dessen zieht Hasenclever seinen Antrag zurück. Er habe den Vorstand nicht gemeint, sondern die Möglichkeit ausgesprochen, daß andere Genossen etwas abzumachen hätten.

Löwenstein bittet zu sagen: „Die socialistische Wahl-Organisation in Deutschland“ und unter dieser Fassung den Punkt 5 zu verhandeln.

Mollenbuhr ist gegen Breuel's Antrag. Es herrsche verschiedentlich Mißstimmung, so auch in Ottenen. Diese soll beseitigt werden.

Löwenstein begründet seinen Antrag noch einmal. Er finde es erklärlich, daß Auer nach der stattgefundenen Motivierung gegen den Antrag Hasenclevers sei. Es kann aber doch der Fall sein, daß Einer und der Andere etwas derartiges mit einander abzumachen haben; nur muß verhindert werden, daß über andere Dinge als Wahlangelegenheiten gesprochen werde.

Hasenclever spricht für Löwensteins Antrag.

Fried wundert sich, daß Hasenclever seinen Antrag zurückgezogen habe. Auer habe ihn nicht überzeugt. Auf Leute, die nicht einmal klar darüber seien, daß die herrschende Klasse keine socialistische Organisation dulde, können wir keine Rücksicht nehmen. Er ist für Streichung des Punktes 5.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Antrag Breuel, Punkt 1 zu streichen wird abgelehnt.

Antrag Hasenclever, statt Punkt 1 den Punkt 2 und umgekehrt und statt Punkt 5 den Punkt 6 und umgekehrt zu setzen, wird angenommen.

Antrag Löwenstein wird angenommen.

Antrag Fried, eine Commission zur Erledigung der Streitfragen niederzusetzen, wird abgelehnt.

Richter fragt, ob Abrechnung gelegt werden wird, worauf Geib erwidert: es sollen Zahlen mitgeteilt werden, die für den Congreß von Interesse sind, auch kann ja die vorjährige Controll-commission durch eines ihrer Mitglieder Bericht erstatten lassen, wodurch diese Frage wohl Erledigung finden wird.

Schluß der Sitzung 1/12 Uhr Abends.

Die Schriftführer: H. Röbiger. Löwenstein.

Sitzung vom 20. August.

Vormittags 11 Uhr.

Eröffnung durch Hasenclever.

Zunächst erhält Auer das Wort als Berichterstatter der Mandats-Prüfungs-Commission. Es sind anwesend 89 Delegirte, welche 226 Orte vertreten; einige Mandate sind noch später eingelaufen, und wird darüber noch berichtet werden.

Es erhält dann das Wort:

Hörig: derselbe sagt in Beziehung auf Richter aus Wandbeck, daß selbiger in Hamburg gegen Drogand die Aeußerung gethan habe, falls der Congreß ihn nicht für unschuldig erkläre, würde er sämtliche Congreß-Mitglieder dem Staatsanwalt denunciren; es ist Pflicht des Congresses, dies näher zu untersuchen.

Richter erklärt, diese Aeußerung nicht gethan zu haben, sondern dieselbe sei vollständig aus der Luft gegriffen.

Holzhauser stellt den Antrag, hierüber zur Tages-Ordnung überzugehen.

Blum ist für noch nähere Untersuchung dieses Falles.

Reinders ist für den Holzhauser'schen Antrag; derselbe wird angenommen.

Richter: Er habe sich das jetzt überlegt, und besinne er sich, daß sich die Sache so verhalte: er sei bei Drogand gewesen, da wurde er gefragt, was er beginnen würde, wenn der Congreß sein Mandat für ungültig erkläre; er habe darauf erwidert, dies könne nicht möglich sein, da dies kein Partei-Congreß, sondern ein allgemeiner Socialisten-Congreß sei; würde unter diesen Umständen sein Mandat beanstandet werden, so würde der Congreß sich selbst dem Staatsanwalt denunciren.

Hasenclever betont, ehe wir weiter gehen, müssen wir über den Abstimmungsmodus berathen, ob nach Kopf- oder nach Stimmenzahl gestimmt werden solle.

Stolle ist für Kopfszahl, Richter und Strecker bezugleich.

Die Abstimmung ergibt, daß in allen Sachen nach Kopfszahl abgestimmt werden solle.

Hasenclever führt an, daß zunächst über den Antrag unter 5 abgestimmt werden müsse. Derselbe verlangt, daß die Delegirten aus der Centralkasse bezahlt werden sollen.

Bebel meint, der Antrag sei nicht diskutirbar.

Auer ist für Diskussion, lediglich schon der Wähler halber; man könne denselben ja ablehnen.

Breuel beantragt, hierüber zur Tages-Ordnung überzugehen;

er wolle die Verantwortung seinen Wählern gegenüber schon übernehmen.

Holzhauser stellt folgenden Antrag: „Im Auftrage meiner Wähler in Ottensen beantrage ich, der Congreß wolle beschließen, den Präsidenten des Allgem. deutschen Arbeiter-Vereins, Herrn Julius Röhling, per Drath aufzufordern, an diesem Congresse Theil zu nehmen, event. sämtlichen Mitgliedern des obengenannten Vereins den Beitritt in die zu gründende Partei, ohne Ansehen der Person, zu eröffnen.“

Dieser Antrag findet nicht die nöthige Unterstützung, und ist daher abgelehnt.

Nuer verliest nunmehr einen Bericht über den Stand der Agitation und der Thätigkeit des Vorstandes der socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Derselbe lautet:

Der vorjährige, in Gotha zusammengetretene Congreß, be- rufen, die Einigung der deutschen Social-Demokratie zu voll- ziehen, hat zur Leitung der dort geschaffenen Partei einen Vor- stand aus fünf Personen eingesetzt, dessen Aufgabe es war, die inneren Angelegenheiten der Partei zu ordnen, letztere durch zweckentsprechende Maßregeln einzuführen und durch praktische Anwendung der Parteimittel für deren Ausbreitung und Stär- kung zu sorgen.

Obwohl nun der gegenwärtige Congreß eigentlich nichts mit der Partei zu thun hat, so glaube ich doch, daß die Herren Delegirten ein gewisses Interesse daran nehmen werden, wenn ich als Mitglied dieses Vorstandes Ihnen ein Bild der Thätig- keit desselben vorführe.

Der Vorstand konstituirte sich am 8. Juni 1875 und wurden von diesem Tage ab die geeigneten Maßnahmen getroffen, welche uns nothwendig erschienen, um den über ganz Deutschland zer- streuten Parteigenossen die Möglichkeit zu geben, durch die Ent- richtung des Parteibeitrages ihre Mitgliedschaft zu bekunden. Die Organisirung der neuen Partei vollzog sich sehr schnell und fan- den die ersten Maßnahmen des Vorstandes allgemeine Zustimmung.

Als Hauptverwaltungsmaxime wurde festgesetzt, wöchentlich mindestens zwei Mal Sitzungen abzuhalten und alle Briefe zc., so weit dies nothwendig, durch die Secretaire möglichst so- fort zu beantworten, nachdem in der ersten Sitzung nach An- kunft des Briefes die Antwort darüber vereinbart worden. Die Folge dieser Maxime war, daß von keiner Seite Beschwerden über die Geschäftsführung des Vorstandes an die Controlcommission gelangten. Der Vorstand hat während der Zeit seines Be- stehens 127 Sitzungen und außerdem eine Reihe von Conferen- zen abgehalten, und sind von Seiten des Secretariats 11,247 Briefe und sonstige Sendungen abgegangen und 3932 Briefe

und Sendungen empfangen worden. Bei dem Cassirer gingen 3700 Sendungen ein und 900 wurden von demselben expedirt.

Will man die Wirksamkeit der Partei recht beurtheilen, so ist es vor Allem nothwendig, einestheils die Mittel zu beachten, welche dieselbe aufgebracht, und andererseits die agitatorische Thätigkeit in's Auge zu fassen, welche seitens der Partei ent- faltet worden ist.

Die Jahresbilanz der Parteikasse weist folgende Zahlen auf:

General-Bilanz

vom 8. Juni 1875 bis 10. August 1876.

Partei-Kasse.

Einnahme:

a) Beiträge	Mark 23433 46
b) Agitationsfonds	7278 91
c) Protocolle und Bücher	993 80
d) Vom „N.Soc.-Dem.“	4991 45
e) Vom „Agitator“	454 50
f) Aus dem Wahlfonds	3261 44

Ausgabe:

a) Verwaltung und Agitation	Mark 39640 96
b) An den Wahlfonds	772 60
<hr/>	
	Mark 40413 56
	Mark 40413 56

Unterstützungsfonds.

Einnahme	Mark 9552 68
Zuschuß a. d. Wahlfonds	206 27
Deficit (Vortrag)	458 34
Ausgabe	
<hr/>	
	Mark 10217 29
	Mark 10217 29
	Mark 10217 29

Wahlfonds.

Einnahme	Mark 7269 06
Aus der Parteikasse	772 60
Ausgabe	
An die Parteikasse	Mark 4573 95
An den Unterstützungsfonds	3261 44
	206 27
<hr/>	
	Mark 8041 66
	Mark 8041 66

Gesamt-Abjluß.

Gesamt-Einnahme	Mark 53973 86
Gesamt-Ausgabe	Mark 54432 20
Deficit	458 34
<hr/>	
	Mark 54432 20
	Mark 54432 20

Außerdem sind nachträglich vom Verleger des „Wähler“ dem Wahlfonds Mark 4330,97 haar überwiesen worden.

Was die vorstehenden Einnahmen betrifft, so muß festgehalten werden, daß unter den hier angegebenen Summen, mit Ausnahme des Geldes vom „Wähler“, nur diejenigen Gelder gezahlt sind, welche dem Vorstand von den Parteigenossen entweder als Parteisteuern oder als freiwillige Beiträge zur Verfügung gestellt wurden. Es ist indeß gewiß nicht zu viel gesagt, wenn behauptet wird, daß eine mindestens drei Mal so große Summe von den Parteigenossen an den verschiedenen Orten aufgebracht wurde, um damit an den einzelnen Orten oder in deren nächster Umgegend zu wirken.

Bedenkt man, daß diese Summen fast ausnahmslos nur von Arbeitern aufgebracht worden sind, welche unter dem Druck der kapitalistischen Produktionsweise und der jetzt allgemein herrschenden Geschäftskrise kaum das Nöthige verdienen, um ihren und ihrer Familien Lebensunterhalt zu ermöglichen, so muß man über diese Opferwilligkeit staunen, und sind diese Zahlen wohl die beste und treffendste Antwort auf den Vorwurf unserer Gegner, wie ihn besonders Heinrich von Treitschke erhoben und wie ihn liberale und konservative Blätter gedankenlos nachschwäzten, den Vorwurf, daß den Social-Demokraten jedes Ideal fehle und daß nur brutale Rohheit ihr besonderes Merkzeichen sei. Arbeiter, welche im Laufe von 14 Monaten Rm. 60,000 sich am Munde absparen, auf daß die Agitation für ihre politischen und socialen Grundsätze kräftigst gefördert werden kann, als jeden Ideals baar hinzustellen, um dies fertig zu bringen, muß man deutscher Professor à la Treitschke oder Bourgeois-Zeitungschreiber sein.

In Bezug auf die Agitation wurde folgendes Verfahren innegehalten: erstens wurde eine Anzahl dazu besonders geeigneter Parteigenossen gewonnen, um als ständige Agitatoren mit vollem Gehalt ihre Dienste der Partei zu widmen. Solcher Agitatoren wurden von Anfang an sechs angestellt und hat die Partei augenblicklich deren acht. Aufgabe dieser Genossen ist es, an einem bestimmten, vom Vorstand auserwählten Orte ihren Wohnsitz zu nehmen und dort, so wie in der Umgegend für die Partei thätig zu sein. Die Sitze dieser Agitatoren sind in der Weise gewählt, daß dieselben ihre Thätigkeit fast über alle jene Orte und Gegenden Deutschlands ausdehnen können, wo die Social-Demokratie Anhänger und Freunde hat und wo zu den bevorstehenden Reichstagswahlen Aussicht ist, daß unsere Partei Erfolge zu erzielen vermag. Die ständig angestellten Agitatoren werden auch regelmäßig benutzt, wenn es sich darum handelt, nach der einen oder anderen Richtung hin eine größere fliegende Agitation zu unternehmen.

Neben den vollbesoldeten Agitatoren werden an 14 Partei-

genossen größere oder kleinere monatliche Zuschüsse im Betrage von Rm. 25—75 gezahlt, für welche die betreffenden Genossen die Partei an ihrem Ort zu leiten haben, außerdem aber auch in der Umgegend ab und zu Versammlungen abhalten oder, wenn ein Agitator in jene Gegend kommt, für die dadurch nothwendig werdenden Vorarbeiten zu sorgen haben.

Außer diesen durch die Parteikasse mehr oder minder entschädigten Parteigenossen stehen der Partei als fast durchweg vollbesoldete und in Folge dessen vollständig unabhängige Agitatoren noch 46 Beamte (Redakteure, Expedienten etc.) zur Verfügung, von denen 37 auf die verschiedenen Lokalblätter kommen, so daß wir im Ganzen 54 vollbesoldete und 14 zum Theil besoldete, der Rede vollständig mächtige Agitatoren haben.

Zu dieser stattlichen Zahl von Vorkämpfern kommen noch 77 Redner, von welchen jeder einzelne sich jedem Gegner gegenüberstellen kann, welche aber in keinem anderen Verhältniß zur Partei stehen, als daß sie brave Parteigenossen sind und sich in den verschiedensten Lebensstellungen ihr Brot verdienen. Die Partei verfügt also über 145 wohlgeschulte Redner, welche alle bereits die Feuertaufe in Versammlungen schon bestanden und durch ihren Eifer und ihre Gewandtheit den verschiedenen Gegnern bei Gelegenheit der bevorstehenden Wahlagitation manche harte Nuß aufzubeißen geben werden.

Wenn nun trotz dieser großen Zahl von Agitatoren und der Unmasse von Versammlungen, welche allwöchentlich in allen Gauen Deutschlands abgehalten werden, die officiellen Organe der Partei weniger über Versammlungen berichten, als dies früher der Fall war, so liegt dies daran, daß die meisten Agitationsbezirke sich auf ein in demselben erscheinendes Lokalblatt stützen und die Berichte über stattgehabte Agitation in Folge dessen den Lokalblättern zugehen und nur in den seltensten Fällen aus denselben in die Hauptblätter übergehen. Wenn hier und da Klagen laut wurden, daß die Agitation im Laufe des letzten Jahres sich hauptsächlich darauf beschränkte, bereits der Social-Demokratie zugängliche Territorien zu bearbeiten und bis jetzt noch unbearbeitete Länderstriche, wie Ostpreußen und Pommern, auch in diesem Jahre wenig berücksichtigt wurden, so muß darauf hingewiesen werden, daß wir erstens während des ganzen abgelaufenen Jahres schon stets bei der Agitation auf die bevorstehenden Reichstagswahlen Rücksicht nehmen mußten, und es in Folge dessen unsere Pflicht war, die vorhandenen Mittel für jene Gegenden anzuwenden, wo uns Erfolge in Aussicht, ja so ziemlich sicher sind; zweitens aber darf nicht vergessen werden, daß die oben genannten Länderstriche als die politisch und social zurückgebliebensten in ganz Deutschland zählen, und daß schon aus

diesen Gründen die Social-Demokratie, welche mit ihren Grund-
 sätzen nur dort auf Verständniß rechnen kann, wo in Folge der
 gesellschaftlichen Entwicklung die Bourgeoiswirthschaft den Boden
 für sie bereitet hat, daselbst auf keine allzu günstige Aufnahme zu
 rechnen hat. Außerdem ist zu beachten, daß gerade im letzten Jahre
 die Reaktion in Preußen mit einer Rücksichtslosigkeit auftrat,
 wie sie ärger in früheren Jahren sich nie gezeigt. Hätten wir
 nun mit Nachdruck den Musterboden für die preußischen Kern-
 regimente forciren wollen, so war vorauszusehen, daß die Reak-
 tion diesen ihr heiligen, ihre letzte Stütze bildenden Boden
 mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln vertheidigen würde.
 Wer nun weiß, was Alles als Mittel der Reaktion gilt, wer
 die in letzter Zeit besonders gegen uns, die Social-Demokraten,
 beliebte Gesetzauslegungskunst verfolgte, der wird sich klar dar-
 über sein, daß es des Aufgebots aller unserer Kräfte bedurft
 hätte, um in jenen Gegenden Eingang zu finden und den einmal
 eroberten Boden zu behaupten. Daß aber ein solcher Kampf
 nicht aufgenommen werden konnte angesichts der bevorstehenden
 Wahlen und der Thatsache, daß wir unsere Mittel in den siche-
 ren und Erfolg versprechenden Wahlkreisen voll und ganz brau-
 chen werden, darüber sind wir uns wohl Alle einig.

Wenn von der Agitation die Rede ist, so muß selbstver-
 ständlich auch der Stand und die Stärke unserer Presse in Be-
 tracht gezogen werden. Es ist ein alter Grundsatz, daß, je besser
 eine Partei in der Presse vertreten, desto größer ihr Einfluß
 und desto höher sie selbst anzuschlagen ist. Diesen Grundsatz als
 richtig angenommen, und es spricht nichts gegen seine Richtigkeit,
 können die Social-Demokraten Deutschlands mit Stolz auf
 das vergangene Jahr und die während desselben erzielten Erfolge
 auf dem Gebiete der Zeitungsliteratur zurückweisen. Seit Con-
 stituirung der Partei, also während eines Zeitraums von vier-
 zeh'n Monaten, wurden von unseren Genossen nicht weniger als
 12 politische und ein belletristisches Organ, die „Neue Welt“,
 in's Leben gerufen. Die deutsche Social-Demokratie verfügt also
 jetzt über 23 politische Organe und ein Unterhaltungsblatt mit
 zusammen fast 100,000 Abonnenten. Von diesen 23 Blättern
 erscheinen

acht	wöchentlich	sechs	Mal,
acht	„	drei	„
vier	„	zwei	„
drei	„	ein	„

Von diesen Blättern werden einschließlich des Unterhaltungs-
 blattes fünfzehn in von den Parteigenossen der betreffenden Orte
 gegründeten Genossenschaftsdruckereien hergestellt. Neben unseren
 Zeitungen hat der Broschürenvertrieb stets an Umfang gewon-
 nen, so daß die Zahl der im Volke verbreiteten Broschüren nach

Hunderttausenden zählt. Auch der von der Partei herausge-
 gebene Kalender fand sehr guten Absatz, und wurde derselbe in
 einer Gesamtauflage von 40,000 verkauft, davon abzüglich die
 paar Hundert Exemplare, welche als confiscirt in den Händen
 der Polizei verblieben. So sehen wir auf allen Gebieten die
 socialistische Propaganda immer mehr an Boden und Einfluß
 gewinnen, und von dem so vielfach ausgeschrieenen „Rückgang“ der
 Social-Demokratie ist nichts übrig geblieben, als Schrecken in
 allen uns feindlichen Lagern vor der Stärke und Macht unserer
 Partei. Als besonders bezeichnend für das stetige Wachstum
 unserer Partei können die vier Nachwahlen zum Reichstag in
 Lauenburg, Leipzig, Hannover und Stuttgart gelten. Bei allen
 vier Wahlen errang die Partei eine bedeutend höhere Stimmen-
 zahl, als bei den allgemeinen Wahlen im Winter 1874.

Daß zu all' diesen Erfolgen die voriges Jahr stattgehabte
 Vereinigung der deutschen Social-Demokratie wesentlich mit bei-
 getragen hat, ist eine unbestreitbare Thatsache. Diese Vereinigung
 ist eine der wesentlichsten Errungenschaften der deutschen Arbeiter-
 bewegung, und ist es deshalb um so unverzeihlicher, wenn ein-
 zelne Personen, von blindem Ehrgeiz getrieben, diese Errungens-
 schaft wieder zu zerstören suchten. Daß aber die Versuche, in
 die deutschen Socialisten wieder den Keil der Zwietracht zu trei-
 hen, vollständig verunglückt sind, zeugt für den gesunden Sinn
 der deutschen Arbeiter und berechtigt zu der Hoffnung, daß in
 Zukunft die deutschen Socialdemokraten gegen alle Stürme, mögen
 dieselben von außen oder innen kommen, gewappnet dastehen und
 somit alle Spekulationen ihrer Feinde zu Schanden werden. Wenn
 ich die in diesem Jahre den deutschen Socialdemokraten gegen-
 über stattgehabten Verfolgungen noch erwähne, so geschieht es nur,
 um zu konstatiren, daß uns gegenüber, besonders was die beiden
 Staaten Preußen und Bayern anbetrifft, von einem Vereinsrecht
 nicht mehr die Rede sein kann. An Stelle des Rechts ist viel-
 fach die Willkür getreten, eine Willkür, welche bei allen unsern
 Gegnern volle und ganze Unterstützung findet. Nicht die be-
 stehenden reaktionären Vereinsgesetze in Preußen und Bayern
 sind es, über welche wir uns beklagen, denn die Socialdemokraten
 fügen sich den bestehenden Gesetzen, wenn dieselben auch noch so
 sehr zu unsern Ungunsten sprechen; unsere Wirksamkeit richtet
 sich da nur auf Agitation für gesetzliche Beseitigung solch reak-
 tionärer Machwerke. Wogegen wir aber protestiren, das ist die
 tendenziöse reaktionäre Manier, mit welcher die bestehenden Ge-
 setze gegen uns angewendet werden, während sie anderen poli-
 tischen Parteien gegenüber nur in der loyalsten Weise Anwendung
 finden. Wir verlangen gleiches Recht für Alle, sind aber leider
 in der Lage, konstatiren zu müssen, daß die deutsche Social-

demokratie in Preußen und Bayern auf dem Gebiet des Vereinslebens geradezu rechtlos dasteht. Um nur ein Beispiel anzuführen sei hier erwähnt, daß die famose Schließung der socialistischen Arbeiterpartei für Preußen schon unterm 30. März d. J. erfolgte, bis heute aber noch keine Anklage gegen die Beteiligten erfolgt ist. Während dieser Zeit aber ist den Mitgliedern dieser Partei in Preußen nicht nur die Möglichkeit genommen, sich in irgend einer Weise als Parteigenossen zu betheiligen, nein, sie dürfen sich auch nicht in einen lokalen politischen Verein zusammenthun, wollen sie sich nicht der Gefahr aussetzen, von einem strebsamen Staatsanwalt wegen Fortsetzung eines geschlossenen Vereins unter Anklage gestellt und von „unabhängigen“ Richtern zu exemplarischen Strafen verurtheilt zu werden. Dieser Zustand erhält aber erst seine volle Beleuchtung, wenn man weiß, daß in diesem selben Preußen die früheren Mitglieder der Socialistischen Arbeiterpartei zu Goldblauer vom Appellgericht zu Naumburg von der Anklage wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz durch ihre Betheiligung an der Partei freigesprochen wurden. Diese Parteigenossen aber dürfen sich an der Partei nicht betheiligen, trotz dem freisprechenden Erkenntniß der Richter in Naumburg, und dies bloß, weil es der Reaction in Berlin, als deren Verkörperung Herr Lessendorf uns sichtbar erscheint, gefällt, der Socialdemokratie gegenüber eine Art Belagerungszustand aufrecht zu erhalten. Zur Kennzeichnung der Art und Weise, mit welcher über die angeklagten Socialisten Recht gesprochen wird, sei nur auf die Urtheile gegen unsere Genossen Hadenberger vor dem Kreisgericht in Saarbrücken, Kottmanner, Franz und Köller vor den Bourgeois-Geschworenen in München, Sävede in Chemnitz und Schuhmacher in Berlin, hingewiesen, Fälle, die würdig sind, neben das Urtheil gegen unsern Freund Most und den Leipziger Hochverrathsprozeß hingestellt zu werden.

Der Riese Proletariat beginnt immer mehr sich zu beleben und zur Erkenntniß seiner Lage zu gelangen. Die nun schon in's vierte Jahr andauernde Geschäftskrisis, die immer offener und un verhüllter hervortretenden reactionären Gelüste unserer Staatsleiter, die ständige Kriegsgefahr, in der wir leben, dieß alles wirkt zusammen, um dem Volke zu zeigen, was es von denen zu erwarten hat, welche bis jetzt seine Geschichte geleitet, und treibt es an, nach anderen Parteien und Hilfsmitteln sich umzusehen. Wenn auch nicht behauptet werden kann, daß das ganze Volk unter unser Banner sich stellen wird, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß Tausende und Abertausende, die bei der letzten Wahl ihre Stimme noch gegen uns abgaben, dieses Mal für die Candidaten der Social = Demokratie stimmen werden.

Daß aber ein Erfolg bei den nächsten Wahlen nur zu erzielen ist, wenn die Socialisten einig und nach einem bestimmten Plan wirken, ist selbstverständlich und so haben denn in fast allen Gauen Deutschlands bereits Besprechungen von Parteigenossen stattgefunden, welche den Zweck hatten, den Plan für ein gemeinsames Zusammenwirken festzustellen, sich über die Candidaten zu einigen und Wege aufzufinden, wie die Mittel zur Agitation zu beschaffen sind. Der Erfolg dieser vorausgegangenen Besprechungen ist daß fast allorts bereits Candidaten aufgestellt, die Agitationspläne festgestellt und auch zur Aufbringung der nöthigen Mittel die geeigneten Schritte gethan sind. So sehen wir besonders in Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen bereits alles geordnet und bedarf es für diese Provinzen nur noch der Zustimmung des Congresses, um den festgestellten Plan offiziell zu machen. Eine zu Ostern tagende Conferenz bekannter Parteigenossen aus den verschiedensten Gauen Deutschlands hat auch die bevorstehenden Reichstagswahlen in den Kreis ihrer Berathungen gezogen und wurde dort beschloffen, folgende Wahlkreise als offizielle in Aussicht zu nehmen:

In Schleswig-Holstein der 1) V. Tzehoe-Melldorf; 2) VI. Glückstadt-Elmsborn; 3) VII. Kiel-Neumünster-Rendsburg; 4) VIII. Altona-Oldesloe-Wandsbeck und 5) IX. Ploen-Segeberg-Fehmarn; Hamburg 6) I. und 7) II. und 8) III.; 9) I. Braunschweig; 10) IV. Berlin u. 11) VI.; 12) Lübeck; 13) Reichenbach-Neurode; 14) II. Anhalt-Bernburg; 15) Calbe-Mscherleben; Sachsen: 16) V. Dresden-Alstadt; 17) IX. Freiberg-Deberan; 18) XIII. Leipzig, Landkreis; 19) XIV. Borna-Begau; 20) XV. Mittweida-Simbach; 21) XVI. Chemnitz; 22) XVII. Glauchau-Meerane; 23) XVIII. Zwickau-Crimmitschau; 24) XIX. Stollb.-Schneeberg-Gener; 25) XX. Wolfenstein-Bschopau; 26) XXII. Muerbach-Reichenbach; 27) XXIII. Plauen-Delsnitz-Abdorf; 28) Neuß a. L. (Greiz-Zeulenrode); 29) II. Sachsen-M. (Sonneberg-Saalfeld); 30) Cassel-Melungen; 31) Barmen-Elberfeld; 32) Solingen; 33) Offenbach-Dieburg; 34) Hanau-Gelnhausen; 35) V. Württemberg (Eßlingen-Kirchheim); 36) Nürnberg; 37) Lennepe-Mettmann.

Weiter wurde dort beschloffen, dafür zu wirken, daß ein Candidat nicht in mehr als zwei offiziell erklärten Kreisen aufzustellen sei. Sache des Congresses wird es sein, ob er diesen Beschlüssen beizutreten gefonnen ist oder ob und in welcher Weise er sie zu ändern gedenkt.

Wie bereits erwähnt und wie den Genossen ja auch bekannt, ist für Preußen die Partei-Organisation unmöglich gemacht. Ob dieser vorläufige Beschluß durch Richterspruch zu einer dauernden Auflösung führen wird, läßt sich zwar heute noch nicht mit Bestimmtheit sagen, indeß nach den Erfahrungen, welche wir bis

jetzt gemacht und nach der Tendenz zu schließen, welche in den meisten Staaten in Deutschland und vor allem in Preußen vorherrscht, kann wohl mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß die vorläufige Schließung zu einer definitiven führen wird und daß deshalb eine Organisation in der Form, wie wir sie bis jetzt gehabt, kaum mehr denkbar sein dürfte. Es ist zwar Thatsache, daß unsere preussischen Parteigenossen mit peinlichster Genauigkeit darauf achteten, die vielen Klippen und Untiefen des preussischen Vereinsgesetzes zu umschiffen, um so gegen die Vorschriften desselben nicht zu verstoßen und es dürfte auch Herrn Lessendorf schwer fallen, einen direkten Beweis für irgend eine Uebertretung des Vereinsgesetzes seitens unserer preussischen Genossen beizubringen. Indes nach Lage der Sache und nach den bekannten Obertribunalsbeschlüssen bedarf es keines direkten Beweises, sondern nur der subjektiven Ueberzeugung der Richter, daß gegen das Gesetz verstoßen wurde und ein verurtheilendes Erkenntniß erfolgt — und wer bezweifelt wohl, daß die Mitglieder der bekannten VII. Deputation des Berliner Stadtgerichts diese Ueberzeugung nicht mehr für nothwendig erachten werden? Die Sachlage ist einfach die: die preussische Regierung will nicht, daß innerhalb ihrer Machtsphäre eine Organisation sozialistischer Arbeiter existire und um diesen ihren Willen durchzusetzen, sind ihre Organe angewiesen, jede dieser Organisationen aufs schärfste zu überwachen und wenn irgend thunlich dieselben zu zerstören, und daß dieses „thunlich“ eintrete, dafür sorgen die Staatsanwälte und die mit ihnen verbundenen und befreundeten Organe. Und damit volle Freude in Israel werde, geben liberale und conservative Blätter ihre volle und freudige Zustimmung zu dieser etwas eigenthümlichen Praxis, dem Staatsbürger die Lehre von der Gleichheit Aller vor dem Gesetze anschaulich zu machen.

Die Organisation der Partei im Allgemeinen wie zu den Wahlen im Besondern wird also wesentlich mit zu den Aufgaben des Congresses gehören. Der Vorstand der Partei hat trotz den ungemeinen Schwierigkeiten, die sich diesem Streben entgegensetzten, stets darnach getrachtet, die Centralisation der Partei aufrecht zu erhalten und so weit dies unter den gegebenen Verhältnissen möglich war, ist dies auch gelungen. Lobend muß anerkannt werden, daß die Parteigenossen allerorts den Vorstand in diesem seinem Streben unterstützten und so alle Schläge unserer Gegner an unserer Einheit und unserm festen Zusammenhalten scheiterten. Das offizielle Band, das uns alle umschlang, ist von rauher Hand zerrissen, aber trotzdem bindet uns fest und unlöslich das Bewußtsein, einer gemeinsamen großen Sache zu dienen, der Sache des Proletariats, des armen, enterbten Volkes.

Breuel findet den Bericht etwas zu rosig gefärbt, und ist der Ansicht, daß man mehr die Wahrheit sagen, und nicht bloß die Licht-, sondern auch die Schattenseiten hervorheben müsse.

Hasselmann macht darauf aufmerksam, daß heute Nachmittag im Congreßlokale Volksversammlung sei, in welcher Liebknecht und er referire. Sie hätten sich verständigt, folgende Resolution in der Volksversammlung zur Vorlage gelangen zu lassen:

„Die social-demokratische Partei wird mit aller Energie in den Wahlkampf eintreten, um den Prinzipien des Socialismus die größtmöglichste Verbreitung zu geben, und unter Hinweis auf die jetzige politische und ökonomische Krisis den Beweis zu liefern, daß Freiheit und Wohlstand nur in der socialistischen Gesellschaft zu finden sei.“

Frohme wünscht, daß diese Resolution noch vervollständigt werde.

Hasselmann ist für die jetzige Fassung der Resolution. Dieselbe wird angenommen.

Muer erstattet Bericht über die nachträglich eingereichten Mandate; hiernach sind jetzt anwesend 97 Delegirte, welche 274 Orte vertreten, hierunter sind 28 Mandate ohne Stimm-Angaben; diejenigen Mandate; welche die Stimmzahl der Wähler enthalten, belaufen sich auf 37,287 Stimmen.

Hasenclever verliest Depeschen aus Budapest, Harburg und Würzen, und schließt sodann die Sitzung; nächste Sitzung: Montag früh 8 Uhr.

Die Schriftführer:

Steffens.

Löwenstein.

Vormittags-Sitzung 21. August.

Die Sitzung wird Vormittags 1/9 Uhr eröffnet. Vorsitzender: Geib. Schriftführer: Breuel und Regel.

Muer verliest die Zahlen der auf die einzelnen Mandate fallenden Stimmen und constatirt, daß die Zahl der Delegirten jetzt 101 beträgt, da noch einige nachträglich eingetroffen sind. Der vertretenen Mandate sind 284, welche 37,747 Stimmen repräsentiren.

Reinders verliest die Präsenzliste. Es fehlen Nieß und Stuhl, beide unwohl. Nieß erscheint später.

Der Vorsitzende theilt mehrere Begrüßungs-Telegramme mit, und zwar eins aus München, eins aus Hannover, zwei aus Bochum.

Liebknecht theilt den Inhalt mehrerer an den Congress eingelaufenen Zuschriften ausländischer Socialisten mit:

1. Ein vom 16. Juni datirtes Schreiben des Central-Ausschusses der socialistischen Partei in Portugal (Conselho central do partido socialista), welches die Sympathie der portugiesischen Socialisten mit der deutschen Social-Demokratie ausdrückt, und letztere zu der eingeschlagenen Taktik und den errungenen Erfolgen beglückwünscht.

2. Ein vom 10. August datirtes Schreiben der „Socialistischen Arbeitskammer“ von Brüssel (Union-Solidarité), welches in ähnlichem Sinne verfaßt ist und mit den Worten schließt: „Deutsche Brüder! Ihr habt begriffen, daß es, um den Feind siegreich zu bekämpfen, der Einheit bedarf. — Die beiden Zweige des deutschen Socialismus haben sich vereinigt. Ihr habt wohl gethan. Die Regierungen verfolgen Euch ohne Unterlaß; sie wissen, daß wir in einer Zeit leben, wo die alte Welt stirbt und die neue das Licht erblickt. Sie bemühen sich, die Geburt der neuen Welt zu verhindern. Mit Freuden sehen wir, wie Ihr über alle Hindernisse triumphirt. — In Erwartung des großen Tages der Völkerbefreiung drücken wir Euch brüderlich die Hand.“

3. Einen Aufruf der schweizer Arbeiter oder richtiger von in der Schweiz lebenden Arbeitern (darunter verschiedene Commune-flüchtlinge) an die deutschen Arbeiter, in welchem letztere ersucht werden, im Interesse der internationalen Verbrüderung den Arbeitern Frankreich's die Hand zu bieten und zur Herbeischaffung der Fonds behülflich zu sein, welche zum Druck des Berichts der französischen Arbeiter-Delegirten zur Weltausstellung von Philadelphia erforderlich sind.

4. Ein Schreiben Jung's — bekannt als Vorsitzender mehrerer Congresse der internationalen Arbeiter-Association — aus London, mit der Bitte, die deutschen Arbeiter möchten sich an einer von französischen Flüchtlingen veranstalteten Sammlung zu Gunsten der nach Neukaledonien deportirten Commune-Gefangenen, die am Nothwendigsten Mangel leiden, betheiligen. Der französische Subscriptions-Aufruf lag dem Schreiben bei.

5. Ein Schreiben des „Jurassischen Congresses der Internationalen, d. d. Chaux de Fonds, den 7. August, in welchem unter Ausdrücken des Bedauerns über die bisherigen Spaltungen unter den Arbeitern verschiedener Länder und der Freude über die so wohl gelungene Einigung der deutschen Arbeiter, auf die Nothwendigkeit hingewiesen wird, die vergangenen Streitigkeiten zu vergessen und alle Kräfte zur Erreichung des gemeinsamen Ziels zusammenzufassen.

Liebknacht beantragte, da Geldsammlungen jetzt nicht thunlich sind, den in den Schreiben 3 und 4 ausgedrückten Wünschen dadurch gerecht zu werden, daß auf Kosten der Partei zwei Broschüren gedruckt und die eine zum Nutzen der französischen

Arbeiter-Delegirten, die andere zum Nutzen der deportirten Communarden verkauft werden sollte. Zur ersten Brochüre sei bereits auf seinen Wunsch das Manuscript aus der Schweiz geschickt — ein Brief Felix Pyat's und ein Aufsatz über „Arbeiter-Delegationen auf den Weltausstellungen“ — und für die zweite Brochüre schlage er die Schrift Groussset's und Jourde's: „Die politischen Gefangenen in Neukaledonien, Bericht zweier Entsprungenen“, sei es im Auszug oder in vollständiger Uebersetzung, vor. Der Verkauf der beiden Brochüren würde unzweifelhaft ein befriedigendes Resultat liefern und auf diese Weise mehr zur internationalen Verbrüderung beigetragen werden als durch eine direkte Geldsammlung, die überdies, wie schon angedeutet, im Angesicht der Wahlen entweder sehr schlecht ausfallen oder die finanziellen Kräfte der Partei schwächen würde, was er den Urhebern des schweizer Aufrufs schon mitgetheilt habe.

Rebel: Es ist ein erhebendes Zeichen, daß die Arbeiter aller Cultur-Länder die Gelegenheit dieses Congresses ergreifen, um ihre Solidarität mit den deutschen Arbeitern zu betheuern. In einer Versammlung, welcher er (Redner) kürzlich in Bern bewohnte, wurde eine Vereinigung der russischen, französischen u. Socialisten besprochen. Er habe allerdings bemerken müssen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Deutschland eine internationale Organisation unmöglich sei. Sehr gut möglich sei es aber, daß zwischen den Vertretern der verschiedenen Socialisten-Vereinigungen ein freundschaftlicher Briefwechsel und bei Gelegenheit einmal ein Zusammentreffen stattfinde, um wenigstens ein geistiges Band zwischen uns und unseren ausländischen Brüdern herzustellen. Redner beantragt, die Zuschriften sollten in diesem Sinne beantwortet werden.

Dieser Antrag wird angenommen.

Hasselmann unterstützt die Vorschläge Liebknachts und befürwortet, bei Gelegenheit der nächstjährigen Märzfeier überall in den Versammlungen eine Sammlung zu Gunsten der französischen Deportirten und deren Familien vorzunehmen. Es werde auch im nächsten Jahre noch viel Elend zu lindern sein.

Weib giebt ebenfalls zu bedenken, daß vor der Wahl alle Kräfte der deutschen Socialisten vorzugsweise auf die Wahl-agitation zu concentriren seien.

Die Vorschläge von Liebknacht und Hasselmann werden einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende verliest eine Zuschrift aus Breslau und theilt mit, daß aus Paris Genosse Carl Hirsch als Delegirter erschienen sei, in dessen Mandat die Pariser Arbeiter u. A. erklären: „Als specieller Mandatauftrag wird demselben (dem De-

legirten) aufgegeben, die Gefinnungen der Brüderlichkeit auszu-
drücken, welche die französische und die deutsche Socialdemokratie
vereinigen und eine bessere Zukunft für beide Völker sichern.“

Liebknecht beantragt, Hirsch zu beauftragen, er möge den
französischen Arbeitern auf ihrem demnächstigen Congreß die Bru-
dergrüße der deutschen Arbeiter überbringen.

Dies wird einstimmig beschlossen.

Der Congreß tritt nun in die Tagesordnung: „Gang und
Stand der socialistischen Agitation in Deutschland“ ein.

Burckhardt giebt Namens der Controlkommission die Er-
klärung ab, daß die Parteikassenbücher und Belege der Control-
kommission vier Mal zum Zweck der Revision vorgelegen haben.
Die Controlkommission hat die Revision in genauester, gewissen-
haftester Weise vorgenommen, und hat diese Revision ergeben,
daß die Belege und Kassenbücher — mit Ausnahme einiger ganz
geringfügigen Irrthümer, die stets ohne Verzug vom Kassirer
richtig gestellt wurden — vollkommen übereinstimmten und sich
in der besten, musterhaftesten Ordnung befanden. Die weitere
Thätigkeit der Controlkommission umfaßte die Untersuchung und
Entscheidung bezüglich einer Anzahl Beschwerden, Proteste und
Gesuche. Fast alle diese Angelegenheiten wurden in gütlicher,
befriedigender Weise beigelegt. Im Uebrigen sei noch besonders
zu bemerken, daß das Einvernehmen zwischen dem Parteivor-
stande und der Controlkommission stets ein sehr gutes gewesen.

Der Vorsitzende beantragt, Punkt 1 mit Punkt 2 zu ver-
schmelzen. Dies wird beschlossen und Hasenclever referirt hierauf
über die Thätigkeit der Reichstagsabgeordneten. Er betont, es sei
nicht nöthig und nicht möglich, hier einen ausführlichen Bericht
zu geben. Die erste Session brachte das neue Militärgesetz. Die
Socialisten haben sich an den Debatten betheiligt. Ebenso bei
dem Contractbruch-Gesetz, Preßgesetz, Impfgesetz, bei dem Antrag
auf Freilassung Bebel's und Liebknecht's, beim Invalideugesetz.
In der zweiten Session, beim Landsturmgesetz, Freilassungsan-
trag 2c. sind die Socialisten ebenfalls eingetreten. In der dritten
Session waren es das Hilfskassengesetz und die Strafgesetznovelle,
die welchen die Socialisten wirksam eingriffen. Der Redner erwähnte,
daß es ihnen unmöglich gemacht worden sei, auf Bismarck's
Provocation in der bekannten Reichstagsitzung zu antworten,
während sie die Angriffe des Grafen Eulenburg gebührend zurück-
gewiesen hätten. Nach ihrer Kopfszahl gerechnet, seien die Socia-
listen allerdings oft genug zum Sprechen gelangt, doch es stehe
im Reichstage Partei gegen Partei und der Parteistandpunkt habe
nicht genügend zur Geltung kommen können.

Beim Budget, der Briefstieberei 2c. seien die Socialisten eben-
falls zum Wort gelangt. Der Redner weist sodann auf die be-

vorstehenden Justizgesetze hin. Er meint, bei der Strafprozeß-
ordnung werde die Socialdemokratie eingreifen müssen. Er mache
der Justizcommission den Vorwurf, daß sie die Preßvergehen vor
das Schwurgericht und die Vergehen durch Reden vor den Ein-
zelrichter verweise. Dies sei inconsequent, so daß es vorkommen
könne, daß dieselbe Person wegen desselben Ausspruches, einmal
durch die Presse, das andere Mal in öffentlicher Versammlung
erfolgt, vom Schwurgericht freigesprochen, vom Richtercollegium
verurtheilt werde.

Bebel: Wenn wir 15 Abgeordnete durchbringen, so daß
wir Anträge stellen können, so solle man sich davon nicht viel
versprechen. Der Reichstag werde sofort die Geschäftsordnung
ändern und die Zahl der zum Antrag nöthigen Stimmen erhöhen.
Die Wirksamkeit der Socialisten im jetzigen Reichstage werde
nie nach Innen, stets nur nach Außen, im Volke, Erfolge erzielen.
Bezüglich der Fraktionsbildung bemerkt der Redner, es werde
stets einer unserer Vertreter im Reichstage anwesend sein, welcher
etwaige unvorhergesehene Angriffe zurückweise und sobald es nöthig,
die übrigen Abgeordneten herbeirufe. Dies empfehle sich, um
Zeit und Geld zu sparen. Eine Fraktionsbildung sei jetzt, bei
der kleinen Zahl, noch unnöthig. Der Redner verweist auf seine
Rede bezüglich der Diätenfrage, um seine Abstimmung zu mo-
tiviren. Der Widerspruch zwischen einigen socialistischen Abgeord-
neten sei nur ein unliebsames Mißverständnis gewesen.

Der Reichstag bezweckt bei der Diätenfrage nur, sich einen
Nimbus zu geben, nachdem er früher die Diätenforderung frei-
willig bei mehreren Gelegenheiten fallen gelassen. So bei Be-
rathung der Verfassung des Norddeutschen Bundes und derjenigen
des Reiches. Wo der Reichstag die Macht in den Händen habe,
begebe er sich dieser Forderung; wenn er die Diätenannahme
beschließe, arbeite er für den Papierkorb des Bundesraths. Zu
solchen Beschlüssen beizutragen, dazu gebe er (Redner) sich
nicht her.

Es werden die Anträge 1—6 zur Verhandlung gebracht.

Mollenbuhr: Bebel habe constatirt, unsere Abgeordneten
wirkten im Reichstag nicht nach Innen, sondern nur nach Außen.
Hierzu sei auch entschiedene Abstimmung nöthig. Die Stimm-
enthaltung Bebel's und Liebknecht's habe bei der Agitation im
Norden Schaden gemacht, da die Bevölkerung, die in liberalen
Blättern dies gelesen, ohne die Motive zu kennen, durch diese
Taktik befremdet worden sei. Um die Stellung zu den Fragen
zu präcisiren, sei stets ein entschiedenes Für oder Gegen nöthig,
ebenso ein stets einheitliches Vorgehen der socialistischen Ab-
geordneten.

Frick: Wir wissen, warum die beiden Abgeordneten sich in

dieser Frage der Abstimmung enthielten. Für den Papierkorb arbeite die Socialdemokratie jetzt im Reichstag stets, und es würde in solchen Fällen öfter so sein. Es sei die Frage, ob die Handlungsweise der Genannten praktisch gewesen. Diese Frage sei zu verneinen. Die Stimmenthaltung war eine unnötige Demonstration. Sie wurde uns in Volksversammlungen entgegengehalten.

Frohme: Nachdem auch die ultramontane Partei, um sich einen Nimbus zu geben, die Forderung erhoben, so sei kein Gewicht mehr auf diese Frage zu legen. Die einzig gerechtfertigte Motivierung des Fallenlassens der Diäten sei, daß man von einer feindlichen Regierung keine Bezahlung annehme. Ueber die Agitation bemerkt der Redner, die Mittel seien sehr ungleich vertheilt worden. Den Maingau habe man z. B. vernachlässigt. Wenn in Offenbach nicht genügend agitirt werde, so liege dies in den dortigen traurigen Verhältnissen.

Es kommt der Antrag von Most, Fritzsche und Radow zur Verlesung, dahingehend: „Der Congreß möge prinzipiell Stellung nehmen zu den Fragen: Schutzzoll oder Freihandel, zur Eisenbahnfrage, zu der Frage: ob Schwurgericht, Schöffengericht oder juristisches Richtercollegium.“

Dieser Antrag, sowie der der Vorlage, werden genügend unterstützt.

Most: Es herrschen verschiedene Ansichten über wichtige, jetzt vorliegende Tagesfragen in der Partei. Es möge zur Berichterstattung in den von Fritzsche angeregten Fragen deshalb eine Commission gewählt werden, damit eine Verständigung darüber erzielt werde. Eine solche sei für die Wahlagitation sehr nöthig.

Bezüglich des Hasselmann'schen Vorschlags, „ein Arbeiterschutzgesetz auszuarbeiten und dem Reichstag vorzulegen“, bemerkt der Vorsitzende, zur Ausarbeitung dieses Gesetzes müsse ohnehin eine Commission gewählt werden.

Die Generaldebatte wird geschlossen.

In der Specialdebatte über den Most'schen Antrag, (Commissionswahl betr.) bemerkt Fritzsche: Der Congreß habe nur zu beschließen, ob ein Arbeiter-Schutz-Gesetz vorgelegt werden solle oder nicht, die Ausarbeitung desselben müsse nach Schluß des Congresses geschehen. Behufs Vorschlag einer Resolution in den übrigen angeregten Fragen sei eine Commission nothwendig.

Kayser will nicht 5 bis 6 Mann das Recht einräumen, durch eine Resolution den Parteigenossen über ihre Stellung zu politischen und wissenschaftlichen Fragen Vorschriften zu machen.

Bebel: Man könne nicht Beschluß fassen, ob für oder gegen Schutzzoll, da diese Frage für uns keine Prinzipienfrage

sei und in jedem einzelnen Falle nach Umständen entschieden werden müsse.

Mehrere Redner sprechen noch für und gegen die Commissionswahl.

Zur Geschäftsordnung beantragt Kayser: „Ueber den Antrag Fritzsche zur Tagesordnung überzugehen.“

Dieser Antrag wird nach einigen Debatten abgelehnt und der Most'sche Antrag angenommen.

Es wird beschlossen, in die Commission 7 Mann zu wählen, und fällt die Wahl auf Fried, Hasselmann, Most, Fritzsche, Liebknecht, Braße und Grillenberger.

Man tritt nun in die Specialdebatte ein. Zu Antrag 1 spricht Stolle: Gerade die Interpellationen über die Haltung Bebel's und Liebknecht's in der Diätenfrage gäben in der Volksversammlung Gelegenheit, das ganze Komödienpiel des Reichstags zu charakterisiren. Der Congreß möge daher diese Haltung als eine correcte erklären.

Bebel berichtigt diesen Antrag dahin, daß in der dritten Lesung nicht nur Bebel und Liebknecht, sondern alle anwesenden Socialisten sich der Abstimmung enthalten hätten, und deshalb es in dem Antrag heißen müsse: „Die socialistischen Abgeordneten.“

Der Antrag wird demgemäß geändert.

D. Kapell: Die Diätenforderung sei eine Forderung unserer Partei, und die Abgeordneten hätten folglich dafür zu stimmen gehabt.

A. Kapell: Auch die Vorlegung des Arbeiterschutzgesetzes sei Arbeit für den Papierkorb und dennoch nothwendig. Dasselbe sei mit der Diätenfrage der Fall. Man müsse zu dieser Frage Stellung nehmen, und habe sie im Programm schon genommen. Die Handlungsweise der betr. Abgeordneten sei daher unüberlegt gewesen.

Zielowsky: Die Sache habe in der Gegend, wo er lebe, sehr viel Staub aufgewirbelt, die Leute seien nicht aufgeklärt genug, um die Gründe zu begreifen.

Kayser: In der Gegend, die er vertrete, sei die Bevölkerung mit der Auffassung Bebel's einverstanden. Die beiden Abgeordneten haben nur constatirt, daß sie sich bei dieser Spielerei nicht betheiligen, obgleich sie für Diäten sind.

Gaase erklärt, daß die Lübecker Socialisten seiner Zeit sich nicht mit dem Verhalten Bebel's u. c. in Betreff der Diätenfrage einverstanden erklärt haben. Wenn die Liberalen und Ultramontanen mit der Diätenfrage Komödie spielen, die Socialisten solches doch nicht dürfen, weil dieselben vollständig für Diäten sind.

Bebel: Man habe zu diesem Antrag die Stellung sich

genau überlegt. Wenn Unklarheit darüber herrscht, so muß man dieselbe eben aufklären, wie man andere Unklarheiten über unsere Sache aufklärt. Man habe nicht dagegen gestimmt, aber die sämtlichen Socialisten hätten bei der 3. Abstimmung sich der Abstimmung enthalten. Seine Wähler seien damit einverstanden. In unserer sonstigen Reichstagsthätigkeit arbeiten wir nicht für den Papierkorb, sondern sie ist nöthig zur Aufklärung des Volkes; wo dieser Zweck wegfalle und eine reine Komödie unterstützt werden solle, könne er sich zu letzterer nicht hergeben.

Löwenstein bekämpft den Antrag von Ottsen, da es doch ganz klar auf der Hand liege, daß die betr. Abgeordneten für die Diäten sind und mit ihrer Abstimmung nur den Schwindel jener liberalen Abgeordneten kennzeichnen, die diesen Antrag immer nur pro forma stellen, um sich durch denselben dem Volke im Lichte der Freisinnigkeit zu zeigen. Die Abstimmung sei deshalb nicht nur korrekt, sondern für die Agitation günstig gewesen.

Dreesbach: Wenn man die Haltung der beiden Abgeordneten billige, so müsse man sich auf den Jakobyschen Standpunkt stellen, der das Mandat für den Reichstag ablehnte, weil er mit der ganzen Komödie nichts zu thun haben wollte.

Mollenbuhr vertheidigt den Antrag von Ottsen.

Hasenclever weist nach, daß er an der Verwirrung bei der ersten Abstimmung keine Schuld trage. Er halte die Frage für untergeordnet, meine aber, es sei aus praktischen Gründen besser, für die Diäten zu stimmen. Man solle darüber heute keinen Beschluß provociren, und den Abgeordneten die Frage weiter überlassen.

Von A. Kapell und Dreesbach geht der Antrag ein: „Der Congreß erklärt die Stimmenthaltung einiger Abgeordneten unserer Partei bei der Diätenfrage für unpraktisch, indem dadurch bei den Parteigenossen Unklarheiten entstanden sind, welche, da die Gewährung von Diäten eine Parteiforderung ist, zu vermeiden sind.“

Löwenstein beantragt dagegen: „Da selbstverständlich bei der Abstimmung über die Diätenfrage im Reichstage sowohl Hasenclever als Liebknecht und Bebel durch ihre verschiedene Form der Abstimmung nur dokumentiren wollten, daß sie für Diäten sind, letztere Abgeordneten durch ihre Stimmenthaltung nur den Schwindel konstatiren wollten, welcher einen Theil der sogenannten liberalen Abgeordneten kennzeichnen sollte, geht der Congreß über den Antrag Ottsen's zur Tagesordnung über.“

Haase vertheidigt den Ottsen'schen Antrag, Dreesbach den von ihm und Kapell gestellten.

Von Fried-Lingner geht der Antrag ein: Jeder socia-

listische Reichstagsabgeordnete muß im Reichstage mit Ja für Anträge stimmen, die als Forderung auf unserm Programm stehen.

Liebknecht: Er habe nirgends, auch im Norden Deutschlands nicht, etwas von aufgewirbeltem Staub bemerkt; die Staub-Aufwirbelung sei eine künstliche gewesen. — Ueberall, so weit er urtheilen könne, habe man die Stimmenthaltung gebilligt, speziell in seinem Wahlkreis. Eine Prinzipienfrage liege gar nicht vor; die Diäten sind eine eben so selbstverständliche, als untergeordnete Forderung, die mit Recht gar nicht in's Programm aufgenommen worden ist. Es handle sich um eine praktische, taktische Frage. — Der Einwurf, wir arbeiteten überhaupt im Reichstage für den Papierkorb, sei durchaus falsch. In unserer prinzipiellen Thätigkeit im Reichstage arbeiten wir für die Aufklärung des Volkes. Hier, wo das sechste Mal bereits dem Reichstage eine liberale Forderung vor die Füße geworfen wurde, war es unsere Pflicht, die schwachvolle heuchlerische Taktik des Liberalismus aufzudecken, und ihm die Maske abzureißen. Damit erfüllten wir nicht nur unsere Pflicht, sondern gaben auch unseren Parteigenossen eine agitatorische Waffe gegen den Liberalismus. — Die Antragsteller fassen die Stellung der Social-Demokraten zu dem Reichstage falsch auf. Wenn die Social-Demokratie sich an dem Komödienspiel theilnimmt, wird sie eine offiziöse socialistische Partei. Redner theilnimmt sich nicht an Komödien, und werde dies nie thun.

Es wird Schluß der Debatte ausgesprochen.

Mollenbuhr bemerkt persönlich, Liebknecht gegenüber, in öffentlicher Versammlung habe man die Stellung der beiden Abgeordneten nicht getadelt, sondern nur privatim sei es den Socialisten vorgehalten worden.

Durch Abstimmung wird der Antrag von Löwenstein auf motivirte Tages-Ordnung angenommen.

Die weiteren Anträge, bis auf den Fried-Lingner'schen, fallen dadurch.

Ueber den letzteren entspinnt sich eine längere Debatte, welche sich namentlich um die Interpretation und die Fassung des Antrags bewegt.

Hasselmann beantragt Wiederaufnahme der Debatte.

Dieser Antrag wird abgelehnt.

Der Antrag Fried-Lingner wird mit 30 Stimmen angenommen, da ein Theil der Delegirten sich der Abstimmung enthält.

Muer verlangt, eine Erklärung Derjenigen, welche sich der Abstimmung enthalten haben, zu Protokoll zu geben, dahin gehend, man habe diese Haltung bewahrt, weil man das Beantragte für selbstverständlich halte.

Frißsche erwidert, dann müssen Diejenigen, welche mit Ja gestimmt haben, ebenfalls erklären, sie haben so gestimmt, weil sie die Disciplinar-Gewalt der Partei über ihre Abgeordneten gewahrt wissen wollen.

Der Antrag II. der Vorlage wird von Mollenbuhr motivirt. Hasselmann erklärt sich aus praktischen Gründen dagegen.

A. Kapell erklärt sich gegen den Antrag, weil durch die Fraktions-Abstimmungen die persönliche Ueberzeugung der Abgeordneten verwischt werde, und man die Haltung der Einzelnen weniger kennen lerne.

Mehrere andere Redner erklären sich ebenfalls gegen den Antrag.

Der Antrag wird in seinem ersten Theil als erledigt angesehen, da eine Fraktion schon besteht, und in seinem zweiten Theil verworfen.

A. Kapell beantragt zur Geschäfts-Ordnung, Punkt 2 mit bei Punkt 5 zu erledigen, da Beides zusammengehört. — Dies wird angenommen.

Frißsche, Rackow und Hasselmann beantragen:

„Der Congreß verlangt, daß in der nächsten Session ein Arbeiter-Schutzgesetz durch die Abgeordneten der socialistischen Wähler beantragt werde.“

Hasselmann: Wir können den Antrag kurzweg annehmen. Redner hält es für wichtig, daß der Congreß zur Ausarbeitung eines Arbeiter-Schutzgesetzes die Initiative ergreift.

Bebel kann sich aus praktischen Gründen nicht für den Antrag erwärmen. An Agitationsmaterial gegen die Liberalen fehle es uns nicht. Die Arbeit sei eine zu umfangreiche bei der beschränkten Zeit der Abgeordneten, deren Kräfte schon im höchsten Grade angespannt sind. Für die jetzige Session sei also die Sache verfrüht, er beantrage, das Verlangte später zu beschließen.

A. Kapell ist aus prinzipiellen Gründen dagegen. Unser Programm sei das einzige Arbeiter-Schutzgesetz. Man dürfe nicht von dem heutigen Staate ein derartiges Palliativmittel verlangen.

Frohme beantragt, das Arbeiter-Schutzgesetz solle als Agitations-Mittel in einer gewissen Zeit ausgearbeitet und den Arbeiter-Verbindungen vorgelegt werden.

Hasselmann verlangt das Schutzgesetz als ein Angriffs-Mittel gegen die Ultramontanen, welches zur Eroberung rheinischer Kreise geradezu nothwendig sei.

Frißsche bekämpft namentlich die Bedenken Kapell's gegen das Gesetz, durch welches unser Prinzip nicht verletzt werde. — Man solle eine Commission von 5—6 Mann in Berlin wählen. Der Antrag spräche für sich selbst.

D. Kapell bezeichnet das Gesetz als sehr nützlich für die Agitation.

A. Kapell: Das Gesetz könne unter der heutigen kapitalistischen Produktionsweise keine nützliche Wirkung haben, und seine Umbahnung sei eine sehr gefährliche Agitation, da es zu großem Mißverständnisse Anlaß geben könne.

Der Antrag Frißsche wird angenommen; es wird eine Commission von 5 Mann gewählt, bestehend aus Hasselmann, Most, Grottkau, Stöhr und Frißsche, welche s. Z. den socialistischen Reichstagsmitgliedern die Vorlage unterbreiten sollen.

Das Protokoll der gestrigen Sitzung wird verlesen und genehmigt; schließlich werden zwei Erklärungen zu Protokoll gegeben; dieselben lauten:

A. Die unterzeichneten Mitglieder des Congresses erklären hiermit, daß sie sich bei der Abstimmung über den Fried-lingner'schen Antrag, welcher mit 30 Stimmen, also einer Minorität, angenommen wurde, der Abstimmung deshalb enthalten haben, weil der Antrag einestheils etwas Selbstverständliches enthält, also überflüssig ist, und andererseits die socialistischen Reichstags-Abgeordneten in Tagen kommen können, wo es taktisch und prinzipiell vom Uebel ist, nach dem Wortlaute des Beschlusses zu handeln.

W. Bracke. Bebel. Wilh. Liebknecht. Ph. Wiener. R. Fischer. Th. Burckhardt. W. Klees. Ch. Hadlich. C. Demmler. Ruhlmann. J. Auer. A. Staub. G. Weiß. F. Mottelet. F. Trost. J. Heyer. H. Brasch. C. Hirsch. L. Fischer. A. Habel. W. Schubert. W. Stolle. G. Bronnemeyer. F. Beckendahl. M. Kaiser. W. Ufert. C. Kettel. C. Voigt. L. Eckstein. F. Leuschke. J. J. Ehrhardt. J. W. Bennewitz. H. Oldenburg. Gries. Habermann. J. Leyendecker. C. Grillenberger. C. F. Rick. A. Zwiabler. R. Tennhardt. M. Regel. Bahlteich. D. Häusler. R. Schönhals. J. Most. A. Ries. H. Kellner. H. Röbiger. A. Geib.

B. Diejenigen Delegirten, welche für Annahme des Fried-lingner'schen Antrages gestimmt, erklären hierdurch, von folgenden Motiven geleitet gewesen zu sein:

1) Die Reichstags-Abgeordneten der Partei sind auf Grund des Partei-Programms gewählt, und sind in Folge dessen verpflichtet, für diese Forderungen zu stimmen.

2) Der Partei muß das Disciplinarrecht über die Abgeordneten gewahrt werden, zumal sie das Recht der Mandat-Entziehung in ihr Programm aufgenommen hat.

J. W. Frißsche. R. Blum. H. Haase. Frohme. Derossi. Hasenclever. J. W. Klute. W. Mollenbuhr. W. Mehlhorn. A. Dulk. M. Daßbach. Holzhauer. R. Schulz. W. Fried. A. Dreesbach. D. Kapell. Lingner. A. Kapell. C. Strecker.

G. Zielowsky. Finn. H. Radow. D. Reimer. Grottkau.
Meister. W. Hasselmann. B. Frauenhoff. H. Wichtendahl.
H. Winner. H. Lange. H. Strumpen. J. Könnelkamp. U.
Hörig. Risch. Brüning. E. Breuel. E. Richter. Kluge. F. Steffens.

2. Sitzung am Montag den 21. August.

Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden Hasenclever
3 Uhr Nachmittags. Schriftführer Derossi und Kuhlmann. Der
Vorsitzende verliest zunächst eine Depesche von Arbeitern aus
Neutlingen. Es kommt sodann ein Antrag von Strumpen zur
Verhandlung, zunächst den Antrag Richter vorzunehmen, welcher
dahin geht, daß, sobald über einen Gegenstand Schluß der Debatte
angenommen wird, ehe die Rednerliste erschöpft ist, die noch ein-
gezeichneten Redner in das Protokoll aufzunehmen sind.

Dieser Antrag wird angenommen.

Es folgt sodann Verlesung der Präsenzliste. Es fehlt
Treuter, welcher abgereist ist.

Es wird nun zu Punkt C 3 der Vorlage geschritten, und
wird damit zugleich Punkt 4 verknüpft, sowie C 2 Nr. 3 bis 6.

Die Anträge C 3 Nr. 8, 9, 10 finden genügende Unter-
stützung; ebenso 11, zu welchem der Vorsitzende bemerkt, daß der-
selbe von Hamburger Parteigenossen gestellt sei. Zu 12 bemerkt
Frohme, daß auch dieser von Parteigenossen gestellt sei. Derselbe
findet ebenfalls Unterstützung; desgleichen 13, C 4. Nr. 14 a,
14 b, 15, 16, 17 und 18. Sodann liegen noch schriftliche An-
träge vor, und zwar von Haase=Lübeck; Socialisten zu Wurzen;
Socialisten zu Kalk; letzterer wird ungenügend unterstützt. Ferner
von Wichtendahl-Frauenhoff; Strumpen und Genossen; Ehrhardt;
Demmler; Zielowsky; Eckstein; Socialisten Ronneburg's; Fried;
Schulz; Bluhm. Dieselben lauten:

1) Haase=Lübeck: Der Kongreß möge beschließen, daß bei
der Regelung der Wahlagitation in Schleswig-Holstein, Lübeck
so viel wie möglich mit berücksichtigt werde.

3) Socialisten zu Wurzen: Der Kongreß möge den Wahl-
kreis Wurzen=Dschaz zum offiziellen erklären.

5) Socialisten zu Kalk: Der Kongreß möge beschließen,
daß bei der bevorstehenden Reichstagswahl kein Kandidat mehr
als an vier Orten aufgestellt werden darf.

6) Wichtendahl und Frauenhoff: Bei Feststellung der
Agitation möge der Kongreß auch Bedacht auf die Wahlkreise
innerhalb der Provinzen Hannover und Westfalen nehmen, da
dieselben wohl über eine Nichtberücksichtigung in dieser Beziehung
Klage zu führen berechtigt sind.

7) Strumpen und Genossen: Der Kongreß möge be-

schließen, die stabile Agitation für Dortmund (Scheil) aufzuheben,
und mit den Geldern, welche diese Agitation erfordert, die Kreise
Lennep-Mettman, Solingen und Barmen-Elberfeld zu unterstützen.

8) Ehrhardt: Der Kongreß möge beschließen, für die
nächsten drei bis vier Monate eine tüchtige agitatorische Kraft in
der Pfalz und Baden niederzusetzen, und wünschen dazu, wenn
eben möglich, Herrn Dreesbach.

9) Demmler: Der Kongreß möge beschließen, für den
21. sächsischen Wahlkreis die nothwendigsten Drucksachen, als
Wahlaufrufe, Stimmzettel u. s. w. von Parteiwegen zu beschaffen.

10) Zielowsky: Der Kongreß möge beschließen, daß die
Wahlkreise Stettin und Randow-Greifenhagen, sowie die Wahl-
kreise Mecklenburg-Schwerins bei der Reichstagswahl berücksichtigt
werden sollen.

11) Eckstein: Der Kongreß möge den 6. sächsischen Wahl-
kreis zum offiziellen erklären.

12) Socialisten Ronneburg's: Der Kongreß möge be-
schließen, daß der Wahlkreis Altenburg bei der Wahlagitation
so viel wie möglich berücksichtigt werde.

13) Fried: Der Kongreß möge beschließen, daß der Wahl-
kreis Hagen bei den nächsten Wahlen zu unterstützen sei.

14) Bluhm: Der Kongreß möge beschließen, den 23. sächs.
Wahlkreis mit in die Agitation zu ziehen und demselben Beihilfe
zur nächsten Wahl zu bewilligen.

Es gelangen sodann die provisorischen officiellen Wahlkreise,
sowie die bis jetzt angemeldeten Candidaturen zur Verlesung.
Erstere sind:

In Schleswig-Holstein der 5. (Tschhoe=Meldorf); 6. (Glück-
stadt=Elmsborn=Dittensen); 7. (Kiel=Neumünster=Rendsburg);
8. (Altona=Olbesloe=Wandsbeck); 9. (Bloen=Segeberg=Fehmarn).

— Dann Hamburg 1, 2 und 3; Braunschweig 1; Berlin 4 und
6; Lübeck; Reichenbach-Neurode; Anhalt-Bernburg; Salze=Aschers-
leben. — In Sachsen: 5. (Dresden=Altstadt); 9. (Freiberg=Deberan);
13. (Leipz. Landkreis); 14. (Borna=Begau); 15. (Mittweida=Lim-
bach); 16. (Chemnitz); 17. (Glauchau=Meerane); 18. (Zwickau=

Grimmitzschau); 19. (Stollberg-Schneeberg=Geyer); 20. (Wolkenstein=
Zschopau); 22. (Auerbach=Reichenbach); 23. (Plauen=Delitzsch-
Abdorf. — Ferner: Reuß a. L. (Greiz=Zeulendorf); Sachsen=
Meiningen 2. (Sonneberg=Saalfeld); Cassel-Melsungen; Barmen-
Elberfeld; Solingen; Offenbach-Dieburg; Hanau; Württemberg

5. (Eßlingen-Kirchheim); Nürnberg; Lennep-Mettmann.

Aufgestellt sind:

Schleswig-Holstein 1 und 2 C. Brückmann; 3. S. Heinzel;
4. H. Radenhausen; 5. H. Waltherr; 6. M. Stöhr; 7. H. Olden-
burg; 8. W. Hasenclever; 9. D. Reimer. In Sachsen: 1. C.

Stuhr; 2. J. Wahlteich; 3. G. Keller; 4. W. Liebknecht; 5. Demmler (Schwerin); 6. L. Eckstein; 7. R. Wolf; 8. W. Ufert; 9. Geib, ev. Geiser; 10. Th. Burckhardt; 11. A. Bebel; 12. do.; 13. Demmler (Schwerin); 14. B. Geiser; 15. J. Wahlteich; 16. J. Most; 17. A. Bebel; 18. J. Motteler; 19. W. Liebknecht; 20. Ph. Wiemer; 21. C. Demmler (Geyer); 22. J. Auer; 23. J. Franz. Ferner für: Neuß a. L. W. Bloß; Braunschweig 1. bis 3. W. Bracke; Lübeck W. Hartmann; Reichenbach-Neurode A. Kapell; Nieder-Barnim: C. Finn; Calau-Luckau P. Kersten; Nürnberg C. Grillenberger; Harburg M. Stöhr; Offenbach-Dieburg W. Liebknecht; Cassel-Melsungen W. Fried; Barmen-Elberfeld W. Hasselmann; Marburg-Kirchhain H. Lauer; Kaiserslautern R. Hasenberger; Neustadt-Landau A. Dreesbach; Erfurt D. Kapell; Frankfurt a. M. C. Frohme; Augsburg J. Most; Rauenburg A. Geib; Sachsen-Weimar 1. W. Ufert; 2. W. Liebknecht; 3. G. Kettel; Sachsen-Gotha W. Voß; Sachsen-Roburg do.; Würzburg C. Grillenberger; Dortmund C. W. Lölke; Stuttgart C. Hillmann; Göttingen J. Motteler; Forst-Sorau D. Kapell; Berlin 6. W. Hasenclever; Halle a. S. H. Köbiger; Berlin 1. J. Most; 2. A. Baumann; 3. H. Radow; 4. F. W. Frigische; 5. D. Kapell; Höchst-Ussingen J. Schmidt; Hanau C. Frohme; Magdeburg W. Bracke; Solingen M. Rittinghausen; Altenburg W. Stolle; Erlangen-Fürth G. Löwenstein.

Kayser stellt den Antrag, sofort in die Specialdiscussion einzutreten; derselbe wird genügend unterstützt, und nach Motivirung von Kayser, nebst einem Amendement Bebel's, die zusammengehörigen Gruppen gemeinsam vorzunehmen, angenommen. — Es kommen zunächst zur Verhandlung die Anträge, welche sich auf Unterstützung betreffs der Wahlagitation beziehen.

Es erhält zunächst das Wort

Reinders: Derselbe ist der Ansicht, daß der Vorstand der, jetzt in Preußen nicht mehr bestehenden soc. Arb.-P., die Agitation nicht gleichmäßig betrieben habe, indem er Schlesien vernachlässigte. Auch habe Redner noch einige andere Punkte anzuführen, so aus jüngster Zeit bezügl. des „Armen Conrad“. Redner habe vor kurzem eine Erklärung des Vorstandes gelesen gegen den „Westdeutschen Volkskalender“, und habe sich daher gewundert, daß nicht auch gegen den Bracke'schen Kalender so vorgegangen wurde. Auch weiß Redner nicht, ob der Partei-Vorstand darüber zu entscheiden habe, ob Annoncen aufgenommen werden, wie die Bracke'schen Kalender-Annoncen; dann hätten dieselben doch zurückgewiesen werden müssen. Ferner sind Parteigenossen, welche für die Partei ins Gefängniß wanderten, vernachlässigt worden.

Es wird beschlossen, die Kalender-Angelegenheit bis zur Rubrik Parteipresse zu verschieben.

Blum: Im 23. sächs. Wahlkreis sei die Agitation sehr vernachlässigt worden; der Candidat Franz habe nicht weit dorthin, besuche ihn aber selten; auch andere Redner ließen sich nicht sehen, und es müßte Alles auf eigene Kosten gemacht werden, trotzdem die Parteigenossen schlecht gestellt seien.

Zielowsky betont, daß wohl Jeder seinen Kreis, wo er wirkt, empfiehlt; so auch er. Doch liegen bei Stettin besondere Umstände vor. Es sei gesagt worden, daß jeder Agitator in Stettin volles Gehalt erhalten solle, nur Zielowsky nicht. Es sei dies Finn gewesen. Redner glaubt nicht, daß der Vorstand damals ein solches Vorurtheil gegen ihn gehabt haben könne. Er habe bei der letzten Wahl ohne Agitations-Unterstützung von auswärts über 2000 Stimmen erzielt. Redner glaubt, daß man ihn todt machen wolle. — Als officiellen Wahlkreis wolle er zwar Stettin nicht empfehlen; es müsse aber etwas für die Agitation in Stettin und Randow-Greifenhagen gethan werden. Auch Mecklenburg sei eine Gegend, welche Aussicht auf Erfolg biete.

Strecker: Der Vorstand habe Kreise nicht berücksichtigt, wo früher die Bewegung gut stand; so Gimbeck. In Cassel seien über 3300 Stimmen abgegeben worden. Der Kreis zähle aber ca. 120 Dörfer, welche bearbeitet werden müssen, und dafür müsse der Vorstand etwas thun. Dreesbach sei zwar in Cassel gewesen, aber zu einer Zeit, wo in dem Kreise nichts zu machen war. Die ganze Provinz wird auf diese Weise vernachlässigt. — Für den Kreis Nieder-Barnim seien bei der vorigen Wahl ca. 300 Thlr. ausgegeben worden, auf den Harzkreis Hasselmann's nichts. Daher möge der Congreß alle Bestimmungen treffen und dieselben nicht dem Vorstande überlassen.

Haase: Er habe einen Antrag eingereicht, der sich aber nicht in der gedruckten Vorlage befindet. Damit, daß der Vorstand diejenigen Kreise herausgegriffen, welche Aussicht auf Erfolg bieten, habe derselbe einen guten Griff gethan. Möchten Alle dafür agitiren, daß wir in diesen 37 Wahlkreisen zum Siege gelangen, und möge man Lübeck auch dabei berücksichtigen. Die Agitation sei dort so leicht nicht, da viele Lübecker Orte im Holstein'schen zerstreut liegen, und möchten die Schleswig-holstein'schen Agitatoren nach Kräften mitwirken.

Klute: In Thüringen sind die wichtigsten Kreise Greiz und Saalfeld. Außerdem aber kommt die Frage in Betracht, ob nicht auch die Kreise Zeitz und Weimar I. zu berücksichtigen seien. — Der Antrag der Genossen aus Minden sei in seinem zweiten Theile wohl anzunehmen, aber nicht in seinem ersten.

Wenn sich ein Agitator in die Verhältnisse eines Kreises eingelebt hat, wird er besser wirken können, wie einer, der neu hinkommt. Möge man dies also den jeweiligen Umständen überlassen.

Frick. Alle die Anforderungen, welche man an den Vorstand stellt, wird derselbe dahin beantworten müssen: Schafft uns Geld, dann schaffen wir Agitation. Redner wünscht, daß einige Monate vor der Wahl Pfannkuch in Cassel engagirt werde. Aussichten sind vorhanden; der Gegner hatte bei der vorigen Wahl 5000, wir 3000 Stimmen; damals ist aber nicht so in dem Landkreise gewirkt worden, wie es nöthig gewesen.

In den Wahlkreisen Rheinland-Westfalen's hat man früher deshalb sich so schlecht betheiliget, weil die Leute zu flott verdienten; durch die Krise sind sie zur Erkenntniß gekommen, und möge man vor Allem das Augenmerk auf den Kreis Hagen richten, welcher günstig sei, weil derselbe durchgehends protestantische Bevölkerung besitze, also der Kulturkampf dort nicht im Wege stehe.

Chrhardt ist nicht der Ansicht, daß man die ganze Kraft auf die günstigen Wahlkreise werfe. Wir müssen sehen, so viele Stimmen wie möglich zu erobern, damit würden die Gegner in Furcht gesetzt. So empfehle er die Pfalz und Baden. — Redner sei zwar auch im Stande, eine Bauernrede zu halten, aber es müßten dort auch periodisch tüchtige Agitatoren hingefandt werden. Mannheim sei von den Reichstagsabgeordneten vernachlässigt worden; sie seien darum herum geschlüpft.

D. Kapell empfiehlt den Antrag der Genossen in der Nieder-Lausitz. Dieselbe sei in der letzten Zeit sehr vernachlässigt worden, wohingegen in anderen Kreisen stabile Agitatoren sitzen. Wenigstens müsse man zuweilen eine mehrwöchentliche Agitation vornehmen lassen. Für jeweilige Versezung der Agitatoren sei Redner, und zwar deshalb, weil er das als praktisch befunden habe.

Auch in Pommern und Preußen sei nicht agitirt worden; Redner habe sich selbst angeboten, es wurde aber abgelehnt, weil kein Geld vorhanden sei. Redner glaube dies aber nicht, vielmehr eher, man scheue sich, dort vorzugehen. Redner meint ferner, es wäre eine größere Schande, wenn wir weniger Stimmen bei der Wahl erzielen, als wenn wir einen Abgeordneten weniger durchbringen. Er lege daher diese Provinzen dem Congresse an's Herz, ebenso die Nieder-Lausitz.

Breuel. Es herrsche im Vorstande die Ansicht, daß Kreise, welche sich nicht rentiren, auch nicht mit Agitation bedacht werden können; Schlesien z. B. biete aber günstige Chancen, trotzdem dort nicht viel herkomme. — Sodann sei der Bericht Auer's schöngefärbt, die Schattenseiten seien darin nicht berücksichtigt, und wünsche Redner, daß mehr die Wahrheit gesagt werde.

Auer bemerkt, daß mit Breuel's Ausstellungen nichts gesagt

sei; der Vorredner müsse die einzelnen Punkte angeben, welche als Schattenseiten zu betrachten seien. Redner sage nicht, daß Alles gut in der Partei stehe, aber es dürfe auch nicht in den Tag hinein behauptet werden, die Wahrheit sei nicht gesagt worden.

Wichtendahl. Auch der Teller Kreis hat seine Bedeutung; derselbe hat früher für York eine bedeutende Stimmzahl aufgebracht. Auch dieser Kreis sei sehr vernachlässigt worden.

Frohme ist entschieden gegen den Antrag, die stabilen Agitatoren zuweilen zu versetzen. Wir müßten froh sein, für einen Kreis einen passenden Mann zu besitzen, und nicht darauf ausgehen, ihn vielleicht nach Jahr und Tag mit Sack und Pack zum Thore hinaus zu spediren. — Im Maingau sei im letzten Jahre sehr wenig geschehen. Es sei dort ein sehr gutes Resultat zu erzielen, wenn man es nur richtig anpasse.

Rönnekamp. Er sei beauftragt, dafür einzutreten, daß die Agitation nach Provinzen eingetheilt werde. Redner habe schon 5 Agitatoren auf einem Haufen gefunden, während sie anderswo fehlten. — Auf jedem Congreß tauche der Antrag auf Versezung der Agitatoren auf; man will öfter einen neuen Propheten sehen! So wird auch ein wahrer „Gözendienst“ mit den Reichstagsabgeordneten getrieben; der geringste Mann ist doch öfters besser geeignet, auf die Landbevölkerung zu wirken, als der gebiegenste und wissenschaftlichste Mann.

Ueber den Bericht Auer's herrschen verschiedene Ansichten; Auer habe nach seiner Ansicht hauptsächlich den Zweck im Auge gehabt, nach außen zu wirken. Nach Redner's Meinung handle es sich aber mehr um den inneren wie den äußeren Frieden, und deshalb lasse der Bericht Manches zu wünschen übrig.

Wimmer. In Westfalen liegt es heute anders wie früher. Die Ultramontanen haben zwar ungeheuren Anhang gehabt, aber dieser fängt jetzt an zu schmelzen. Man muß dort jedoch die Bergarbeiterbewegung in Fluß halten. Was den Agitatorenwechsel betreffe, so sei derselbe einertheils gut, andertheils nicht. Man habe darin Erfahrungen in Dortmund gemacht. Die Maßregelungen dort und in Witten-Bochum sind sehr groß und deshalb kann sich ein Agitator schlecht dort halten. — Im Bochumer Kreise sei gar nichts geschehen, trotzdem der Kreis günstig zu bearbeiten sei. Redner empfiehlt den Kreis Dortmund und Bochum-Witten.

Holzhauser schließt sich dem Antrage an, in denjenigen Gegenden Agitation zu betreiben, wo bis jetzt nichts geschehen ist. Dann möge ferner die Agitation mehr nach Kreisen eingetheilt werden. Einzelne Orte würden oft reichlich mit Agitation bedacht, dazwischen liegende aber gar nicht. Man müsse sich zwar nach der Decke strecken; Redner finde aber in der Abrechnung

Posten für Agitation in unverhältnißmäßiger Höhe. — Weiter habe Redner wegen einer freilich geringfügigen Sache Aussetzung zu machen, nämlich der Anschaffung von zwei Reisedecken Seitens Gundelach's in Altona; es sei zwar eine Kleinigkeit, müsse aber gerügt werden.

Ferner habe der Vorstand Agitatoren bei Seite gesetzt, weil dieselben sich gegen die Gewerkschafts-Bewegung ausgesprochen; so Otto in Ottenen.

Nur bemerkt bezüglich der Decken, daß dieselben speciell Altonaer Angelegenheit und die beregten Ausstellungen Holzhauser's unberechtigt seien. — Was Otto anbetrifft, so sei die Auffassung des Vorredners unrichtig. Der Vorstand habe Otto niemals beseitigt, sondern derselbe habe im Gegentheil dem Vorstande einen Korb gegeben. Es wurde ihm Seitens des Letzteren proponirt, gegen einen Zuschuß nach Cassel zu übersiedeln. Dies lehnte er ab und ließ seitdem nichts mehr von sich hören, nahm jetzt sogar eine feindliche Stellung gegen den Vorstand ein. — Wollte man alle Agitatoren beseitigen, die gegen die Gewerkschafts-Bewegung sind, so hätte dies mit Manchem geschehen müssen.

Stolle. Man muß zunächst den Antrag besprechen, die Agitation nach Provinzen einzutheilen; derselbe sei sehr praktisch. In Sachsen sei derselbe ausgeführt, und wäre dies überall geschehen, so stände es auch überall besser. Redner verweise nur auf die Greizer Wahl. Man werde zwar sagen, es sei das Decentralisation; man müsse aber darauf sehen, so viel Stimmen wie möglich zu erobern und den Eigenthümlichkeiten der einzelnen Provinzen dabei Rechnung tragen. Der Wahlkreis Altenburg sei sehr günstig, und wenn auch dort eine praktische Agitationseintheilung getroffen wird, werden wir Erfolg haben.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Auf der Liste stehen noch: Reinders, Dreesbach, Daßbach, Strumpen, Strecker, Rackow, Gries, Habermann, Zielowsky, Ohlig, Breuel, Heyer und Hartmann.

Es folgen persönliche Bemerkungen, und zwar Seitens Finn, daß der Ausspruch bez. Zielowsky's seine persönliche Meinung gewesen sei, mit dem Vorstande aber nichts zu thun habe.

Zielowsky bemerkt, Finn habe gesagt, der Vorstand würde jeden Agitator befolgen, nur ihn, Zielowsky, nicht. Nur erhält noch das Wort zu Berichtigungen. Zunächst habe Redner zu betonen, daß aus allen Gegenden Klagen wegen zu geringer Agitation gekommen sind; die nicht vertretenen Orte hätten jedenfalls dieselben Klagen vorzubringen. Man möge aber doch in Betracht ziehen, daß der Vorstand nicht daran schuld ist, sondern der Mangel an den nöthigen Mitteln. Gerade daß Kla-

gen aus allen Gegenden gekommen sind, zeige ihm, daß der Vorstand seine Schuldigkeit gethan habe; er habe keine Bevorzugung geübt, sondern nach allen Seiten hin gemäß den vorhandenen Mitteln gewirkt. Frohme beklagte sich wegen Vernachlässigung des Maingau's. Dort war zuerst Klein als voll besoldeter stabiler Agitator; dann kam Scheil hin in derselben Eigenschaft, und schließlich Frohme, und erhielt letzterer seitdem 75 Mk. monatl. Zuschuß. — Offenbach lehnte auf eine Anfrage den Zuschuß ab. — Reinders beschwerte sich wegen Schlesien. Wie liegt es aber? Breslau erhält 24 Mk. monatlich, Görlitz desgleichen. Keller wurde beauftragt, in Schlesien eine fliegende Agitation vorzunehmen; die Genossen schrieben aber, daß sie keine Lokale bekommen könnten. Sie wünschten deshalb einen pekuniären Zuschuß, um auf andere Weise agitiren zu können und wurden zu diesem Zwecke 90 Mk. an Spielmann in Peterswaldbau gesandt. Was die Anschauung betrifft, der Vorstand thue nichts für Orte, welche nichts leisten, so ist dieselbe beim Vorstande nicht vorhanden; es mag dies in einzelnen Fällen angewandt worden sein, um die Orte anzuspornen, etwas zu leisten. — Der 23. sächs. Wahlkreis ist zwar gut; es sind aber keine Leute da, welche die Vorbereitungen zu den Versammlungen treffen; dasselbe ist es mit Plauen und theilweise mit der Provinz Hannover. Der nicht in die Vorlage aufgenommene Antrag von Haase laute, die Reichstagsabgeordneten des Nordens möchten nach dem Süden und die des Südens nach dem Norden gehen. — Glaubt denn ein Einziger hier, daß so etwas möglich sei? Der Antrag widerspreche aller Vernunft. Viele glauben vielleicht, der Vorstand habe die Reichstagsabgeordneten in der Hofentasche und brauche sie nur beim Gebrauch herauszuziehen! Lasse man also solche Sachen aus dem Spiel, und stelle nicht unausführbare Zumuthungen. — Die Meinung Ehrhardt's vom Umschleichen Mannheim's Seitens der Reichsboten ist nicht auf dessen Feld gewachsen; dieselbe ist vielfach vorhanden. Es kommt vor, daß ein Reichsbote einmal einen Tag abkommen kann; er fährt nach einem Orte, wo er gewünscht wird, hin, muß aber den nächsten Tag wieder in Berlin oder in seinem Geschäfte sein. Da beschwerten sich denn die Genossen im nächsten Orte; geht er auch dort hin, so kommt Beschwerde von dem zweitnächsten Orte, und so weiter, bis der Redner zum Teufel gerathe. Was die Niederlausitz betreffe, so sind dort durch den Vorstand fliegende Agitationen arrangirt worden Seitens der Redner Gluck, Keller und Schlesinger. Zudem wurde für H. Schmidt ein Zuschuß proponirt, welcher aber abgelehnt wurde. Bezüglich der Versetzung der Agitatoren möge man doch Rücksicht auf die Familien-Verhältnisse derselben nehmen; wolle man aber dies nicht,

so möge man lieber gleich beschließen, daß dieselben sich dem Eölibat unterwerfen müssen.

Haase berichtet, daß der Lübecker Antrag auf Verwendung der norddeutschen Abgeordneten im Norden, der süddeutschen im Süden gelaute habe, und stellt sich dies als richtig heraus.

Es wird nun zur Abstimmung geschritten, und zwar zunächst über einen Antrag Bebel's, welcher lautet: Die sämtlichen zur Debatte gestellten Anträge, mit Ausnahme des Antrages 6 der gedruckten Vorlage, der vom Congreß für die Leitung der Wahlagitation zu ernennenden Behörde zur möglichsten Berücksichtigung zu überweisen. Derselbe wird angenommen.

Hierauf folgt Antrag 6 der Vorlage. Derselbe wird abgelehnt. Sodann folgen Antrag 8 und 13 der Vorlage, sowie die Anträge Liebknecht und Eckstein. Auf eine Anfrage nach der Bedeutung des Wortes „officieller Wahlkreis“ erklärt Geib, daß sich der Ausdruck auf diejenigen Wahlkreise beziehe, welche Aussicht auf einen Wahlsieg bieten, sowie daß von diesen Kreisen diejenigen, welche nicht selbst alle Mittel zur Wahlagitation aufbringen können, Seitens der Parteikasse besonders unterstützt werden sollen. Nach genauer Ausrechnung und bei der günstigsten Lage der Einnahmen kommen auf jeden dieser Kreise ca. 500 Mk.; möge man hierauf Bedacht nehmen und die Hoffnungen nicht höher schrauben.

Oldenburg empfiehlt die Aufnahme des 3. schleswig-holstein'schen Wahlkreises unter die officiellen, weil derselbe sehr gute Aussichten biete. Zudem lägen besondere Verhältnisse vor. Durch die Handlungsweise einer Person ist es dort zurückgegangen, und muß etwas Tüchtiges geschehen, um die Bewegung wieder vollständig in Gang zu bringen. Redner theilt ferner nicht die Ansicht, daß es besser sei, weniger Abgeordnete und mehr Stimmen zu erringen, als umgekehrt.

Bebel spricht sich gegen den Antrag von Forste-Sorau aus. Der Wahlkreis sei sehr ausgedehnt und würde große Kosten verursachen; dasselbe sei es mit dem 11. sächs. Wahlbezirke. — Im Blauen'schen Grunde wurden wir mit einer bedeutenden Majorität geschlagen; Eckstein hoffe hingegen auf Erfolg; aber für Redner sei maßgebend, daß kein passender Kandidat vorhanden sei.

Eckstein. Auer habe sich bereit erklärt, die Kandidatur für den 6. sächsischen Wahlkreis zu übernehmen. Wir hatten bei der vorigen Wahl ca. 4000 Stimmen, die vereinigten Gegner 6000. Jetzt liege die Sache anders, weil die Popularität des bisherigen Abgeordneten sehr gesunken. Man habe die damalige Majorität durch gemeine Intriguen herbeigeführt. Redner will, soviel in seinen Kräften steht, für Auer mitwirken.

D. Kapell. Wenn auch die betreffenden Kreise nicht unter

die officiellen aufgenommen würden, so möge man aber doch dafür sorgen, daß dieselben mit Agitation unterstützt werden. Es sind im Sorau-Forster Kreise tüchtige und opferwillige Genossen, aber bei der jetzigen Krise können sie nicht so viel leisten, um aus eigenen Kräften die ganze Agitation bewältigen zu können.

Stolle wünscht die Aufnahme Altenburg's unter die officiellen Kreise. Es seien dort zusammen ca. 4000 Stimmen errungen worden, trotz der damaligen bitteren Kämpfe zwischen den beiden socialistischen Fraktionen.

Fischer (Soburg) meint, eine je größere Anzahl Kreise ausgeführt würden, um so mehr würden die anderen Kreise geschädigt. Mögen also diejenigen Kreise zurückstehen, welche die Agitation selbst leisten können.

Hartmann ist der Ansicht, daß es nicht viel mehr Kosten machen würde, wenn man den 3. schleswig-holstein'schen Wahlkreis unter die officiellen aufnehme; Schleswig-Holstein würde so wie so mit Rednern überzogen, und diese könnten auch den 3. Kreis mit bearbeiten. Den dortigen Genossen würde es aber zum großen Antriebe dienen. Eine traurige Erscheinung sei, daß größere Orte, welche intelligente Kräfte besitzen, von der Partei zehren, statt derselben umgekehrt Mittel zuzuführen. Würde dies weiter so gemacht, so kämen wir schließlich mit dem Sack Rothschild's nicht aus.

Liebknecht: Wollen wir viele Abgeordnete durchbringen, so müssen wir unsere Kraft auf wenige Kreise beschränken; wollen wir aber massenhaft Stimmen erwerben, so müssen wir die Agitation überall hin treiben. Wenn der Jäger Hühner schießen will, muß er ein einzelnes auf's Korn nehmen, sonst läuft er Gefahr, die ganze Kette zu verfehlen. Redner könne den Antrag in Anbetracht der obwaltenden Umstände nicht empfehlen, den 11. sächsischen Wahlkreis zum officiellen Kreis zu erklären, sei aber dafür, denselben mit Agitation zu versorgen.

Radow: Unter den provisorisch als offiziell aufgestellten Kreisen sind nach Redners Ansicht verschiedene, die nicht solche Chancen bieten, wie einige der hier vorgeschlagenen. Haben wir 37 Wahlkreise genommen, so kann es auch nicht darauf ankommen, wenn wir auch noch einige hinzunehmen, und empfehle Redner besonders den 3. schleswig-holstein'schen Wahlkreis; ebenso den Forste-Sorauer und den 6. sächsischen. Man treibt dadurch die Genossen kräftiger in die Action.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Auf der Rednerliste stehen noch: Mollenbuhr, Kayser, Schönhals und Schubert.

Mollenbuhr fragt an, ob über die officiellen Kreise einzeln oder im Gesamten abgestimmt werden solle. Es wird be-

stimmt, daß en bloc abgestimmt werde. Die 37 zu offiziellen vorgeschlagenen Wahlkreise werden als solche anerkannt. Die Kreise Sorau-Torste und 3. schleswig-holstein'sche werden denselben zugezählt. Antrag 13 II. Theil der Vorlage wird abgelehnt. Der Antrag, den 11. sächsischen Wahlkreis zu den offiziellen Wahlkreisen zu nehmen, wird ebenfalls abgelehnt. Ein Antrag auf Aufnahme des 6. sächsischen Wahlkreises unter die offiziellen wird angenommen, desgleichen ein Antrag auf Aufnahme Altenburg's unter dieselben.

Es folgen nun die Anträge C 3, 11, 12 und ein Antrag von Wimmer. Hasenclever motivirt den Antrag 11, auch Bebel macht einige Ausführungen zu demselben und stellt ein Amendement dazu, lautend: In einzelnen speziellen Fällen jedoch, wo ein gegnerischer Candidat in Frage steht, welcher wenigstens die politischen Forderungen der Partei und die in Bezug auf den Schutz der Arbeiterklasse gegen die Kapitalmacht innerhalb der heutigen Gesellschaft von den Socialisten Deutschlands aufgestellten Forderungen billigt, kann der Candidat einer anderen Partei in engerer Wahl unterstützt werden, vorausgesetzt, daß die mit der Leitung der Wahl Seitens des Congresses eingesetzte Behörde damit einverstanden ist.

Frohme wünscht Gewährung unbeschränkter Redezeit zur Begründung des Antrages 12. Dieser Antrag wird abgelehnt, einer auf Gewährung von 10 Minuten dagegen angenommen.

Frohme: Der Antrag wird Manchen gewundert haben, da er eigentlich selbstverständlich ist. Schon seit geraumer Zeit ist es ein öffentliches Geheimniß in Frankfurt, daß Herr Sonnemann, welcher der Partei sehr nahe steht und sich noch mehr nähern zu wünschen scheint, sich an faulen Gründungen betheiligt hat. Die Beweise habe Redner in der Tasche. Eine ebenfalls der Partei nahestehende Person, Mehring, hatte den ersten Angriff auf Sonnemann in der Berliner Staatsbürger-Zeitung gemacht. Die Redaktion des Frankfurter Volksfreundes habe das Material gegen Sonnemann schon in Händen gehabt, die Staatsbürger-Zeitung sei aber zuvorgekommen. Der Volksstaat und die Berliner Fr. Presse haben nun eine Stellung in dieser Sache genommen, welche die Partei in Frankfurt sehr schädigte. Die Artikel der Berliner Fr. Presse wandten sich zwar gegen die Staatsbürger-Zeitung, und wurde dies in einem Schreiben des Vorstandes betont; durch sie wurde aber Sonnemann in Schutz genommen zum Nachtheile des Frankfurter Volksfreundes. Der Volksstaat dagegen schwieg die ganze Sache todt. Bereits Anfangs des Federkrieges beriefen die Redakteure der Frankfurter Zeitung sich darauf, daß der Volksstaat nicht in der Sache gegen sie Partei genommen; es wurde sogar so hingestellt, als wenn

der Volksstaat durch sein Schweigen für Sonnemann Partei genommen habe, während es Vossau offen in der Berl. Fr. Presse that, und letzterer noch vom Vorstand indirect gegen den Frankfurter Volksfreund in Schutz genommen worden sei. Wenn man gerufen, Sonnemann sei nicht Parteigenosse, so sage Redner, er sei mehr als dieses, er dominire über eine Anzahl Personen wie socialistischer Parteiblätter, welche durch Wechselgeschichten und Vorschüsse mit ihm zusammen hängen. Sonnemann kommt mit seinem Blatt und weist darauf hin, daß dasselbe in wirtschaftlichen Dingen von unseren Parteigenossen als maßgebend betrachtet werde.

Auer wendet sich gegen die Behauptung Frohme's, der Vorstand habe indirecter Weise einen Standpunkt eingenommen, welcher das Parteiorgan in Frankfurt a. M. schädigte. Vom Vorstande wurde einfach geschrieben, der Frankfurter Volksfreund möge die schädliche Polemik mit dem Berliner Parteiblatt nicht weiter fortsetzen; letzteres hatte mit dem Frankfurter Volksfreund nichts zu thun, sondern lag im Kampfe mit dem schmutzigsten Blatte in Berlin, der Staatsbürger-Zeitung. Der Vorstand schrieb, haut euch mit Sonnemann so viel herum, wie ihr wollt, aber laßt das Berliner Parteiblatt in Ruhe. Wir haben nicht verboten, gegen Sonnemann zu agitiren. Daß der Vorstand zu dem von ihm unternommenen Schritte berechtigt war, wird selbst Frohme zugeben.

Klute erklärt, daß er in der Sache speciell keine Kenntniß habe, ihm liege nur an Klarstellung des Verhaltens der Parteigenossen bei engeren Wahlen, da schon die verschiedensten Compromisse geschlossen worden seien. Es hätten ihn weder die Ausführungen Hasenclever's noch Bebel's zufrieden gestellt. Er empfehle also Ablehnung des Hamburger Antrages.

Bebel. Wir haben uns hier nicht mit Leuten herumzuschlagen, die nichts mit uns zu thun haben. Käme Redner zu der Ueberzeugung, daß Sonnemann schmutzige Geschäfte gemacht, so würde er im Falle einer engern Wahl nicht für denselben stimmen. Er habe sein Amendement betreffend motivirt: „Tritt ein Candidat für einen Theil unserer Forderungen ein, wie Abschaffung der Frauen- und Kinderarbeit u. s. w., so sehe Redner nicht ein, weshalb man nicht für denselben stimmen solle. Handelt es sich um demokratisch gesonnene Leute, so können wir ruhig für sie stimmen, ohne uns etwas zu vergeben.“

Ries: Der Antrag der Frankfurter Genossen besage nichts anderes, als was bei uns schon längst selbstverständlich. Was die Vorschuß-Angelegenheit betreffe, so sei es doch egal, wovon man solchen entnehme. — Wenn Frohme im Stande ist, die Beweise beizubringen über die Anklage gegen Sonnemann, so sei Redner dafür, daß speciell über Sonnemann Beschluß gefaßt werde.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Bronnemeyer: Wenn Sonnemann sich mit schmutzigen Gründungen abgegeben, so sei Redner mit Bebel der Meinung, ihm das Zutrauen zu entziehen, welches er unbestritten im Süden besitze. Sonnemann ist unter den bürgerlichen Demokraten derjenige, welcher am weitesten geht. Man kann auch nicht leugnen, daß die Frankfurter Zeitung dasjenige demokratische Blatt ist, welches uns am nächsten steht. Wir sollen bei engeren Wahlen demjenigen unsere Stimme geben, welcher sich uns am meisten nähert, und wenn es also nicht bewiesen werden kann, was Frohme vorbrachte, müssen wir für Sonnemann stimmen. Ist es aber der Fall, so ist dies für uns eine Waffe mehr gegen die Volkspartei.

Stolle wendet sich gegen den Hamburger Antrag; mit dem allgemeinen Wahlrecht sei seitens der gegnerischen Parteien sehr viel Schwindel getrieben worden; man verspreche und halte das Versprechen nicht, und dann ist man schließlich mit solchen Candidaten nicht weiter als mit andern.

Haffelmann bedauert, daß ein Conflict zwischen den beiden Blättern stattgehabt; er hätte gewünscht, daß Frohme ihm früher das Material über Sonnemann zugestellt hätte, welches denselben wirklich bloßstelle. Nach diesem Material ist auch die Frankfurter Zeitung nicht von Sonnemann zu trennen; die Redacteurs desselben sind seine Lohnclaven. In einem Berichte der Frankfurter Zeitung werfe man unseren Genossen vor, sie gingen gegen Sonnemann vor, weil sie damit für den social-demokratischen Candidaten zu wirken dächten.

Lieb knecht: Es handelt sich in Frankfurt um einen Streit zwischen der national-liberalen Partei und der demokratischen. Was die Haltung des Volksstaat betreffe, so habe Redner Folgendes zu bemerken: Der Volksstaat habe sich schon in einer so schroffen Weise über Sonnemann ausgelassen, wie kein anderes Blatt dies gethan. Es war dies zur Zeit, als die Frankfurter Zeitung die Berichte von Seinguerlet über die Pariser Commune brachte. Durch den Artikel des Volksstaat war das Tischtuch zwischen Sonnemann und der social-demokratischen Partei zerschnitten. — In den Artikeln pro und contra Sonnemann habe Redner kein Titelchen von Beweisen über die Schuld desselben gefunden. Frohme habe Redner privatim gesagt, daß die veröffentlichten Beweise nicht ausreichten, er habe aber conclusiv Beweise in der Tasche; warum hat er sie denn nicht geliefert? Was bis jetzt im Frankfurter Volksfreund gebracht wurde, war kein Beweis. Was bis jetzt gebracht wurde, weist nur darauf hin, daß die ganze Geschichte ein schmutziges Wahlmanöver der National-Liberalen war, was auch der Frankfurter Volksfreund

selbst zugestehen mußte. Der Frankfurter Volksfreund hat sich von denselben dupiren lassen, und Redner als Redacteur des Volksstaat habe sich nicht veranlaßt gefühlt, sich gleichfalls dupiren zu lassen. Der Volksstaat hat sich niemals in einem abhängigen Verhältniß befunden. Redner wäre gegen Sonnemann vorgegangen, wie gegen jeden andern Gründer, wenn die Beweise vorgelegen hätten. — Frohme habe Redner privatim erklärt, falls Sonnemann mit einem National-Liberalen in die engere Wahl käme, würde er, Frohme, möglicher Weise in die Lage kommen müssen, die Parteigenossen aufzufordern, für Sonnemann zu stimmen. Er, Redner, sei nicht so tolerant, denn wenn Sonnemann der schmutzige Gründer wäre, wofür Frohme ihn halte, so würde er niemals für denselben eintreten.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Frohme bemerkt, er habe allerdings mit dem Herrn Lieb knecht ein Privatgespräch über die Sonnemann'sche Angelegenheit gehabt und ihm erklärt, es sei noch nicht alles Material gegen Sonnemann verbraucht. Uebrigens sei nicht zu läugnen, daß im Falle derselbe wieder aufgestellt werden sollte, die Frankfurter Genossen in eine sehr kritische Stellung zur demokratischen Partei kommen würden. Redner habe jedoch nicht gesagt, für Sonnemann eintreten zu wollen. Bei der letzten Wahl sei das etwas Anderes gewesen. Damals habe er, trotzdem er nebst hunderten von Genossen durch einige Artikel in der Frankfurter Zeitung (die Schuldigen hinter den Coulißen) auf die infamste Weise angegriffen wurde, für das Durchkommen Sonnemann's in der engeren Wahl gewirkt.

Kayser: Frohme hat behauptet, die lokalen Parteiblätter benutzten die Frankfurter Zeitung; dazu bemerke Redner, man benutzte alle Blätter, wenn sie passendes Material bringen. Was die Vorschüsse betreffe, welche einzelne Blätter erhalten haben sollen, so sei das jedenfalls kein Verbrechen. Redner ist der Meinung, daß wir für Candidaten, welche unsere politischen Forderungen acceptiren, ganz wohl stimmen können; es ist dies das kleinere Uebel. Stellt es sich heraus, daß Sonnemann ein schmutziger Gründer ist, so möge man zur Zeit darüber am Orte entscheiden. Mehring sei für Redner so anrücklich, daß er auf dessen Angaben nichts gebe.

Muer: Sonnemann sei in seinen Augen nicht ganz rein von Gründergeschichten. Die Sache liege aber anders: In einem Berichte der Frankfurter Zeitung fragt ein Redacteur denselben, Gurty, Sabor Folgendes: „Wer wagt zu sagen, daß jemals ein Redacteur der Frankfurter Zeitung in irgend einer unredlichen Geldangelegenheit seine Hand gehabt habe?“ Dies ist von Sabor nicht beantwortet worden. — Von dem Gesicht-

punkte kann man nicht ausgehen, daß die Redakteure Lohnslaven Sonnemann's seien; Beweise müssen da sein. Haben Blätter Geld von Sonnemann genommen, so muß bewiesen werden und Frohme sich darüber erklären, ob dieselben sich dadurch etwas vergeben, sich mit Sonnemann in Verbindungen eingelassen haben, welche die Partei und deren Principien schädigten, und ferner möge Frohme diese Blätter nennen.

Frohme: Der betr. Bericht der Frankfurter Zeitung sei gefälscht; die Antwort, welche Gurty verlangte, sei in der betreffenden Versammlung gegeben worden. Redner nenne nun zunächst den Redakteur des Handelstheils der Frankfurter Zeitung, den Herrn Bernhard Dokter. Derselbe ist an den faulen Gründergeschäften theilhaftig, wie aus der von Dr. Volkhausen gegebenen Erklärung und einer von ihm selbst erlassenen Erklärung in der Frankfurter Zeitung hervorgeht. — Wenn Hasselmann den Ausdruck Lohnslaven brauchte, so bemerke Redner, daß Sonnemann es sehr gut einzurichten weiß, seine Leute von sich in Abhängigkeit zu bringen. Holthoff und dessen Bruder erklärten Redner gegenüber das Vorgehen des Frankfurter Volksfreundes für berechtigt, man möge aber etwas gemäßigter vorgehen, um den National-Liberalen keine Waffen zu bieten. Dasselbe ist auch hier gesagt worden. Redner betont nochmals, die Herren Sack, Holthoff u. s. w. befinden sich in einem Abhängigkeitsverhältniß zu Sonnemann. — Was die Subventionen für die Blätter betreffe, so halte er die Behauptung aufrecht, Sonnemann sei mehr als Parteigenosse, er dominire über solche. Sonnemann ist ein Mann, der durch sein Vermögen und seine Stellung großen Einfluß ausübt. Sonnemann beruft sich darauf, daß die verschiedensten Blätter die Frankfurter Zeitung benutzen, Notizen daraus bringen, und dadurch das Blatt in einer Weise unterstützen, die nicht berechtigt ist von unserem Parteistandpunkte aus. Redner kann sich unter keinen Umständen damit einverstanden erklären, daß die Redakteure der Frankfurter Zeitung eingewaschen werden. An deren Ehrenhaftigkeit im engeren Sinne zweifle er nicht; wenn dieselben sich aber zum Sündenbock des Herrn Sonnemann hergeben, so haben sie damit nicht den Charakter als ehrenhafte Männer gezeigt. Ferner, Sonnemann hat nicht nur Partei-Blättern Unterstützung angedeihen lassen, sondern auch einzelnen Personen; man nenne in Frankfurt Bebel und Liebknecht.

Unterbrechung. Auer wiederholt seine Fragen bezüglich der Subvention der Blätter, da Frohme diese nicht präcise beantwortet habe. Redner habe die Fragen gestellt, um die Ehre der Redakteure der Frankfurter Zeitung zu bewahren; wir haben kein Recht, dieselbe anzugreifen ohne Gründe. B. Dokter ist

Redakteur des Handelstheils der Frankfurter Zeitung gewesen; als herauskam, daß derselbe sich am Gründungsschwindel theilhaftig, wurde er entlassen.

Ein Antrag von Klute auf motivirte Tagesordnung wird abgelehnt.

Frohme: Er habe gesagt, es wird in Frankfurt erklärt, daß Liebknecht und Bebel von Sonnemann Gelder erhalten haben. Auch Most soll solche empfangen haben; dann das Offenbacher Tageblatt, der Dresdener Volksbote und die Chemnitzer Fr. Presse, worüber in Frankfurt dieselbe Rede geht; Redner wünsche hier darüber Aufklärung. Ferner hat sich Lössau vor Kurzem an Sonnemann gewandt wegen Anstellung an der Frankfurter Zeitung.

Hartmann verlangt von Frohme genaue Nennung der Blätter, welche sich von Sonnemann subventioniren ließen, und in Folge dessen ihre Gesinnung verläugneten.

Hasselmann wünscht, daß Frohme die Personen nenne, welche in Frankfurt die Gerüchte betreffs sämtlicher Punkte in Umlauf gesetzt haben.

Es wird von der Versammlung verlangt, daß Frohme diese beiden Fragen beantworte.

Frohme: Betreffs des Offenbacher Tageblatts habe ihm der Redakteur Ulrich selbst gestanden, daß dasselbe von Sonnemann subventionirt worden sei. Betreffs des Dresdener Volksboten sei ein allgemeines Gerüde, welches wohl nicht erdichtet sein kann. Es sind da die Parteigenossen Prinz und Ellner, welche so etwas bestimmt behaupten. Redner glaubt damit die Fragen genügend beantwortet zu haben.

Der Vorsitzende Hasenclever erklärt, daß die beiden Fragen nicht genügend beantwortet seien.

Frohme: Dann wolle er Weiteres bringen. Herr Sabor, welcher bis vor Kurzem in steter Verbindung mit den Redakteuren der Frankfurter Zeitung gestanden, hat die Angaben bezüglich Liebknecht, Bebel und Most gemacht. Auch die Genossen Ellner und Zollinger haben das gesagt in Bezug auf Bebel.

Hartmann wiederholt die von ihm gestellte Frage.

Hasselmann wünscht zu wissen, ob die betreffenden Personen ihm, Frohme, gesagt, ob sie die Angaben aus eigener Beobachtung geschöpft oder von anderen Personen erhalten haben.

Frohme: Die betreffenden Herren hätten ihm gesagt, sie hätten dies aus eigenen Wahrnehmungen. Es sei auch die Rede davon gewesen, daß Sonnemann einen Brief an den Vorstand gerichtet, worin er sich über das Vorgehen des Frankfurter Volksfreundes beschwerte.

Auer bemerkt auf eine Interpellation Fried's, Kanfer habe

eben auf seine Anfrage, ob er Geld von Sonnemann genommen, erklärt, „keinen Groschen“. Sodann habe ihm Bahlreich erklärt, daß 50 Thlr. von Sonnemann im Chemnitzer Geschäfte stecken, und zwar seit zwei Jahren, und wären dieselben angelegt wie jedes andere Darlehn, gegen Zinsen. Der Sinn der Anklage ging dahin, daß unsere Blätter sich verkauft hätten, und darüber müsse Aufklärung gegeben werden. — An den Vorstand sei noch keine Zeile von Sonnemann eingegangen.

Dhlig glaubt in dieser Angelegenheit eine recht unabhängige Erklärung abgeben zu können. Als kurz nach Anschaffung der neuen Presse für die Neue Offenbacher Tageszeitung einer der Herausgeber derselben einen gegebenen Vorschuß von 500 Mk. zurückverlangte, kam Herr Kölsch, ebenfalls Herausgeber, zu Nedner nach Heusenstamm und erklärte, er habe sich um ein Darlehn von 600 Mk. an den Parteivorstand gewandt, sei aber abschläglich beschieden worden; er frage daher an, ob die Sparcasse in Heusenstamm nicht im Stande sei, diese 600 Mk. vorzuschießen, was aber nicht geschehen konnte. Kölsch erklärte, das Geld müsse unter allen Umständen beschafft werden. Sollte nun das Geld von Herrn Sonnemann geliehen worden sein, so sei dieses einmal nicht zu ändern gewesen; Nedner bestreite aber, daß im geringsten dafür etwas vom Princip geopfert wurde, und fordere er auf, der Offenbacher Neuen Tageszeitung nachzuweisen, daß sie jemals etwas zu Gunsten der Frankfurter Zeitung geschrieben habe.

Frohme: Es ist gesagt worden, es solle nachgewiesen werden, daß die betreffenden Blätter sich durch die Aufnahme der Gelder etwas vergeben haben; dazu bemerke er, sie haben sich eben schon dadurch vergeben, daß sie von einem solchen Manne überhaupt Geld entnahmen.

Bebel: Herr Frohme hat mehrere Parteiblätter wie einzelne Mitglieder der Partei beschuldigt, von Sonnemann Subventionen bezogen zu haben. Diese Beschuldigung ist eine schwer gravirende. Unter dem Begriff der Subventionen verstehe man im gewöhnlichen Leben, daß Jemand von einem Andern Unterstützung annehme, für die er sich dem Geber gegenüber gegen seine Ueberzeugung zu gewissen Handlungen oder Diensten verpflichte. Als Subvention in diesem Sinne gelte es z. B., wenn ein Blatt vom Reptilienfonds durch Geld oder durch Abonnements unterstützt werde, wofür es in einem gewissen Sinne zu schreiben oder auch nicht zu schreiben habe. In diesem Sinne habe auch Herr Frohme heute seine Anschuldigungen ausgesprochen, ohne einen anderen Beweis dafür zu haben, als die Erklärung: man sage in Frankfurt das und das. Das sei kein Beweis, und Frohme hätte, ehe er so schwere Anschuldigungen hier ausgespro-

chen, Beweise haben müssen; denn an ihm sei es, dieselben zu erbringen, nicht an den Angeklagten. Nedner betrachte die gegen unsere Parteiblätter erhobenen Anklagen als unerwiesen und darum als Verleumdungen. — Was nun Nedner's Verhältnis zu Sonnemann betreffe, so habe er keine Ursache, dasselbe vor irgend Jemand zu verbergen, und er habe schon vorhin ausgesprochen, daß er seit langer Zeit in einem freundschaftlichen Verhältnis zu Sonnemann stehe. Er kenne Sonnemann seit dem Jahre 1863, wo er ihn auf dem ersten Vereinstag der deutschen Arbeitervereine in Frankfurt a. M. habe kennen gelernt. 1864 sei er mit Sonnemann näher auf dem Vereinstag zu Leipzig bekannt geworden, auch mit ihm damals in den ständigen Ausschuß der deutschen Arbeitervereine gewählt worden, wodurch er häufig in brieflichem und auch persönlichem Verkehr mit ihm gestanden habe. Während er bis zu 1866—67 vollständig politisch einig mit Sonnemann gegangen sei, habe sich dieses gegen Ende 1867 — nämlich seit dem Geraer Vereinstag — insofern geändert, als der linke Flügel des Arbeiterverbandes, an dessen Spitze er, Nedner, gestanden, sich mehr und mehr dem Socialismus zugeneigt habe. Schließlich sei eine vollständige Trennung eingetreten, ohne daß er Ursache gehabt habe, das persönlich freundschaftliche Verhältnis, das zwischen ihm und Sonnemann bestanden, zu lösen. Da sei der Leipziger Hochverrathsprozeß gekommen, durch den er zu mehrjähriger Haft verurtheilt worden sei. In der Frühjahrs-session des Reichstags 1872, kurz vor seinem Haftantritt, habe Sonnemann ihm persönlich angeboten: wenn er, Nedner, je in Verlegenheit kommen solle, solle er sich an ihn, Sonnemann, als Freund wenden. Er habe darauf gesagt: er hoffe, nicht nöthig zu haben, seine Hilfe in Anspruch zu nehmen, und das sei während seiner Haft auch nicht geschehen. — Die Subvention, die er mit Liebknecht von Sonnemann bezogen, bestand darin, daß ihm Sonnemann während der Hubertusburger Haft und später auch während der Zwickauer Haft ein Freirexemplar der Frankfurter Zeitung zugewiesen. Ferner habe Sonnemann im Jahre 1874 kurz vor Weihnachten auf der Rückreise von Berlin seine Frau, die er früher schon kennen gelernt, in Leipzig besucht und zu ihr sich geäußert: er werde ihm, Nedner, auch eine Freude zu Weihnachten machen. Kurze Zeit darauf sei denn auch im Zwickauer Gefängniß eine kleine Kiste mit 20 oder 25 Flaschen Wein angekommen, die er selbstverständlich nicht zurückgewiesen habe. Das seien die Subventionen, die er von Sonnemann bezogen. Er habe später noch eine weitere Verbindung mit Sonnemann gehabt, und diese wolle er jetzt ebenso rückhaltlos darlegen. Als er nach fast dreijähriger Haft freigekommen, hätten seine geschäftlichen Verhältnisse sich derart zu seinen Un-

gunsten gestaltet gehabt, daß eine Veränderung und Vergrößerung des Geschäfts für ihn zur Nothwendigkeit geworden. Dazu hätten Mittel gehört, die er nicht besessen. Da er sonst Niemand gehabt, von dem er geglaubt, die nöthige Summe erlangen zu können, habe er sich an Sonnemann gewendet und ihn um ein Darlehen angegangen, in dem Briefe aber ausdrücklich bemerkt, daß er die Angelegenheit nur aus dem rein geschäftlichen Standpunkt und von keinem andern betrachten und darnach seine Entscheidung treffen möge. Auch habe er sich verpflichtet, Sonnemann halbjährlich die Zinsen zu senden und vom 1. Juli 1876 ab das Geld ratenweise zurück zu zahlen. Sonnemann habe geantwortet, daß er selber zu große geschäftliche Ausgaben gehabt und ihm die ganze Summe nicht leihen könne, sondern nur die Hälfte, die er ihm auch eingesandt. Es waren dies 600 Thlr. Er habe nun, wie er durch die betreffenden Postscheine Jedem nachweisen könne, am 22. Okt. vorigen Jahres und am 22. Mai dieses Jahres pünktlich die Zinsen, welche 5% p. a. betragen, an Sonnemann eingezahlt, es sei ihm dagegen schwer geworden, die am 1. Juli fällige Ratenzahlung Sonnemann zu senden, und so habe er diesem aufs neue geschrieben, daß er bitte, die Ratenzahlung zu gestunden, weil er hoffe, in wenigen Monaten ihm das Ganze zurückzahlen zu können. Sonnemann habe durch Nichtantwort sein Einverständnis damit erklärt. — Redner wolle nun hier bemerken, daß es auf ihn einen höchst ungünstigen Eindruck gemacht, daß, als er im Mai in Geschäften in Frankfurt gewesen und dort mit Sonnemann zusammen gekommen sei, dieser ohne jede Veranlassung ihm erzähle, und zwar wie Redner schien etwas selbsttrühmend, daß er einem dortigen Parteigenossen mit einem kleinen Darlehen unter die Arme gegriffen, allerdings auch hinzugefügt habe, daß dieser mit großer Pünktlichkeit seine Verpflichtungen erfüllte. Er habe sich damals gesagt, wie Sonnemann diesen Fall ihm erzählt, könne er den seinen auch Andern gegenüber erzählen, und er habe damals den festen Entschluß gefaßt, so rasch als möglich sich der Verpflichtungen gegen Sonnemann zu entledigen. Er habe, wenn er nicht irre, damals auch Parteigenosse Ellner gegenüber sich in diesem Sinne geäußert, und die Sache werde, sobald er nach Hause komme, und zwar Anfangs nächsten Monats, geregelt werden. — Das sei sein Verhältniß zu Sonnemann, das er hier offen dargelegt. Jeder müsse einsehen, daß es sich hier nur um eine rein geschäftliche und private Angelegenheit handle. Er habe Sonnemann gegenüber seine volle Unabhängigkeit sich bewahrt und werde keinen Augenblick anstehen, wenn Sonnemann sich nichtsnutzige Dinge zu Schulden kommen lasse, ihn auf das entschiedenste zu bekämpfen. Er werde aber auch Jeden, der sich

herausnehme, über sein Verhältniß zu Sonnemann anderes zu behaupten als er dargelegt, als einen infamen Verleumder bezeichnen.

Von den Redakteuren der Frankfurter Zeitung habe Redner die Ueberzeugung gewonnen, daß dieselben vollständig rein dastehen, und nicht mit Sonnemann in einen Topf geworfen werden dürfen.

Liebknecht erklärt, er habe von Sonnemann in seinem ganzen Leben weder zum Geschenk noch als Darlehen je einen Pfennig erhalten, und habe mit ihm überhaupt nie in einem Verhältniß gestanden, welches das Angebot oder die Annahme eines Gesentes oder Darlehens erlaubt hätte. Herr Frohme ist in dieser Angelegenheit eben so leichtsinnig, um mich des mildesten Ausdruckes zu bedienen, verfahren, wie in seiner Frankfurter Polemik mit Sonnemann. Dort ließ er sich von der national-liberalen Partei und den Männern des Reptilienfonds zu einem Angriff auf das unbequeme Bollwerk der Demokratie mißbrauchen, und hier hat er, wenn nicht im Dienste, doch zum Vortheil derselben Patrone, unsere Parteipresse und einen Theil unserer am meisten im Vordergrund stehenden Parteigenossen zu diskreditiren gesucht. Nun noch ein Wort in Sachen der Volksstaatsredaktion. Redner habe vorhin zu sagen vergessen, daß er Herrn Sabor geschrieben, wenn er unter seinem Namen, oder wenn die Frankfurter Socialisten gegen Sonnemann im „Volksstaat“ schreiben wollten, so werde die Aufnahme sofort erfolgen. Das war nicht ein „Anfassen“, — wie Herr Frohme sich auszudrücken beliebte — das ich an Herrn Sabor richtete, sondern einfach meine Pflicht und Schuldigkeit. — Das Partei-Organ muß den Parteigenossen zur Verfügung stehen, aber die Redaktion des „Volksstaat“ konnte und wollte sich nicht zum Dupé (geprellten Werkzeug) eines feindlichen Manövers machen lassen. Jedenfalls hatte Redner keine Lust, Herrn Frohme und Herrn Sabor zu Liebe für unsere Feinde Kastranien aus dem Feuer zu holen. — Wenn Redner so leichtsinnig wäre, wie Herr Frohme, wenn er auf bloßes „man sagt“ hin willkürliche Schlußfolgerungen ziehen wollte, so würde er sagen: Herr Frohme steht im Solde der Reaktion, denn er hat im Interesse der Reaktion gehandelt.

Frohme protestirt gegen die Beschuldigung, im Solde der Reaktion zu stehen.

Liebknecht bemerkt, er habe nicht gesagt, Frohme stände im Solde der Reaktion, sondern wenn er so leichtsinnig wäre, wie Herr Frohme, könnte er sagen, daß er im Solde der Reaktion stände. — So nenne er ihn einfach einen Ehrabschneider, den nur der Umstand einigermaßen entschuldigt, daß er sich in einer an Unzurechnungsfähigkeit streifenden Aufregung befindet.

Der Ausdruck „Ehrabschneider“ wird vom Vorsitzenden für unparlamentarisch erklärt. — Liebknecht bemerkt hierauf, daß der Ausdruck zwar unparlamentarisch sei, aber richtig.

Most meint, er habe auch „Subvention“ empfangen von Sonnemann, und zwar in Blöhsensee, mit Erlaubniß der Direktion durch Vermittelung eines Genossen, ein Exemplar der „Frankfurter Zeitung“, welche U. Kapell noch mitgelesen habe.

Bahlteich: Es ist schon sehr viel geklatscht, und dadurch die Partei geschädigt worden; davon müßten wir uns nach und nach befreien. Es sei ihm vorgekommen, als wenn Frohme so in die Enge getrieben worden, daß er schließlich mit diesen persönlichen Geschichten herausrückte. Nedner sei mit Sonnemann im Reichstage gewesen, und habe die Ansicht gewonnen, daß derselbe in jeder Beziehung ein anständiger Mann sei. Es ist gesagt worden, die „Frankfurter Zeitung“ sei ein Bollwerk der Demokratie; diesem stimme er vollständig bei. Er sei sogar der Meinung, daß ohne dies Blatt unsere Parteipresse lange nicht so entwickelt sei, wie es in der That der Fall ist. Er habe selbst für die „Frankfurter Zeitung“ in früherer Zeit dann und wann geschrieben, weil er das im hohen Grade für im Interesse der Partei liegend fand, er bedaure, daß er es in neuester Zeit wegen Zeitmangels nicht mehr zu thun im Stande sei. Solche An gelegenheiten, wie die heute gegen Sonnemann vorgebrachten, muß man äußerst vorsichtig behandeln, ehe man damit an die Öffentlichkeit geht. Wie aber kann man sogar Beschuldigungen gegen die Redakteure der „Frankfurter Zeitung“ richten, gegen diese Ehrenmänner!?

Radow: Wenn man sagt, man müsse sich an die demokratische Partei anlehnen, so sei Nedner der Meinung, daß diese Partei gerade die gefährlichste für uns ist. Sie gehört zur reaktionären Masse wie alle übrigen, nichtsocialistischen Parteien. Die Offenbacher Wechsel-Angelegenheit sei Nedner ganz erklärlich; er wisse, daß sich die Offenbacher in dieser Sache zuerst an den Vorstand gewandt hätten, von diesem aber Nichts bekommen konnten. Es kann hierbei von Subvention keine Rede sein. — Unsere politischen Ueberzeugungen brauchen wir deshalb nicht zu vergeben, wenn wir irgend Jemanden in geschäftlicher Hinsicht in Anspruch nehmen. — Man könne ja einfach die betreffenden Blätter durchlesen, welche Haltung dieselben beobachtet haben. — Nedner mache Frohme den Vorwurf, daß derselbe gegen die „Berliner Freie Presse“ im Frankfurter „Volksfreund“ vorgegangen, ohne daß er das Verhältniß derselben zur „Berliner Staatsbürger-Zeitung“ gekannt habe. — Der Kampf drehte sich um die Artikel Mehring's, einem politisch unzuverlässigen Charakter, der heute eine socialistenfreundliche Broschüre gegen Treitschke

schreibe, und morgen in der „Staatsbürger-Zeitung“ gegen uns Gift und Galle speie. Eine weitere Behauptung Frohme's ging dahin, daß Lössau sich an die „Frankfurter Zeitung“ gewandt habe wegen Engagements. Als Lössau noch nicht in Berlin war, ist dies freilich von ihm geschehen, und in der ersten Zeit, als er in Berlin war, bekam er ein Schreiben von Sonnemann in dieser Sache. Lössau schwankte zwar, weil ihm die Verhältnisse in Berlin nicht recht gefielen, lehnte aber schließlich ab. Kann aber Frohme beweisen, daß Lössau sich darnach noch an die „Frankfurter Zeitung“ resp. Sonnemann gewandt habe, so würde Nedner entschieden dafür eintreten, daß Lössau nicht wieder in die Berliner Redaktion eingestellt werde.

Frohme bemerkt, diese Notiz habe er vor etwa 8 Wochen von Dr. Stern erhalten; Nedner nehme an, daß diese Anfrage Lössau's bei Sonnemann in letzter Zeit geschehen sei.

Frißsche: Wir wollen genau wissen, ob einer unserer Genossen fahnenflüchtig werden wollte.

Grottkau: Frohme habe ihm in Gegenwart Hasselmann's am Sonnabend gesagt, daß es vor wenigen Wochen gewesen.

Frohme: Er habe von ungefähr 10 Wochen gesprochen.

Grottkau: Heute Abend noch habe Frohme davon gesprochen, daß es vor Kurzem gewesen sei.

Frohme: In „jüngster Zeit“ habe er heute Abend gesagt.

Frißsche. Lössau habe sich nicht um eine Redaktions-, sondern eine Korrekterstelle in Frankfurt beworben.

Radow: Wenn Lössau sich in der letzten Zeit an Sonnemann gewendet hat, so konnte es nicht wegen eines Korrekterpostens sein, da kein solcher mehr frei ist.

Liebknecht bemerkt, daß er annehmen könne, daß dies doch der Fall sein könnte.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

In der Nednerliste stehen noch: Dreesbach, Hartmann, Fried, Mollenbuhr, Oldenburg, Strumpen, Reinders, Liebknecht, Stolle, Kayser, Schönhals, Eckstein, Auer, Ohlig, Hasselmann, Bracke, Frohme.

Oldenburg beantragt, nur über Punkt 12 abzustimmen. Dies wird angenommen.

Bracke beantragt: Der Congreß spricht seine entschiedene Mißbilligung aus über die von Herrn Frohme vorgebrachten Verdächtigungen von Parteiblättern und Parteimännern.

Dieser Antrag wird angenommen mit allen gegen sieben Stimmen.

Der Vorsitzende verliest noch ein Telegramm von slavischen Studenten in Leipzig, und schließt die Sitzung um 10³/₄ Uhr.

Die Schriftführer: C. Derossi. Ruhlmann.

Vormittags-Sitzung 22. August.

Die Sitzung wird 8 $\frac{1}{2}$ Uhr durch Hasenclever eröffnet. Die Präsenzliste weist als fehlend auf die Delegirten Brünnig und Stolle. Kayser ist als krank entschuldigt. Abgereist sind Dorn und Treuter. Hierauf wird das Protokoll der Morgensitzung des vorhergehenden Tages verlesen. Hirsch erhält zum Protokoll das Wort: Er war gestern bei Verlesung und Eintragung seines Mandates nicht zugegen, da er gerade für ein französisches Partei-Organ einen Bericht über die Verhandlungen des Congresses und über die Lage der Partei in Deutschland ausarbeitete. Er hat nicht nur von den deutschen Arbeitern in Paris, sondern auch von den französischen Parteigenossen den Auftrag erhalten, die Gesinnungen der Brüderlichkeit auszudrücken und die Behauptungen von dem angeblichen Chauvinismus der Pariser Arbeiter zu dementiren, was er hiermit thue. Den ihm vom deutschen Arbeiter-Kongreß für die französischen Arbeiter ertheilten brüderlichen Gruß nimmt Redner dankend an und wird ihn ausrichten.

Das Protokoll wird nach einigen Berichtigungen genehmigt. Stolle meldet sich als eingetroffen.

Den Vorsitz übernimmt Geib und stellt Antrag 11 und 12 der Vorlage zur Diskussion. Zum Antrag 11 liegt ein Amendement von Otto Kapell vor, lautend: Den zweiten Theil des Hamburger Antrages von den Worten an: „In einzelnen Fällen“ zu streichen.

Bebel stellt den Zusatz-Antrag, welcher sich im Protokoll der vorhergehenden Sitzung, Seite 44, befindet.

Winner stellt den Antrag: Der Congreß möge einen Beschluß fassen, wie sich die Partei zu verhalten hat, wo die Christlich-Socialen einen Arbeiter aufstellen und sich von der Centrumsfraktion lossagen.

Fritzsche stellt den Antrag: Der Congreß beschließt: Da es selbstverständlich ist, daß die Social-Demokraten Deutschlands niemals, auch bei engeren Wahlen nicht, für einen Candidaten stimmen werden, der sich an Schwindelgründungen betheiligt oder andere unehrenhafte Handlungen verschuldet hat, geht der Congreß über den Frankfurter Antrag zur Tagesordnung über.

Zur Debatte erhält das Wort

Molkenbuhr: Der Hamburger Antrag sei insofern berechtigt, indem er betone, daß uns gegenüber alle anderen Parteien eine reaktionäre Masse sind. Das sei aber schon im Programm gesagt. Auch werden wir schwerlich überall mit Candidaten zu thun haben, auf welche die Voraussetzungen der verschiedenen hier gestellten Anträge passen. Die Central-Wahlbehörde wird

bei engeren Wahlen doch jedesmal entscheiden müssen. Er ist für Ablehnung aller gestellten Anträge.

Hörig ist bei engeren Wahlen nur dann für einen Compromiß, wenn der betreffende Kandidat erklärt, für das allgemeine Wahlrecht wirken zu wollen. Er ist gleichfalls dafür, daß in solchen Fällen der Central-Wahlbehörde die Entscheidung vorbehalten wird.

Wahlreich: Die Anträge können wir alle ablehnen, da man nirgends einen Schuft wählen wird. Wir dürfen uns durch Beschlüsse nicht festnageln, höchstens könne er sich mit Bebels Antrag einverstanden erklären.

Dreesbach ist ebenfalls dagegen, daß wir uns durch solche Beschlüsse die Hände binden, man muß doch den örtlichen Verhältnissen Rechnung tragen.

Gegen die Christlich-Socialen haben wir uns ebenso zu verhalten, wie gegen die übrigen Parteien, höchstens könne man bei engeren Wahlen deren Candidaten unterstützen.

Bebel: Er wundere sich, daß gerade diejenigen Redner, die vor einem Jahre so stark betonten, alle Parteien bildeten uns gegenüber eine reaktionäre Masse, jetzt so große Neigung zu Compromissen haben. Gestern nannte man die Volkspartei die reaktionärste, heute will man mit allen möglichen Parteien pactiren; — wir dürfen uns mit keiner derselben einlassen. In allen Fällen haben wir uns bei engeren Wahlen an unsere Central-Wahlbehörde zu halten, dürfen dieser hier aber nicht ganz freie Hand lassen, sondern müssen bestimmte Grenzen ziehen, damit die früheren Schnitzer vermieden werden. Vor allem warne ich, ein zu großes Gewicht dabei auf das allgemeine Wahlrecht zu legen, das kann jeder Candidat versprechen und womöglich hinterher für die Strafgesetznovelle und andere schöne Gesetze stimmen, durch die dasselbe wieder erdroffelt werden kann. Wenn das ein solcher Candidat nicht offen erreicht, wird er verdeckt manöveriren.

Hartmann: Wir müssen vorsichtig vorgehen, es kann dahin kommen, daß wir durch Annahme des Hamburger Antrages in eine schiefe Stellung gerathen. Er ist für Bebels Antrag und gegen den Sabor'schen, der uns ein Armuthszeugniß ausstelle. Er bittet, darüber zur Tagesordnung überzugehen.

A. Kapell: Die Verhältnisse der einzelnen Wahlkreise sind sehr verschieden; die Bevölkerung seines Kreises theilt sich in drei gleich starke Lager, Liberale, Ultramontane und Socialdemokraten. Diesmal kommen wir bestimmt mit den Liberalen in die engere Wahl und müssen auf die katholischen Wähler rechnen, die nicht lauter ultramontane Kapläne sind; solche Anträge binden uns

aber die Hände, um dies ausnutzen zu können, und bittet Redner um Ablehnung derselben.

Zielowsky ist gegen alle vorliegenden Anträge und gegen jeden Kompromiß.

Odenburg: Der Antrag Hamburg enthält einen prinzipiellen Widerspruch, der auch durch Bebel's Amendement nicht beseitigt wird. Wenn wir partiren wollen, so begeben wir uns unserer Grundsätze. Viele von uns legen ein zu großes Gewicht auf persönliche Erfolge, statt prinzipielle Erfolge zu erstreben. Die Kandidaten müssen die Gewißheit haben, daß ihre Wähler nicht nur mit ihrer Stimme, sondern mit ihrer Ueberzeugung hinter ihnen stehen. Er ist für den Abänderungsantrag Otto Kapell's, vorausgesetzt, daß die erste Hälfte des Hamburger Antrages angenommen wird.

Geib verliest ein Amendement Hasenclever's zu dem Hamburger Antrage, welches besagt, daß im Falle der Annahme des zweiten Theils des Hamburger Antrages oder des Amendements Bebel, im ersten Theile des Hamburger Antrages das Wort prinzipiellen zu streichen sei.

Frohme: Liebknecht habe ihn beschuldigt, bei der Sonnemann'schen Angelegenheit unzurechnungsfähig gewesen zu sein. Er (Redner) erhebe dieselben Ansprüche auf Zurechnungsfähigkeit, wie der Herr Liebknecht —

Vorsitzender Geib bemerkt, daß diese Angelegenheit erledigt sei und Redner also nicht weiter darüber sprechen könne.

Frohme: Dann werde er zur Tagesordnung sprechen. Er sei gegen den Hamburger Antrag. Politisch ehrenwerthen Personen können wir unsere Stimme geben, müssen aber dabei sehr vorsichtig sein. Es werden oft Versprechungen gemacht, wie das durch Sonnemann geschehen ist. Der Vorstand hat zu sorgen, daß gute Erfolge erzielt werden.

Haase erklärt sich für den Hamburger Antrag mit dem Amendement Hasenclever's aus dem Grunde, daß wir das allgemeine Wahlrecht nicht verlieren.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Eingeschrieben sind noch: Winner, Fischer (Augsburg), Fritzsche, Riez, Strumpen, Fried.

Liebknecht (persönlich): Herr Frohme hat gesagt, ich habe ihn gestern unzurechnungsfähig genannt, das ist falsch. Die Wahrheit ist: Um das unerhörte Vorgehen des Herrn Frohme psychologisch zu erklären und als mildernden Umstand für Herrn Frohme habe Redner bemerkt, daß er sich in einem an Unzurechnungsfähigkeit streifenden Zustande der Aufregung befinde. Ueber die Zurechnungsfähigkeit des Herrn Frohme und über Redners Zurechnungsfähigkeit könne nicht Herr Frohme, noch er,

darüber muß die Versammlung entscheiden — oder vielleicht ein Arzt.

Reinders bemerkt, Wahlreich habe erklärt, wenn man ihm auch sein Mandat entziehe, werde er trotzdem im Reichstage mit Einwilligung seiner Wähler bleiben. Wir hätten also keinen Einfluß auf unsere Abgeordneten.

Wahlreich erwidert: Die ihm von Reinders imputirten Worte hätte er nicht gesprochen. Er stehe auf demselben Standpunkt, wie die anderen socialistischen Abgeordneten.

Der Vorsitzende Geib schreitet zur Abstimmung. Das Amendement Hasenclever's zum Hamburger Antrag 11 der Vorlage, das Wort „prinzipiell“ zu streichen, wird angenommen. Desgleichen das Amendement Bebel's.

Der Antrag 11 der Vorlage wird in dieser seiner neuen Fassung angenommen; es fallen damit die Anträge D. Kapell's und Winner's.

Antrag 12 der Vorlage wird ohne Debatte angenommen.

Derossi beantragt, die ganze Debatte über den Sabor'schen Antrag aus dem Protokoll zu entfernen.

Fried ist gegen die Streichung; die Frankfurter Genossen sollen wissen, was hier passirt ist, sie denken möglicher Weise anders, als viele hier Anwesende.

Bebel: Es kommt nicht darauf an, wie die Frankfurter Genossen über diese Sache urtheilen, sondern wie die öffentliche Meinung über Frohme's Auftreten urtheilt. Er verlangt, daß seine und Liebknecht's Erklärung in's Protokoll komme. Frohme habe es gut verstanden, „pour le roi de prusse“ zu arbeiten; es wird das unmöglich verborgen bleiben.

Derossi zieht seinen Antrag zurück.

Antrag 10 der Vorlage wird der späteren Central-Wahlbehörde vorbehalten.

Folgender Antrag von Strumpen und Genossen kommt zur Debatte:

Die unterzeichneten Delegirten stellen an den Kongreß den Antrag, die stabile Agitation für Dortmund (Scheil) aufzuheben und mit den Geldern, welche dieselbe erfordert, die Kreise Lennepe-Mettmann, Solingen und Darnen-Elberfeld zu unterstützen.

Strumpen: Zwar haben Rheinland und Westfalen nicht die Erfolge aufzuweisen, wie andere, aber es ist auch sicher, daß dort nicht genug agitirt worden ist. In Dortmund hätte kein stabiler Agitator angestellt werden müssen, da es bedeutend bessere Kreise giebt. Ueber den angestellten Scheil kommen auch zu viel Beschwerden betreffs der Nachlässigkeit desselben. Auer hat früher erklärt, es fehlten vielfach Mittel zur Agitation, das kontrastirt aber mit der Anstellung Scheil's in Dortmund. Len-

nep und viele andere Kreise sind besser, als jener, er empfehle daher seinen Antrag.

Winner: Die Liberalen sind in Dortmund so stark, daß unsere Erfolge dort nicht besonders fein werden. Es sollte die stabile Agitation nach Provinzen geordnet sein, damit der Agitator nicht nur für einen kleinen Kreis da ist. Herr Scheil mag wohl auch durch die „Westf. Freie Presse“ in Anspruch genommen sein, so daß er den Gesuchen um Agitation nicht so recht nachkommen kann.

Es wird Schluß der Rednerliste angenommen.

Hörig ist gegen stabile Agitation im Dortmunder Kreise und beantragt, daß die dafür aufgewendeten Mittel lieber dem Kreise Solingen zugewendet werden, der guten Erfolg verspricht.

Stolle stellt den Antrag:

„Den Antrag Winner und Genossen der Central = Wahlbehörde zur Berücksichtigung zu empfehlen.“

Hasselmann: In den Regierungsbezirken Düsseldorf und Arnberg muß mehr gethan werden, als bisher. Die dortigen Parteigenossen sind gezwungen, ihre sämtlichen Mittel für sich selbst aufzuwenden, weil die Partei sie nicht unterstützt. Ein Agitator im Rheinlande ist nicht genug. Man kann zwar nicht sagen, daß man in mehr als einem Kreise der Provinz siegen werde, aber Solingen und Lennep sind gut und immerhin der Sieg möglich. Wenn dort nichts gethan wird, wird sich das jüngste Beispiel wiederholen; man wird lokale Kalender u. s. w. herausgeben, um die Partei sicher zu stellen.

Auer: Scheil soll nicht nur in seinem Wahlkreise wirken, sondern in Westfalen überhaupt. Es wird hier geklagt, daß Scheil nicht gekommen sei, wenn er verlangt worden ist; man muß aber erst den Beweis liefern, daß Scheil hätte kommen können.

Es ist nicht richtig, daß Dortmund bevorzugt worden ist; Dortmund ist der Centralpunkt für Westfalen, deshalb wurde der Ort zum Wohnsitz des Agitators bestimmt.

Man klagt auch über Winner, während gerade von Dortmund über Scheil noch nie Klagen gekommen sind. Er kenne Scheil lange als einen ruhigen und brauchbaren Agitator. Es wird nicht bestritten, daß in Rheinland auch agitiert werden muß, aber es fehlen die Mittel, allen Wünschen zu entsprechen. Wenn wir Scheil dorthin setzen, kommen die Klagen aus Westfalen. Nach Honsdorf ist die Anfrage gerichtet worden, ob man dort Unterstützung zur Agitation haben wolle; es ist dies aber abgelehnt worden. Im Reg.-Bez. Arnberg ist die Bevölkerung durchweg katholisch und, wie Dreesbach berichtet, vorerst keine Aussicht für uns, weil der Kulturkampf dort in vollster Blüthe

steht. Centralpunkte wie Barmen-Elberfeld dürfen, streng genommen, keine Unterstützung von der Gesamtpartei verlangen, sondern sollen noch mit ihren Mitteln nach außen wirken. Auf die Dörfer können wir uns nicht stützen. Die Genossen an verschiedenen rheinländischen Orten halten schlechte Fühlung mit dem Vorstande. Kein Vorstandsmitglied hat bisher ein Exemplar der „Duisburger Zeitung“ zu sehen bekommen. Das neueste Ereigniß (die Herausgabe des „Westdeutschen Kalenders“) ist der Parteibehörde auch erst durch die Annonce bekannt geworden. Briefe wurden erst nach Wochen beantwortet. Kuhl ist zur Agitation die Summe von 50 Mark monatlich angeboten worden. Derselbe hat nicht geantwortet. Man sieht, es ist alles Mögliche für's Rheinland gethan worden; wenn nun auch die Erfolge noch nicht so große sind, so sei er doch überzeugt, daß dasselbe in einigen Jahren ein Bollwerk für die Partei werde.

Frick: Im Rheinlande mußten früher die Agitatoren ihre Reisen aus der eigenen Tasche bezahlen, wie es ihm ergangen sei, weil die Barmen = Elberfelder besonders nichts darnach fragten, ob der Agitator hungerte, verarmte oder nicht.

Der Vorstand hat vielleicht in irgend einem Briefe durchblicken lassen, daß man die Agitatoren auch entschädigen müsse, darüber sind die Leute erbittert worden. Man muß dort einen Agitator haben, der vollständig besoldet wird, und auch im Stande ist, sich Autorität zu verschaffen. Wolf ist in Barmen gewesen und hat unter Entbehrungen gelebt. Es giebt aber dort Nörgeler, die jedem Agitator das Leben sauer machen, denen muß auf die Finger gesehen werden. (Ruf: wer sind die?) Ich nenne Ihnen den Namen Kuhl, der gehört vor allen dazu. Lennep = Mettmann ist wieder zu erobern, wenn dort Fricksche oder Audorf aufgestellt wird.

Kuhlmann muß sich den Klagen seiner Rheinischen Kollegen anschließen, freut sich aber, daß Scheil auch für seine Gegend bestimmt ist; derselbe hat sich s. B. in Bielefeld gut bewährt.

Bronnemeyer: Scheil sei wohl befähigt, habe aber durch seine persönlichen Eigenthümlichkeiten nicht angesprochen in seiner Gegend.

Strumpfen vertheidigt Kuhl gegen Frick, da derselbe Gutes geleistet habe.

Lange bemerkt gegen Auer betreffs der „Duisburger Zeitung“, es sei zweimal von dort an die Parteileitung geschrieben, aber nicht geantwortet worden.

Strumpfen bemerkt, daß zwei Briefe von Essen an den Vorstand gegangen und unbeantwortet geblieben sind.

Derossi behauptet entschieden, daß alle an den Vorstand gerichteten Briefe beantwortet worden seien.

Winner bemerkt, er habe nicht gesagt, daß Scheil mit Absicht nicht gekommen sei.

Der Vorsitzende schreitet zur Abstimmung; der Antrag Strumpen und Genossen fällt und der Stolle'sche wird angenommen.

Reimer stellt folgende Anfrage: „ob die Centralwahlbehörde eine Kontrolle über die von den Wahlkandidaten zu erlassenden Wahlprogramme resp. Aufrufe ausüben, oder ein bestimmtes Normalwahlprogramm ausgegeben werden wird?“ Er begründet dies damit, daß den örtlichen Verhältnissen zwar Rechnung getragen werden muß, aber dies könnte dadurch erreicht werden, daß die einzelnen Wahlcomitè's diesbezügliche Einschreibungen machen.

Frick erklärt es für nöthig, daß wir ein allgemeines Programm aufstellen, wie es die Gegner thun.

Geib befürwortet, es so zu machen, wie es schon auf der sächsischen Landesversammlung beschlossen worden ist, nämlich die Ausarbeitung der Wahlaufrufe mit Rücksicht auf die jeweiligen örtlichen Verhältnisse den einzelnen Wahlcomitè's zu überlassen.

Hörig meint, daß man auf Grund des Parteiprogramms ein Wahlprogramm abfassen müsse, und der Centralwahlvorstand die Disciplin zu handhaben habe.

Zielowsky stellt den Antrag: Es steht den Genossen in den einzelnen Wahlkreisen frei, die Wahlaufrufe den örtlichen Verhältnissen anzupassen.

Doch sind die Herausgeber verpflichtet, vorher den Inhalt der Wahlprogramme der Centralwahlbehörde vorzulegen.

Strecker: Die Abfassung des Programms solle nicht der Centralbehörde überlassen bleiben; man habe in einem solchen Falle Fiasco gemacht. Er empfehle so zu verfahren, wie auf der sächsischen Landesversammlung beschlossen wurde.

Bebel: Die liberalen Wahlaufrufe enthalten Phrasen, die für die nächsten Wahlen ohne Bedeutung sind. Es geht nicht, neben dem Parteiprogramm noch ein besonderes Programm aufzustellen. Es sind ferner in jedem Kreis andere Verhältnisse und andere Kandidaten, für die man unmöglich ein Normalprogramm schaffen kann. Man möge das den einzelnen Kreisen überlassen.

Ein Schlußantrag wird angenommen. In die Rednerliste sind noch eingezeichnet: Bracke, Mollenbuhr, Hartmann, Stolle, Zielowsky, Hasselmann, Habermann.

Der Antrag Zielowsky's wird in zwei Theile zerlegt und der erste Theil angenommen, während der zweite abgelehnt wird.

Der Antrag 14 der Vorlage wird ohne Debatte ange-

nommen. Zu Antrag 15 beantragt Hartmann Uebergang zur Tagesordnung.

Winner: Die Debatte darüber sei überflüssig, wir sind durch den Fall Jacobi klar geworden, und werden uns vorsehen.

Strecker: Niemand hat gedacht, daß Jacobi die Wahl ablehnen werde, wir müssen in Zukunft Sicherheit haben.

Hartmann ist gegen Antrag 15. Es besteht der Beschluß, daß ein Kandidat nur in zwei officiellen Kreisen aufgestellt werden darf, der macht die Debatte überflüssig.

Ruhlmann: Die Veranlassung zu Antrag 15 habe die Jacobi'sche Wahl gegeben. Nachdem nun Antrag 14 angenommen, sei der Antrag hinfällig geworden.

Schlußantrag wird angenommen; in der Rednerliste sind verzeichnet: Strecker, Winner, Haase.

Es wird Uebergang zur Tagesordnung angenommen.

Antrag 16 kommt zur Verhandlung.

U. Kapell ist gegen den Antrag; es sei schon vorgekommen, daß Jemand ohne sein Vorwissen als Kandidat aufgestellt worden ist.

Schluß der Debatte wird angenommen. U. Kapell, Bracke, Frick sind noch eingezeichnet.

Ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen.

Sodann folgt Antrag 17.

Bebel bezweifelt, daß wir diesen Antrag discutiren können, da die Kandidaturen für die officiellen Wahlkreise noch zu bestimmen seien.

Danach wird in die Debatte über die Kandidaturen eingetreten.

Hirsch stellt den Antrag, daß unsererseits in Elsaß-Lothringen keine Kandidaten aufgestellt werden sollen. Antragsteller begründet diesen Antrag mit dem Hinweis auf die Haltung, die die deutsche Socialdemokratie und ihre Vertreter im Reichstage 1871 und 1874 bei der Frage der Annexion eingenommen haben, und auf die Nothwendigkeit, selbst den Anschein zu vermeiden, als ob die Arbeiterpartei ihre damalige Haltung geändert hätte und die Annexion nachträglich guthieße.

An der Debatte theilnehmen sich: Frick, Meinders, Hasselmann, Stolle, Bebel und Mollenbuhr. Die Redner wenden sich gegen die Bedenken Hirsch's, da wir den gegnerischen Parteien in Elsaß-Lothringen keine Rücksicht schulden. Stellen die in Elsaß-Lothringen wohnenden Socialisten nicht selbst eigene Kandidaten auf, so behalten wir uns vor, zur Förderung der

socialistischen Propaganda, eventuell mit socialistischen Kandidaturen vorzugehen.

Der Antrag Hirsch wird abgelehnt.

Fritzsche kündigt an, daß er eine Erklärung des Inhalts abfassen werde: daß die deutschen Socialisten keine Kandidaten aufstellen werden in solchen Kreisen, wo die Elsaß-Lothringer solche selbst aufstellen.

Es wird in die Debatte über die Kandidaturen eingetreten. Ohne wesentliche Debatte bestimmt der Congreß:

Die Auswahl eines Kandidaten im 1. sächsischen Kreise soll den dortigen Genossen überlassen bleiben.

Im 2. Kreise soll Wahlreich kandidiren, im 3. Keller, im 4. Liebknecht, im 5. Bebel. Für den 6. Kreis wird auf Vorschlag Kayfers vorläufig Muer angenommen mit dem Zusatz, daß das Kreiswahlcomité zu Dresden eventuell andere Entscheidung treffe. Im 7. Kreis wird auf Antrag der Großenhainer Parteigenossen die Wahl des Kandidaten denselben selbst überlassen. Jedoch haben dieselben im Einverständniß mit der Centralwahlbehörde zu handeln.

Im 8. Kreis wird Peters zu Dresden aufgestellt.

Ueber den 9. sächsischen Kreis entsteht eine längere Discussion, da der bisherige Vertreter desselben, Geib, unter Hinweis auf seine Parteithätigkeit in Norddeutschland, erklärt, eine Kandidatur für den Kreis nicht wieder annehmen zu können und Fritzsche aufzustellen empfiehlt.

Schönhals spricht ebenfalls für die Kandidatur Fritzsche's.

Haffelmann bemerkt: Nur in dem vorliegenden außerordentlichen Falle sei er dafür, diese Aenderung in der Person des Vertreters vorzunehmen. Aber in allen anderen Fällen muß der einmal Gewählte verpflichtet werden, das Mandat wieder anzunehmen.

Hörig macht darauf aufmerksam, Geib sei in Hamburg aufgestellt und werde sicher durchkommen.

Hafenclever betont, die Worte Hörig's müßten auf das richtige Maß zurückgeführt werden. Es sei fraglich, ob Geib in Hamburg siegen werde. Wenn man also den Genossen Geib nach den nächsten Wahlen im Reichstage sehen wolle, wie Redner es sehr wünsche, dann möge man denselben in seinem alten Wahlkreise wieder aufstellen.

Nach einer Anfrage von Klees wegen Abrechnung über Halberstädter Wahlgelder und befriedigender Beantwortung derselben, wird Fritzsche als Kandidat bestimmt.

Im 10. Kreis wird Burdhardt aufgestellt.

Für den 11. Kreis wird die Entscheidung über den Kandidaten dem Central-Wahlcomité überlassen.

Der Congreß bestimmt für den

- 12. Kreis Bebel,
- 13. " Demmler (Schwerin),
- 14. " Geiser,
- 15. " Wahlreich,
- 16. " Most,
- 17. " Bebel,
- 18. " Motteler,
- 19. " Liebknecht.
- 20. " Wiemer,
- 21. " Demmler (Gener),
- 22. " Muer.

Der 23. Kreis wird den dortigen Genossen, vorbehaltlich der Zustimmung der Centralwahlbehörde, überlassen.

Schluß der Sitzung 1¹/₄ Uhr.

Die Schriftführer:

Hugo Röbiger. Theodor Burdhardt.

Nachmittags-Sitzung, 22. August.

Die Sitzung wird Nachmittag 3¹/₂ Uhr eröffnet. Vorsitzender: Geib, Schriftführer: Steffens und Regel.

Nach Verlesung der Präsenzliste wird in die Berathung über die einzelnen Wahlkreise wieder eingetreten. Zur Candidatur im Harburger Kreise bemerkt Hörig, er wundere sich, daß für dort Stöhr in Aussicht genommen sei. Derselbe habe in Dittenfen genug zu thun. In Harburg solle man Finn aufstellen.

Steffens: Der Vorstand habe die Nichtaufstellung Finns damit motivirt, daß Finn im Lauenburg'schen Wahlkreis aufgestellt werde. Dies habe sich freilich nicht erfüllt. Die Aufstellung Stöhrs werde dort von den Genossen gewünscht; er selbst könne es aus praktischen Gründen nicht recht billigen. Es sei besser, wenn man Finn aufstelle.

Hartmann: Wenn die Parteigenossen in Harburg glauben, daß die Aufstellung Finns besser wäre, so können sie denselben ja aufstellen.

Klute spricht ebenfalls für die Aufstellung Finns.

U. Kapell: Es befremdet ihn, daß der Vorstand die Finn'sche Candidatur für Lauenburg angeführt, da Geib daselbst aufgestellt sei.

Schulz verlangt, Stöhr von diesem Kreise zu suspendiren, da derselbe in Dittenfen genug zu thun habe.

Finn: Der Vorstand hat zur Zeit angefragt, ob er auf der Harburger Candidatur beharre. Er habe geantwortet, daß

er sich den Anordnungen des Vorstandes füge. Er habe ohnedies mehrere Kreise und schlage vor, für Harburg einen andern Candidaten aufzustellen.

Auer: Die Sache sei ganz natürlich zugegangen. Man habe von Finns Aufstellung in Harburg wegen dessen Mecklenburger Candidaturen abgesehen. Dem Vorstande sei es gleich, ob der Congreß anders darüber beschließe. Hartmann bestätigt dies. Hasenclever berichtet, Geib sei damals noch nicht in Lauenburg aufgestellt gewesen.

Grottkau wendet sich dagegen, daß man einen Candidaten in mehr als einem guten resp. officiellen Kreis aufstelle. Es sprechen noch Molkenbuhr und Reinders. Hasenclever bemerkt einigen Anfragen gegenüber, daß Stöhr, gegen den zwar vor Jahren Klagen laut geworden sind, zur Zeit immer am Posten und ein sehr thätiger Genosse sei. Dasselbe erklärt Rackow und noch mehrere Congreßmitglieder. Es wird beschlossen, die Besetzung der Harburger Candidatur den dortigen Genossen unter Zustimmung des Centralwahlcomités zu überlassen.

Es kommt sodann zur Sprache die Offenbacher Candidatur. Ohlig erklärt, es sei nothwendig, daß Liebknecht persönlich im Dieburger Kreise agitire. Im Fall des Sieges müsse Liebknecht aber annehmen, sonst gehe der Kreis für immer verloren. Er verlangt von Liebknecht Zusicherung darüber.

Letzterer erklärt, es wäre ihm lieb gewesen, wenn sich für diesen Kreis ein Anderer gefunden hätte. Grottkau wird vorgeschlagen, lehnt aber aus persönlichen Rücksichten ab. Liebknecht behält die Candidatur.

Nachdem eine Anzahl Aufstellungen ohne Debatte genehmigt sind, bemerkt Dreesbach zu Kettels Aufstellung in Thüringen, die Thüringische Landesversammlung habe Bebel oder Motteler gewünscht. Die Genehmigung erfolgt nach den Aufstellungen. Ueber den Wahlkreis Langensalza wird nach einigen unwesentlichen Debatten beschlossen, Bock aufzustellen.

Von Brandenburg wird ein Parteibeamter gewünscht. Klute wendet sich dagegen, weil es nicht zweckmäßig sei, dieselben Personen vielfach aufzustellen.

Auer erläutert, der Antrag sei gestellt worden aus materiellen Rücksichten. Der Kreis sei arm und müsse einen Candidaten aufstellen, der nicht zu große Kosten verursache. Redner schlägt Rackow vor.

Haffelmann wünscht zu wissen, warum die Brandenburger ihren alten Candidaten Schmedendiek nicht wieder haben wollen. Rackow erwidert, weil er es ihnen abgeschlagen habe.

Rackow wird aufgestellt.

Für Hof wird Löwenstein aufgestellt.

Im vierten schleswig-holsteinschen Kreise ist Radenhausen aufgestellt. Brasch erklärt, daß derselbe aus der Partei ausgetreten sei und deshalb nicht aufgestellt werden könne. Hörig spricht in demselben Sinne. Hervorgehoben wurde dann, daß der 4. schlesw.-holst. Kreis keine Aussicht auf Erfolg für unsere Partei bei den Wahlen biete und wird beschlossen, da der im 3. schlesw.-holst. Kreise aufgestellte Candidat, Genosse Heinzel, sehr leicht die Candidatur auch im 4. Kreise übernehmen könne, sie diesem zu übertragen.

Ueber die Candidatur Stöhrs im 6. schl.-holst. Kreise bemerkt Holzhausen: Wenn der Congreß die definitive Aufstellung beschließe, würde er und alle dortigen Genossen, unbekümmert um persönliche Rücksichten, dafür eintreten. Aber er verlange jetzt Untersuchung über die Angelegenheit Richter. Hartmann habe gegen Richter, welcher erst von den Genossen in Aussicht genommen war, u. A. gesagt: „Richter ist ein charakterloser unmoralischer Mensch.“ — Der Vorstand habe Partei gegen Richter genommen, indem Seitens desselben an einen Genossen in Uetersen geschrieben wurde, derselbe würde nicht anerkannt. Molkenbuhr erläutert, warum man die Candidatur Richters abgelehnt habe und betont, daß dies gegen nur eine Stimme in der betreffenden Conferenz geschehen sei, und zwar nicht im speciellen Auftrag des Vorstandes.

Richter erklärt, daß er seinerzeit nothgedrungen die Candidatur angenommen, jetzt aber ablehne und Stöhr empfehle.

Hartmann bemerkt, er sei im Namen des Vorstandes auf der Conferenz gewesen. Er habe Richter aus Parteiinteresse bekämpft.

Derossi erklärt, er habe auf eine Anfrage aus Uetersen, dahin lautend, ob Richter zur Agitation verwendet würde, wenn man ihn aufstelle, geantwortet: Nein, so lange Richter nicht eine befriedigende Erklärung über seine Stellung zur Partei abgebe; dies sei damals nicht und auch bis jetzt noch nicht geschehen.

Stöhr wird aufgestellt.

Kapell fragt, wie man sich in Wandersbeck zu Hasenclevers Candidatur stelle. Kluge antwortet, die Stellung sei die frühere.

Zu Reimers Candidatur im 9. schl.-holst. Kreise beantragt Hoyer, Reimer möge in die Lage gesetzt werden, zwei Monate in seinem Wahlkreise zu verweilen. Dies wird angenommen.

Für Preußisch-Minden wird Fried aufgestellt.

Für Düsseldorf wird F. Fried in Barmen vorgeschlagen, die Entschließung darüber den Düsseldorfern jedoch überlassen. Da Dreesbach ebenfalls vorgeschlagen wurde, erklärt Ehrhardt sich entschieden gegen dessen Aufstellung in diesem Wahlkreise, der

doch nur eine sehr unbedeutende Stimmenzahl abgebe, nachdem man Dreesbach bei allen officiellen Wahlkreisen übergangen habe.

Für den Kreis Nordheim (Thüringen) wird Lingner aufgestellt.

Für den dritten Hamburger Wahlkreis ist Breuel vorgeschlagen. Rackow behauptet, daß der 1. Hamburger Wahlkreis für uns keine günstigen Aussichten bietet. In demselben sei Geib aufgestellt, den man ungern im Reichstage vermisse. Der 3. Kreis sei bedeutend besser und berechtige zu den bestimmtesten Hoffnungen. Der Redner beantragt deshalb: Der Congreß möge den Wunsch aussprechen, das Arbeiter-Wahlcomité des 3. Hamburger Wahlkreises möge die Candidatur des Herrn Breuel nochmals in Erwägung ziehen, event. den Herrn A. Geib dort als Candidaten aufstellen.

Für den Antrag spricht Heyer, dagegen Reinders und Steffens.

Hörig hält den 1. Kreis für einen guten. Er sieht in dem Fallenlassen Breuels eine Friedensstörung in der Hamburger Mitgliedschaft und eine Schädigung der Agitation.

Rönnekamp erklärt sich ebenfalls für Breuel und hebt dessen Vorzüge hervor. Ebenso Klute. Wahlteich betont, daß Geib ein sächsischen Wahlkreis vertreten und wäre er aus demselben nicht entlassen worden, wenn man gewußt hätte, daß Geib's Wahl in Hamburg nicht gesichert sei. Geib sei in der That im Reichstag schwer zu entbehren. Der Rackow'sche Antrag verlange ja nur, daß man sich mit den Hamburger Genossen darüber verständige, den gemachten Fehler zu verbessern. Dies solle man thun.

Geib erklärt, den 1. Wahlkreis behalten und den 3. unter keinen Umständen annehmen zu wollen.

Bebel: Es sei in ruhiger, sachlicher Weise Geib's Candidatur im 3. Wahlkreis aus Parteirücksichten empfohlen worden; es habe darin für Breuel nicht das Geringste gelegen, was beleidigender Natur sei. Der Congreß habe das Recht, darüber zu berathen.

Hartmann bemerkt, die Hamburger Mitgliedschaft stelle einen ständigen Agitator für den 3. Kreis und sei trotzdem über die Candidatur nicht einmal gefragt worden. Er verlange aber, man solle die Candidatur Breuels lassen wie sie ist. — Rönnekamp äußert die Besorgniß, die Literaten der Partei könnten von der Corruption des liberalen Litteratenthums angesteckt werden. — Rackow: Er habe nur einen Wunsch über die Hamburger Candidatur geäußert und halte denselben aufrecht, ohne Jemand beleidigen zu wollen.

Haase meint, daß Geib es wahrscheinlich lieber sehe, nicht

wieder in den Reichstag gewählt zu werden, indem derselbe den 9. sächsischen Wahlkreis aufgegeben habe, und empfiehlt der Redner die Candidatur Breuels im 3. Hamburger Wahlkreise. Geib erklärt nochmals, daß er eine Candidatur im 3. Kreise nicht annehme. Rackow erklärt, er habe mit seinem Antrag der Partei einen Dienst leisten wollen, müsse ihn aber nun zurückziehen, da Geib so kategorisch die Candidatur ablehne.

Wahlteich nimmt den Antrag auf. Der Congreß nimmt denselben mit 37 gegen 28 Stimmen an. Einige Mitglieder enthalten sich der Abstimmung.

Für Lennep-Wettmann wird Audorf vorgeschlagen. Hasenclever empfiehlt ihn, den Sänger der Arbeitermarxillaise, und zwar aus folgenden Gründen. Es gebe Redners Erfahrung zu Folge in jenem Kreise unter den Arbeitern keine Person in der Partei, welche nur annähernd eine solche Popularität besitze als Audorf. Dann aber sei es gut, wenn Audorf durch Aufstellung in einem officiellen Kreise veranlaßt werde, seine agitatorische Kraft wieder energisch zu entfalten.

Haffelmann giebt zur Erwägung, daß der Candidat dort längere Zeit persönlich agitiren müsse, um einen Wahlsieg zu erzielen. — Hörig empfiehlt, falls Audorf aufgegeben wird, Hennig in Ronsdorf. Hartmann empfiehlt warm die Candidatur Audorfs.

Auf eine Interpellation an Haffelmann von Strecker erklärt Ersterer die Verhältnisse in dem Wahlkreis Zellerfeld-Clausthal, und will denselben abtreten, sobald sich ein tüchtiger Candidat dafür finde. Er selbst habe in Elberfeld genug zu thun.

Der Vorsitzende macht die Mittheilung, daß gegenwärtig keine Verbindung mit diesem Kreise bestehe.

Frohme bedauert, daß man diesen Wahlkreis vernachlässige, und beantragt, eine Agitation dort ins Werk zu setzen.

Haffelmann bemerkt: er habe Verbindung mit dem Kreise. Die Leute seien dort nicht fähig, sich zu versammeln und zu organisiren, weil sie dann sofort gemahregelt werden und auswandern oder verhungern müßten. Man agitire jedoch dort insgeheim. Wenn einige Monate vor der Wahl in den drei Districten des Kreises die Agitation beginne, seien Erfolge zu erzielen.

Mehrere Redner sprechen für Agitation in diesem Kreise, und es wird beantragt, denselben als officiell zu erklären.

Bracke betont: wenn wir Ueberfluß von Mitteln hätten, sei er dafür, doch unter den gegenwärtigen Umständen warne er davor. An Sieg sei jetzt absolut nicht zu denken. Redner erörtert die mißlichen Zustände in einigen Bezirken des Kreises. Es sei schon mit Lebensgefahr verknüpft, dort Flugblätter zu

vertheilen. — In Braunschweig zum Siege zu gelangen, sei schon ungeheuer schwer, der Hasselmann'sche Kreis sei noch viel schlechter. Die Braunschweiger müssen deshalb ihre Kräfte auf den 1. und 3. Braunschweiger Kreis concentriren.

Es ist der Antrag eingegangen, die Congreßverhandlungen zu beschleunigen, da viele Delegirte morgen abreisen möchten. Im Anschluß hieran beantragt man noch, alle noch offenen Kreise der zu wählenden Central-Wahlbehörde im Einverständnis mit den Genossen in den betreffenden Kreisen zur Besetzung zu überweisen. — Festgestellt sind also außer den schon auf der Liste (Seite 35) enthaltenen und acceptirten folgende Candidaturen: V. sächs. Bebel; VI. sächs. Auer (prov.); VIII. sächs. Peters; IX. sächs. Frißsche; IV. Berlin Frißsche; Hamburg I. Geib, II. Hartmann; Lennep-Wettmann Ludorf; Essen Dreesbach; S.-Münden W. Frick; Stettin N. Kapell; Labiau Hasenclever; Einbeck Lingner; Köln Bebel; Arnstadt Bock; Langensalza Bock; Brandenburg Radow; Sachsen-Mein. II. Grillenberger; Hannover (Stadt) Frißsche; Mainz Most; Bayreuth J. Baumann; Hof Löwenstein; Schweinfurt Rick; Celle Reimer; Anhalt I. Zwiabler; II. D. Kapell; Halberstadt D. Kapell; Calbe-Mscherleben Hurlmann; Wanzleben Zwiabler; Minden i. W. W. Frick; Mecklenburg I.—V. Finn; do. VI. Demmler (Schwerin); Düsseldorf F. Frick.

Der erste, siebente und elfte sächsische, sowie die Kreise Hamburg III., Harburg und Sachsen-Weimar III. sind überwiesen.

Eine Pause von 1 Stunde tritt ein.

Bei dem Wiederbeginn der Verhandlung verliest der Vorsitzende Hasenclever folgende Erklärung, welche von fast allen Delegirten unterschrieben ist.

Die Vertreter der deutschen Social-Demokraten erklären:

In den Wahlkreisen Elsaß-Lothringens, in denen die einheimischen Social-Demokraten Candidaten für den deutschen Reichstag aufstellen, werden wir die Candidaturen der elsäß-lothringischen Socialisten in kräftigster Weise unterstützen. Da wo sie Wahlenthaltung beschließen, werden die deutschen Socialisten diesen Beschluß respektiren.

Der Congreß acceptirt diese Erklärung.

Ferner verliest der Vorsitzende eine Zuschrift aus Genf, welche beifällig aufgenommen wird. Dieselbe enthält die Mittheilung, daß sich in Genf ein Comité gebildet hat, welches eine Sammlung von Geldern zur Förderung socialistischer Reichstagswahlen in Deutschland vornimmt.

Der Vorsitzende spricht nun im Namen des Congresses den Schweizer Brüdern den Dank aus. — Der Congreß beauftragt das Bureau, diesen Dank den Schweizer Genossen zu übermitteln.

Es kommt nun Punkt 5 der Vorlage, die Parteipresse, zur Verhandlung.

Frohme beantragt, die Spezial-Debatte sofort eintreten zu lassen.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Debatte in drei Theile zu theilen, je nach der Art der vorliegenden Anträge.

Dies wird angenommen.

Die Unterstützung der auf das Centralblatt bezüglichen Anträge Nr. 25 und 26 der Vorlage erfolgt. Ebenso werden nun unterstützt Nr. 27, 28, 29, 31, 32, 33, 34, 37; ferner ein Antrag aus Düsseldorf, welcher lautet:

„Der Congreß möge beschließen, ein neues Partei-Organ zu schaffen, welches in Berlin zu erscheinen hat. Die beiden Orte Leipzig und Berlin behalten die betr. Blätter als Lokal-Organ.“

Desgleichen ein Antrag der Socialisten in Iserlohn:

„Vom 1. Oktober d. J. ab ist der „Volksstaat“ das einzige offizielle Organ der Socialisten Deutschlands. — Der „Volksstaat“ soll unter dem veränderten Titel „Vormärts“, Organ der Socialisten Deutschlands, wie bisher, 3 Mal wöchentlich, jedoch in erheblich größerem Format, in Leipzig erscheinen.“

Einige andere hierauf bezügliche Anträge finden nicht die genügende Unterstützung.

Bebel: Bereits auf dem Vereinigungs-Congreß sei der Wunsch zur Geltung gekommen, ein einziges Central-Organ zu schaffen. Damals sei die Frage noch nicht zur Lösung reif gewesen, jetzt aber mache sich dringend eine Abschaffung des Dualismus geltend. — Die Lokalpresse breite sich aus, und die Partei könne zwei Central-Organ nicht mehr halten. Es handele sich nun hauptsächlich darum, wo das einheitliche Central-Organ erscheinen solle. Der Redner spricht sich für Leipzig aus, weil der bis jetzt dort erscheinende „Volksstaat“ einen geistigen Brennpunkt der Partei bilde, und die Mitarbeiter des „Volksstaat“ mit der gegenwärtigen Redaktion desselben eng verbunden seien. — Auch aus politischen Gründen empfehle sich Leipzig, da man in Berlin unter Lessendorf nicht das schreiben dürfe, was man in Leipzig schreibe. Der Redner erwähnt noch die materielle Stellung der Berliner Associations-Druckerei, welche letztere durch den Ausfall des „Neuen Social-Demokrat“ allerdings geschädigt werde, aber doch durch die Partei schadlos gehalten werden könne.

Strecker: Seine Auftraggeber wollen den „Neuen Social-Demokrat“ in Berlin als alleiniges Organ haben. Der „Volksstaat“ habe in Leipzig keine Konkurrenz, könne also weiter erscheinen. — Der „Neue Social-Demokrat“ aber müsse eingehen,

wenn das Centralblatt in Leipzig erscheine. — Der Redner weist die Nothwendigkeit eines einzigen Organs nach, und empfiehlt als solches ohne Aenderung des Titels den „N. Social-Demokrat.“

Richter betont, Berlin gegenüber sei Leipzig unbedeutend. Berlin sei für uns so wichtig, wie Paris für Frankreich. Dort tage der Reichstag. — Wenn dort die Leitung der Partei nicht sein könne, müsse wenigstens die Leitung der Presse dort sein. Sachsen stehe nicht hinter Berlin im Punkte der Presseverfolgungen zurück, hierin liege also keine größere Gewähr.

Auf Antrag Bahlreichs wird beschlossen, zuerst die Frage zu erledigen, ob ein oder mehrere officielle Parteiblätter erscheinen sollen, und dann erst die Frage zu erledigen, wo das eine Blatt erscheinen soll.

Frißsche: Für den Fall, daß man sich nicht über die Sache einigen könnte, möchte man die Aufrechterhaltung des status quo im Auge behalten.

Reimer schließt sich dem an.

Grottkau: Hasselmann sei nicht in der Lage, in die Redaction des Centralblattes einzutreten, wenn dasselbe in Leipzig erscheine, weil er sich seinen Wählern gegenüber verpflichtet habe, in Berlin zu bleiben.

Rakow beantragt, zuerst über den Ort des Erscheinens zu discutiren. Dies wird angenommen.

Mollenbuhr: Es frage sich, soll das Organ nur die inneren Parteiangelegenheiten vertreten, oder nach Außen hin speciell die Interessen der Partei wahren? Er halte das letztere für richtig, und deshalb müsse das Hauptorgan der Partei am wesentlichsten politischen Kampfplatze, in Berlin, erscheinen. Die Mitarbeiter des „Volkstaats“ werden ebenso nach Berlin sich wenden können wie umgekehrt. Auer habe auch auf dem vorigen Congreß Berlin als den Platz des zukünftigen Centralblattes bezeichnet.

Kayser: Seine Mandatgeber in Sachsen seien für Leipzig. Sie würden, wenn das Centralblatt in Berlin erscheine, ruhig den „Volkstaats“ weiter lesen. Berlin sei keineswegs mit Paris zu vergleichen. Was von Berlin komme, werde in einem großen Theile Deutschlands mit Mißtrauen betrachtet. Die gegnerischen Blätter Berlins stehen auch nicht auf besonderer geistiger Höhe. Der Einfluß der Behörden sei in Berlin noch gefährlicher, als in Sachsen. Auch die Redaction des „Volkstaats“, die für das neue Blatt gewonnen werden müsse, komme in Betracht.

Stolle: Es sei in Betracht zu ziehen, ob ein Nachtheil für das Blatt in dem Erscheinungsort Berlin liege. Das Parteiblatt könne nicht täglich erscheinen, und damit fallen die Vor-

züge weg, die in Bezug auf Reichstagsberichte zc. für Berlin geltend gemacht worden sind.

Liebknecht: Er sei hierher gekommen, um unter gewissen Bedingungen für Berlin zu stimmen. Er sei aber durch eingehende Erörterungen davon abgekommen und stimme für Leipzig. In Berlin sei die Partei verboten, man müsse sich dort mit kleinen Winkelzügen behelfen und dies sei unserer Partei unwürdig. In Berlin würde das Blatt ein nicht so hohes Niveau in Bezug auf freisinnige Schreibweise haben. Der „Volkstaats“ dürfe nicht zu Grunde gehen, er würde aber bedeutende Verluste erleiden, wenn er nicht mehr Parteiorgan sei. Berlin sei nur die administrative und militärische Hauptstadt Deutschlands, nicht die politische. Die politische Hauptstadt sei es nie gewesen und werde es voraussichtlich auch nie werden.

Hasselmann: Man dürfe Tessenborn den Gefallen nicht thun, aus Berlin auszuwandern. Es würde dies das Geschrei vom „Rückgang“ erneuern und unsere Wahlagitation schädigen. Zwischen Leipzig und Berlin sei hinsichtlich der Verfolgungen kein Unterschied. Die Richter können je nach Bedürfniß verlegt werden. Wir müssen am Hauptiß der Reaction wirken. Haben wir in Berlin nur ein Lokalparteiblatt, so könne sich nach und nach Residenzpartei und Provinzialpartei scheiden, wie man dies in Frankreich und England gehabt habe. Die Redaction des „Volkstaats“ müsse nach Berlin übersiedeln. — Von einem Organ in Berlin könne man mehr materielle Erfolge erzielen, als in Leipzig.

Grillenberger: Er habe bei der vorhergegangenen Konferenz für das Erscheinen in Berlin gestimmt, aber nur unter der Voraussetzung, daß das Blatt ein officieller Moniteur werde, welcher nur officielle Bekanntmachungen u. s. w. bringe. Wenn aber das Blatt die sociale und politische Leitung der Partei geistig vertreten solle, dann dürfe es nicht in Berlin erscheinen. So wie die Verlegung der Parteileitung von Berlin keinen Niedergang der Partei bedeutet habe, bedeute diesen auch die Verlegung des Blattes nicht. Warum wolle man das Centralblatt durch einen Tessenborn ruiniren lassen? Die Antipathie gegen Berlin sei berechtigt. Gerade das Festhalten an Berlin sei ein Berliner, ein preußischer Particularismus.

Auer: Die Kundgebungen an den gegenwärtigen Congreß haben gezeigt, daß die deutsche Socialdemokratie die geistige Führung der gesammten proletarischen Bewegung aller Culturländer übernommen habe. Sollen wir diese Führung behalten, so dürfen wir nicht Berlin zum Sitz des leitenden Organs wählen. Deshalb stimme er für Leipzig. Der „Berliner Freien Presse“ verbleibe ohnedies noch die wichtige Aufgabe, die

socialistische Lokalpresse durch ihre politischen Berichte von der Bourgeoispreſſe zu emancipiren.

Nachdem zur Geſchäftsordnung beſchloſſen worden, daß nur noch zwei Redner für Leipzig, zwei für Berlin und zwei für Dresden oder Hamburg ſprechen ſollen, geht folgender Antrag von Riſch ein:

„Man möge die Orte Berlin ſowie Leipzig fallen laſſen und Hamburg annehmen, die Namen „Volksſtaat“ und Social-Demokrat“ aufgeben und das Blatt „Centralblatt der deutſchen Socialdemokratie“ nennen, weil dadurch jeder Stellung Rechnung getragen werde.

Ferner ein Antrag von Rackow auf Aufrechthaltung des status quo.

Es entſtehen heftige Geſchäftsordnungs-Debatten. Dieſelben erlebigen ſich in der Hauptſache dadurch, daß ein Vermittlungsvorſchlag über die Zahl und die Reihenfolge der Redner angenommen wird.

Frauenhoff: Es ſei hervorgehoben worden, daß der „Volksſtaat“ äußerst wichtig für die Partei ſei. Dies ſei unter Vorbehalt richtig. Aber es ſei zu bedenken, daß die Artikel des „Volksſtaat“ oft in einer ſo wiſſenſchaftlichen Sprache geſchrieben ſeien, daß die Maſſe der Arbeiter ſie nicht verſtehe. Die Chefredacteurs ſeien auch nöthig im Reichstag. Das ſeien Gründe, die ihn veranlaſſen, für Berlin zu ſtimmen. Er wünſche, daß etwas Gutes, Nützliches entſtehe.

Reimer: Allseitig wünſcht man, der Dualismus ſoll aufhören. Das ſei richtig, aber wenn in Leipzig das Centralorgan, in Berlin die „Berliner Freie Preſſe“ ſein ſolle, dann ſei das aufs neue Dualismus. Die Richtung Leipzig verliere nicht durch Verlegung des Blattes nach Berlin, aber Berlin verliere im entgegengeſetzten Falle. In Berlin kämpfen hauptſächlich unfere Feinde, dort dürfen wir nicht die Flinte ins Korn werfen. Wenn die Redactionen zuſammengeworfen werden, ſo werde allen Anſprüchen Rechnung getragen. Der Partikularismus müſſe zu Gunſten der Partei ausgerottet werden. Die geiſtigen Kräfte der Partei werden ſich auch in Berlin zuſammenfinden.

Bracke hebt die Vorzüge Berlins hervor. Trotz deſſelben ſei Berlin kein Hauptort der Socialdemokratie. Es ſei von Außen her genommen worden. Um die Frage: Wollen wir ein populär gehaltenes Blatt, oder ein auf der Höhe der Wiſſenſchaft ſtehendes, handele es ſich nicht, ſondern um die Verſchmelzung. Dieſe könne nicht in Berlin vor ſich gehen. Sehr leicht können die Mitarbeiter des „Neuen Social-Demokrat“ nach Leipzig gehen, allein weit weniger können die wiſſenſchaftlichen

Kräfte des „Volksſtaat“ am Fäbchen nach Berlin gezogen werden. Die Aufrechterhaltung des status quo ſei eine materielle Schädigung der Partei.

Haſenclever: Er habe von ſeinen Mandatgebern den Auftrag, für Berlin zu ſtimmen, doch aus den gepflogenen Debatten habe er die Anſicht gewonnen, es ſei eventuell gut, weder Berlin noch Leipzig zu wählen, namentlich wegen des Grundes der radikalen Schreibweiſe. Der Redner empfiehlt den Antrag Hörig, das Blatt am Sitz des Central-Wahl-Comités, möge deſſelbe nach Hamburg, Gotha oder ſonſt wohin verlegt werden, erſcheinen zu laſſen.

Grottkau: Gerade damit die Antipathie beſeitigt, der Partikularismus geheilt werde, ſei es wichtig, daß von Berlin etwas Gutes, das Centralblatt, komme. Mit Berlin iſt die Bewegung unwiderſtehlich geworden. Die Verhältnisse laſſen es zwar nicht rathſam erſcheinen, die Parteileitung in Berlin einzulegen, aber mit dem Centralblatt ſei es anders. Auch dürfe der Umſtand, daß die Redacteurs des künftigen Parteiorgans aller Wahrſcheinlichkeit nach Reichstags-Abgeordnete ſein werden, nicht unerwähnt bleiben. Denn der bedeutende Vortheil, der ſich ergibt, wenn die Redacteurs dieſes wichtigen Blattes in ihrer Eigenſchaft als Abgeordnete den Sitzungen des Reichstages beiwohnen und trotzdem die Redactionsgeschäfte beſorgen können, liegt offen zu Tage. Wenn der Congreß hingegen auch das letzte officiële Machtmittel der Partei von Berlin nach Leipzig verlegen wolle, ſo gewinnt es immer mehr den Anſchein, als ob die Leipziger Richtung mehr und mehr überwuchere, ſo daß ſchließlich der urſprüngliche Charakter der Bewegung ein ganz anderer werde.

Breuel erklärt ſich in der vorliegenden Frage für Berlin. Die wiſſenſchaftlichen Artikel werde Teſſendorf nicht antaſten.

Bebel bemerkt zu der Teſſendorfſfrage, es würde letzterem angenehm ſein, wenn wir das Centralorgan nach Berlin verlegen. Der Ton des Centralblattes würde in Berlin nicht den radikalen Charakter behalten, den die Socialdemokratie biſher durch den „Volksſtaat“ bewahrt habe.

Hörig bedauert die heutige Debatte. Man ſolle es ein Jahr damit verſuchen, das Blatt am Sitz der Parteiverwaltung erſcheinen zu laſſen.

Rackow iſt für Berlin. Der „Volksſtaat“ habe viel mehr Prozeſſe als der „Neue Social-Demokrat“. Wenn der „Neue Social-Demokrat“ ſo viel Prozeſſe haben wolle, hätte er noch viel ſchärfer ſchreiben können. Zum Beweiſe, daß man in Berlin, wenn man Prozeſſe haben wolle, wohl radikal ſchreiben könne, führe er unter anderem die „Germania“ und „Reichsglocke“ an.

Es sei aber zu unterscheiden, ob man nur radikal schreibe, oder ob man unvorsichtig Prozesse provocire; dies scheine ihm manchmal beim „Volkstaat“ der Fall zu sein, was jedenfalls überflüssig. Die Redacteurs können nach Berlin übersiedeln, nöthigenfalls könne der wissenschaftliche Theil von Leipzig aus redigirt werden. Die wissenschaftliche Schreibweise des „Volkstaat“ habe keine so praktischen Erfolge gehabt, als die volkstümliche Schreibweise des „Social-Demokrat“. Es scheine sich übrigens thatsächlich nicht um Leipzig oder Berlin zu handeln, sondern vielmehr um die Personen Liebknecht und Hasselmann; man könne zu dieser Ansicht um so mehr kommen, wenn man sich eines Briefes des Herrn Hirsch aus dem Vorjahr erinnert, in welchem schon behauptet wird, daß das Centralorgan aus Berlin fort und Liebknecht Redacteur werden müsse. Er wolle nicht sagen, daß dem so sei, aber wenn man die Debatten verfolge, so könne man sich wohl nicht des Eindrucks erwehren, daß Personencultus getrieben werde. Wenn dem so sei, nun da möge man weder Liebknecht noch Hasselmann mit der Redaction des Centralorgans betrauen, dadurch vernichte man die Traditionen beider früheren Richtungen der Socialdemokratie Deutschlands, und das halte Redner für richtig.

Liebknecht behauptet, Prozesse seien vom „Volkstaat“ nicht provocirt worden, aber Niemand könne ihnen ausweichen. Lassalle habe zu einer Zeit gewirkt, wo die Verfolgungen noch viel schwächer betrieben wurden, wie jetzt; dennoch habe er sich in Zeit von wenigen Jahren so in Prozesse verwickelt, daß seine Existenz in Deutschland unmöglich geworden sei. Das macht, Lassalle ist kühn gewesen, und das ist auch die Redaction des „Volkstaat“.

Die Debatte ist geschlossen und wird zur Abstimmung geschritten. Die Anträge, das Centralblatt a, in Hamburg, b. am Sitze des Vorstandes, c. in Dresden erscheinen zu lassen, werden abgelehnt.

Es folgt namentliche Abstimmung über die Frage, ob Berlin oder Leipzig. Für Leipzig stimmen 49, für Berlin 38, der Abstimmung enthalten sich 6.

Für Berlin stimmen: Breuel, Daßbach, Dreesbach, Frauenhoff, Frohme, Frid, Finn, Frischke, Grottkau, Hasselmann, Holzhauer, Hafenclever, A. Kapell, D. Kapell, Klute, Kluge, Lange, Lingner, Most, Mollenbuhr, Meister, Oldenburg, Ohlig, Rönnefeldt, Richter, Rödiger, Radow, Reinders, Reimer, Strumpen, Schulz, Strecker, Steffens, Tennhardt, Wichtendahl, Winner, Zielowsky, Zwiabler.

Für Leipzig stimmen: Auer, Bebel, Boe, Burdhardt, Bracke, Bennwitz, Beckendahl, Brasch, Bronnemeyer, Duff,

Demmler, Ehrhardt, Eckstein, R. Fischer, L. Fischer, Geib, Grillenberger, Habermann, Häusler, Habel, Hoyer, Hartmann, Haase, Hochstein, Hadlich, Kellner, Regel, Ranfer, Ruhlmann, Liebknecht, Leuschke, Löwenstein, Leyendecker, Motteler, Mehlhorn, Rick, Ries, Schönhals, Schubert, Staub, Stolle, Stäger, Stuhl, Trost, Ufer, Vahlreich, Voigt, Wiemer, Weiß.

Der Abstimmung haben sich enthalten: Derossi, Gries, Hörig, Hirsch, Klees, Risch.

Derossi giebt zu seiner Abstimmung zu Protokoll, daß er weder für Leipzig noch Berlin stimmen könne, weil die sich so scharf zugespitzt habenden Debatten befürchten lassen, durch die Annahme eines der beiden Anträge könne eine Mißstimmung in der Partei entstehen, welche für die nächsten Wahlen von schädlichem Einflusse sei, und wäre er deshalb für einstweilige Aufrechterhaltung des alten Verhältnisses.

Schluß der Sitzung 1 Uhr Nachts.

~~~~~  
**Vormittag-Sitzung, 23. August.**

Vorsitzender Geib, Schriftführer Derossi und Ruhlmann.

Eröffnung der Sitzung 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

Es wird zunächst zur Verlesung der Präsenzliste geschritten. Es fehlen Demmler und Stuhl, welche abgereist sind.

Sodann wird das Protokoll der Nachmittags-Sitzung vom Montag, den 21. verlesen, und nach einigen Monita's genehmigt.

Es wird dann in die Tagesordnung eingetreten, und folgt Berathung über die Anträge 25, 26, 28 und 32 der Vorlage.

Hasselmann: Nach der gestrigen Abstimmung ist Redner zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Gründung eines Centralblattes jetzt noch nicht reif sei. Wird die Sache am 1. October ins Leben gerufen, und der „Volkstaat“ nicht über 5- bis 6000 Abonnenten kommen, so sind uns die Hände gebunden, denn man kann wohl Abonnenten leicht verlieren, aber nicht so leicht gewinnen.

Frid ersucht ebenfalls, jetzt noch nicht mit der Gründung des Centralorgans vorzugehen, aber nicht aus den Gründen Hasselmann's. Auf dem vorigen Congreß wurde gesagt, daß, wenn das Centralblatt gegründet werden solle, der „Neue Social-Demokrat“ eingehen müßte; einige hätten das Eingehen des „Volkstaat“ gewünscht; Liebknecht habe diesen Plan als Vandalismus bezeichnet. Dasselbe ist es aber heute mit der Vernichtung des „Neuen Social-Demokrat“. — Redner habe durch seine Haltung gezeigt, daß er sich der Majorität zu fügen wisse,

trotzdem er an der neuen Partei manches auszusetzen gehabt hätte. Er befürchte, daß wir bei den Wahlen behindert werden, wenn jetzt solche einschneidenden Einrichtungen getroffen werden. Das Resultat der gestrigen Abstimmung sei durch die geographische Lage des Congreßortes herbeigeführt. Aus Thüringen und Sachsen seien unverhältnißmäßig viele Delegirte anwesend. Er, Redner, habe den Vorstand, leider erfolglos, ersucht, von Goth abzusehen und Bremen zu nehmen.

Meister: Schon auf dem vorigen Congreß wurde betont, daß die Herstellung eines Centralorgans nothwendig sei. Die Befürchtungen Frid's halte Redner für unbegründet. Sollte es möglich sein, daß sich solche Befürchtungen verwirklichen könnten, so sei der Bericht Auer's freilich sehr rosig gefärbt. Redner wünscht Erscheinen des Centralorgans vom 1. October ab. Es würden dadurch viele Opfer gespart, welche der Wahlbewegung zu Gute kommen.

Fritzsche: Vor einiger Zeit, als Most noch im Gefängniß saß, schrieb derselbe einen Artikel über die Philosophie Dühring's und sandte ihn an Liebknecht; derselbe nahm ihn aber nicht auf, gab ihn auch erst nach mehrfacher Reclamation zurück. Der Grund war nach Redners Ansicht, daß der Artikel nicht im Marx'schen Sinne geschrieben war. Wir wollen aber keine einseitige Entwicklung, denn alle Ansichten sollen in den Parteiblättern zur Geltung kommen können.

Löwenstein hegt die Ueberzeugung, daß die Ansicht Fritzsche's eine unrichtige sei.

Leypdencker betont, für ein Centralorgan sei nicht nur die Majorität des Congreßes, sondern beinahe sämtliche Mitglieder desselben.

Hartmann ist nicht der Ansicht, daß die geographische Lage an dem Resultat der gestrigen Abstimmung einen Antheil habe. Die Gründe Frid's über das Centralorgan konnten wohl im vorigen Jahre maßgebend sein, in diesem Jahre aber nicht. Wir werden der Gesamtpartei sicher nicht zu Wunsch wirken, wenn wir das Centralorgan nicht schaffen. Thatsache ist, daß der „Neue Social-Demokrat“ sowohl wie der „Volksstaat“ an Abonnenten abgenommen haben, und zu befürchten ist, daß sie noch mehr abnehmen, und deshalb sei die Verschmelzung nothwendig. Die „Berliner Freie Presse“ kann zu dem Mittel, Berlin zu erobern, gemacht werden.

Strecker ist zwar weit davon entfernt, gegen den gestern gefaßten Beschluß auch nur im Geringsten sich zu stellen. Aber nach der gestrigen Debatte halte Redner es für besser, wenn beide Blätter eingehen.

Grillenberger wendet sich gegen die Ansicht, daß die

geographische Lage an der gestrigen Abstimmung schuld sei, es könnten sich z. B. ebenso gut die süddeutschen Genossen über dieselbe beschweren. Es sind von Berlin allein 8 Delegirte da, von Hamburg und Umgegend 9. — Gerade für die Wahlen ist es von großer Wichtigkeit, ein einziges Centralorgan zu haben. Wäre die Entscheidung auf Berlin gefallen, so hätte man wohl nichts dagegen gehabt. — Die Anschauung, daß das Blatt nach Marx'scher Tendenz redigirt werden würde, ist nicht berechtigt, weil ja der Redacteur des „Neuen Social-Demokrat“ mit eintreten soll.

Es wird Schluß der Rednerliste angenommen.

Geßtein: Es wurde erwähnt, daß man den „Neuen Social-Demokrat“ zerstöre, während der „Volksstaat“ bestehen bleibe; das ist eine irriige Annahme; durch Herausgabe des Centralblattes ist beiden Seiten Rechnung getragen. Was den Einfluß der geographischen Lage des Congreßortes betreffe, so bemerke er, Fritzsche habe Mandate von Großenhain und Meißen — diese hätten sicher für Leipzig gestimmt.

D. Kapell: Wenn hier Beschlüsse gefaßt werden, so haben wir nach denselben zu handeln, und dürfen nicht von Majorisiren und Schiebung sprechen. — Redner ist gegen Erscheinen des Centralblattes am 1. October, sondern wünscht als Zeitpunkt den 1. April 1877. In Berlin bestehen besondere Verhältnisse, welche es als schädlich erscheinen lassen, den Druck des „Neuen Social-Demokrat“ Berlin zu entziehen, es müßte denn der genaue Beweis erbracht werden, daß dafür Ersatz geleistet werde.

Klees: Er habe sich gestern deshalb der Abstimmung enthalten, weil er im vorigen Jahre für Herausgabe des Centralorgans in Berlin gewesen, jetzt habe sich die Frage indessen persönlich zugespitzt. Damals waren die Genossen allerorts für ein Centralorgan. Wenn jeder sich zur Aufgabe stellt, für den einmal gefaßten Entschluß zu wirken, so sei gar kein Grund vorhanden, durch denselben Zersplitterung zu befürchten.

Rönnecamp: Die Centralblattfrage ist eine Personenfrage. Redner will nicht die Oberleitung desselben Liebknecht überlassen nach Schweizer'scher Manier. Lassen wir Liebknecht, Bebel und Hasselmann zurücktreten und nehmen wir andere Personen.

Heyer: Vom „Neuen Social-Demokrat“ haben wir schon 11,000 Abonnenten verloren. Wir sind es der Partei schuldig, das Centralorgan so bald als möglich erscheinen zu lassen; wenn Jeder, der hier anwesend ist, dafür eintritt, so wird die Sache ihren guten Verlauf nehmen. In Schleswig-Holstein ist die Stimmung für ein Centralorgan.

Zielowsky ist dafür, daß das Centralorgan am 1. October erscheine. Es ist selbstverständlich, daß wir für den Beschluß



eintreten. Aber Redner mache darauf aufmerksam, daß die Berliner Druckerei durch Entziehung des Blattes einen Ausfall erleide, der ersetzt werden muß. Aber wie? Es ist nichts darüber gesagt worden. Ein Ersatz muß aber unbedingt geschaffen werden. Man sagt, in Berlin sei die „Freie Presse“; wenn man aber die Druckerei zu Grunde gehen lasse, so sei auch die „Freie Presse“ zum Teufel.

Winner: Man sagt zwar, daß Jeder für das Centralorgan eintreten müsse; das ist schon gut, man muß aber auch bedenken, wie die Parteigenossen über die Sache denken, und wenn dieselben auch für ein Centralorgan sind, so wollen sie doch die Sache sorgsam behandelt wissen.

Rackow: Wenn das Unternehmen von Berlin plötzlich fortgenommen wird, so müssen anderweitig wöchentlich 40 Thaler Ersatz und ein Credit von 2000 Mark beschafft werden. Wenn man praktisch handeln will, so müssen die alten Traditionen vollständig vernichtet werden. Redner sei deshalb dagegen, daß Liebknecht und Hasselmann in die Redaction des Centralorgans treten, und da neue Kräfte so bald nicht zu beschaffen sind, so ist Redner gegen Herausgabe des neuen Blattes am 1. October.

Kayser: Es fragt sich, ob in dem Weitererscheinen der beiden Blätter ein Uebelstand liege oder nicht; Redner hege die erstere Ansicht. — Redner ist ferner der Meinung, daß am Centralorgan unsere bedeutendsten Kräfte vertreten sein müssen, und das sind Liebknecht und Hasselmann.

Dreesbach: Was die geographische Lage betreffe, so spiele dieselbe unter allen Umständen eine Rolle, so lange nach Köpfen gestimmt wird. Dann ist dies aber überall der Fall, mag man den Congreß abhalten, wo man will. Wäre gestern erst die General-Debatte gewesen, und man in derselben über die Verhältnisse der Berliner Association aufgeklärt worden, so wäre größere Klarheit vorhanden. Redner ist für das Erscheinen des Centralorgans. Wenn es heißt, daß das Unternehmen gescheitert sei, weil Berlin nicht als Ort des Erscheinens bestimmt wurde, dann würde eine Mißstimmung in der Partei möglich sein.

Liebknecht: Fried habe ihn der Inconsequenz geziehen; die Erklärung habe er damals gegeben, weil kein Ersatzmittel vorhanden war; jetzt ist in Berlin die „Freie Presse“. — Was die Angelegenheit des Most'schen Manuscripts betreffe, so habe er schon vorher im „Volksstaat“ erklärt, daß eine kritische Beleuchtung der Dühring'schen Ideen gebracht werden solle, und deshalb sei der Most'sche Artikel zurückgestellt worden. Dagegen sei es nicht wahr, daß er das Manuscript zurückgehalten. — Betreffend die Leitung des „Volksstaat“ habe er zu constatiren, daß keine

einzigste Klage erhoben worden sei in dieser Beziehung, abgesehen von untergeordneten Punkten.

Einer der Gründe, welche Redner veranlaßt, für Leipzig zu sein, sei seine durch Aeußerungen Fritzsche's veranlaßte Ansicht, daß in Berlin nicht zu erhoffen ist, daß dort in allseitig rechnungstragender Weise die Leitung besorgt werde.

Sadlich: Es liegt im Interesse der Partei, daß das Centralorgan geschaffen werde. Beide Blätter haben Abonnenten verloren und stehen auf 6000, resp. 5500 Abonnenten. Dieselben werfen also für die Partei wenig, resp. nichts ab. Ein Centralorgan wird aber mindestens 8000 Abonnenten erreichen, und so schon bedeutende Ueberschüsse ergeben.

Most: Er habe sich aus praktischen Gründen für Berlin entschieden. Heute handelt es sich um die Frage, ob ein Centralorgan überhaupt geschaffen werden solle. Es kommt nun darauf an, wie die Parteigenossen darüber denken. Wolle man für den gefaßten Beschluß aufrichtig eintreten, so möge man heute so vielstimmig wie möglich für ein Centralorgan stimmen.

Hasselmann verwahrt sich gegen die Ansicht, man würde sich nicht dem Beschlusse fügen. Von persönlichen Fragen kann keine Rede sein, und verwahre sich Redner dagegen. Er habe es schon lange satt, Parteisclave zu sein, und wäre es ihm nur recht, wenn er von seinem Posten befreit werde. — Seinen Wählern habe Redner auf Ehrenwort versichert, während der Reichstagsession in Berlin anwesend zu sein.

Es wird beschlossen, über die Zeit des Erscheinens namentliche Abstimmung vorzunehmen.

Es wird einstimmig angenommen, daß ein Centralblatt gegründet werden soll.

Hierauf folgt namentliche Abstimmung über die Zeit des Erscheinens. Für October stimmen 59, für April 26 Delegirte.

Es kommen nun zur Verhandlung die Anträge 26, 28, 32 und ein Antrag von D. Kapell: Das Centralorgan wöchentlich höchstens 2 Mal erscheinen zu lassen, und zwar zum Preise von 1 Mk. pro Quartal.

Grottkau: Lassen wir jetzt alle weiteren Redereien fahren. Die Herausgabe des Centralblattes ist nun einmal entschiedene Sache, und da können wir ja über das Weitere leicht hinwegkommen.

Fritzsche: Das Blatt muß dreimal erscheinen, zweimal ist unmöglich anzunehmen. Das Format muß auch das alte bleiben. Es wird angenommen, daß das Blatt dreimal wöchentlich erscheine.

Weiter, daß bis 1. Januar das Format des N. Soc.=Dem

genommen werde und die weitere Bestimmung der Parteibehörde überlassen bleibe.

Es folgt sodann Berathung über den Preis des Blattes.

Rackow ist dafür, daß der Preis ein recht billiger sei, damit die Genossen in der Lage sind, es noch neben den Lokalblättern halten zu können; deshalb beantrage er, 1 Mk. 20 Pf. pro Quartal zu bestimmen.

Ruhlmann wünscht, daß der Preis den des Volksstaats nicht überschreite.

Könnekamp ist ebenfalls für größtmögliche Billigkeit; das Blatt soll in jede Hütte hineindringen. Redner weist auf das Organ der dänischen Socialisten hin. Ueberschüsse wollen wir bei diesem Centralblatte nicht haben.

Hasselmann: Man würde dem Unternehmen Schwierigkeit bereiten, wenn man bedeutend mit dem Preis heruntergehen wolle; ebenso wenig dürfe man den Preis erhöhen. Wird die Abonnentenzahl es gestatten, so kann man ja später zu größerer Billigkeit greifen.

Stolle: Die armen Weber in Sachsen sind nicht in der Lage, viel zahlen zu können.

Bebel: Wir können nicht beschließen, eine so bedeutende Preisherabsetzung zu votiren, wo wir auf der andern Seite eine Vergrößerung planen. Redner theilt nun einmal nicht die Ansicht, daß das Centralorgan eine so hohe Abonnentenzahl erreiche, wie von einigen Rednern angegeben. — Die Genossen sind an den Preis von 1 60 gewöhnt. Wir sind nicht in der Lage, etwaige Defizite des Centralorgans decken zu können, im Gegentheil müssen wir auf Ueberschüsse für die Wahlbewegung rechnen.

A. Kapell weist an der Hand der Abrechnung darauf hin, daß allein 4500 Abonnenten nöthig seien, um nur Redaktions- und Expeditionskosten des N. Soc.-Dem. zu decken. Redner rechnet auf 10,000 Abonnenten für das neue Centralblatt.

Es erfolgt Abstimmung. Der Preis wird auf 1 Mk. 60 Pf. pro Quartal festgesetzt.

Sodann folgt Berathung über den Titel des Centralorgans.

Vorgeschlagen sind „der Socialist, Vorwärts, Zukunft, der Social-Demokrat, Proletarier, der Arbeiter“.

Bracke hält es für praktisch, auf dem Titel des neuen Blattes anzudeuten, daß das Blatt die Fortsetzung der beiden alten sei.

Bebel für Socialist event. Vorwärts. Fried für Proletarier. D. Kapell ebenfalls. Eckstein für Socialist.

Klute für Proletarier, mit der Zufügung Central-Organ der socialist. Arb.-Partei Deutschlands. Oldenburg für Zukunft.

Geib für Vorwärts, Central-Organ der Social-Demokratie Deutschlands. Hasenclever für Proletarier.

Es wird zunächst bestimmt, daß der Zusatztitel: „Central-Organ der Social-Demokratie Deutschlands“ lauten solle.

Als Haupttitel wird „Vorwärts“ bestimmt.

Es folgt nun ein Antrag von Heerhold-Ottensen: Alle Anordnungen und Bekanntmachungen, die vom Vorstande über innere Parteianglegenheiten erlassen werden, dürfen nur im Central-Parteiorgan veröffentlicht werden.

Hörig wünscht, die Erlasse an der Spitze des Blattes zu veröffentlichen. Dies wird angenommen.

Der Antrag Heerhold wird ebenfalls angenommen.

Folgt Antrag 34.

Klute: Die Erfurter Parteigenossen sagen sich, daß der Raum des Central-Organes zu beschränkt würde, wenn man dasselbe viel mit gewerkschaftlichen Sachen fülle.

Der Antrag 34 wird angenommen.

Mittagspause 1 Uhr. Nächste Sitzung 3 Uhr Nachmittags.

Die Schriftführer:

Deroffi.

Ruhlmann.

### Sitzung vom 23. August, Nachmittags.

Geib eröffnet die Sitzung 3 Uhr. Schriftführer C. Breuel.

Die Präsenzliste wird verlesen.

Abgereist sind die Herren: Bannwitz, Staub, Stuhl, Dabach, Frohme, Habermann, Stolle, Tennhardt, Demmler und Häußler.

Röbiger verliest das Protokoll der Vormittagsitzung vom vorigen Tage. Dasselbe wird genehmigt.

Wiemer verliest das Protokoll der Nachmittags-Sitzung vom 22. August. Dieses wird ebenfalls genehmigt.

Wahlreich macht den Vorschlag, die wichtigsten Punkte der noch vorliegenden Anträge vorweg zu nehmen, weil Abends 6 Uhr eine Anzahl Delegirte abreisen müßte. Dies wird acceptirt.

Punkt 1, Wahl der Redacteurs für das Central-Organ, ommt zur Verhandlung.

Dreesbach schlägt vor, Liebknecht und Hasselmann nicht zu wählen.

Vorgeschlagen werden: Hasenclever, Most, Hasselmann, Liebknecht.

Hasenclever ist der Ansicht, daß es doch besser sei, wenn Liebknecht und Hasselmann gewählt würden, die beiden, angeblich

noch existirenden Strömungen in der Partei würden sich dann am ersten ergänzen und ausgleichen.

Meister: Um das Wissenschaftliche mit dem Populären zu verbinden, ist es gut, wenn die beiden Genannten zusammenarbeiten.

Strecker ist dafür, daß Hasselmann Chefredacteur werde.

Liebknacht erklärt auf Befragen, daß er die Redacteurstelle annehmen werde.

Hasselmann: Er habe seinen Wählern sein Ehrenwort gegeben, stets an den Verhandlungen des Reichstags Theil zu nehmen, er könne deshalb nicht nach Leipzig übersiedeln.

Moft: Er nehme die Stelle nicht an.

Hafenclever lehnt ebenfalls ab.

Bebel begreift nicht, daß ein Mann wie Hasselmann, der im Dienste der Gesamtpartei stehe, in solcher Weise sich verpflichten könne. Er, Redner, müsse aber ferner constatiren, daß Hasselmann sein Ehrenwort schlecht gehalten habe, denn derselbe hätte sehr oft im Reichstage gefehlt.

Hasselmann: Er habe seine Kraft der Redaction des „N. Social-Demokrat“, der „Berliner Freien Presse“, sowie der Agitation widmen müssen und wäre es ihm deshalb nicht möglich gewesen, öfter im Reichstage anwesend zu sein. Sein Ehrenwort den Barmen-Elberfelder Wählern gegenüber sei so gewesen, daß er nach seinem Ermessen an den Arbeiten des Reichstages theilnehmen konnte.

Liebknacht: Hasselmann hat seine Stellung zur Redacteurfrage verkläusulirt. Redner habe auch Verpflichtungen gegen seine Wähler und müsse auch sehr oft auf Agitation sein; es wäre ihm lieb, wenn seine Person in der Redaction des Central-Organs nicht nöthig wäre.

Hafenclever tadelt das heftige Vorgehen Bebels gegen Hasselmann.

Reimer: Hasselmann hat so viel Arbeiten gehabt und so viel agitirt, daß er mit dem besten Willen nicht öfters im Reichstage anwesend sein konnte.

Rackow: Hasselmann's Fähigkeiten zieht kein Mensch in Zweifel, aber dessen Erklärung käme ihm wunderbar vor. Er glaube nicht, daß die Wähler desselben ein solches Verlangen an ihn gestellt hätten, dazu seien dieselben viel zu vernünftig.

Hasselmann: Er könne seine Kräfte jetzt nicht zersplittern und müsse erst über diese Sache mit seinen Wählern Rücksprache nehmen.

Bebel: Er habe Hasselmann nicht vorwerfen wollen, daß derselbe seine Schuldigkeit im Reichstage nicht gethan habe, aber es scheine ihm, als wolle er sich von der Redaction des Central-

Organs drücken. Er und Liebknacht hätten auch während der Sessionen viele andere Arbeiten gehabt.

Zielowsky: So gerne er die Artikel Hasselmanns gelesen habe und noch lese, so müsse er doch gestehen, daß ihm dessen heutiges Auftreten hier durchaus nicht gefallen. Es scheint Redner, als hätte Hasselmann überhaupt keine Lust, nach Leipzig zu gehen. Möge er „Ja“ oder „Nein“ sagen.

Richter spricht in demselben Sinne.

Geib ersucht Hasselmann angelegentlichst, derselbe möge einfach „Ja“ sagen. Der künftigen gedeihlichen Entwicklung der Partei, sowie der Herbeiführung der vollen Harmonie in der social. Arbeiterbewegung wäre damit der beste Vorstoß geleistet.

Hasselmann erklärt: Nach Leipzig kann ich nicht übersiedeln, jedoch bin ich zu jeder Zeit bereit, als Mitarbeiter an der Redaction zu fungiren, will auch gerne zugeben, daß mein Name als Redacteur vermerkt wird.

Wahlreich: Redner möchte gerne in versöhnlichem Sinne sprechen. Man könne doch die ganze Redaction auf dem Congresse nicht wählen; überlassen wir das dem zu wählenden Central-Wahl-Comité; wir werden damit, wie jetzt die Sachen liegen, weiter kommen.

Bebel spricht in demselben Sinne.

Reimer: Wenn das Central-Organ nach Berlin hin verlegt worden wäre, so hätten wir jedenfalls nichts dagegen eingewendet, wenn Liebknacht als Redacteur in Leipzig geblieben wäre.

Frißsche: Die ökonomischen Leitartikel kann Hasselmann in Vorrath arbeiten. Redner unterstützt den Vorschlag Wahlreich's.

Bracke ist anderer Ansicht. Es müssen die beiden Haupt-Redactoren dort sein, wo das Blatt erscheint, und müssen durch den Congreß gewählt werden.

A. Kapell: Die ganze Frage gipfelt in der Thatsache, daß die Fraktionsunterschiede in der Partei noch vorhanden sind; um dieses zu verwischen, müssen die beiden Haupt-Redactoren zusammen arbeiten. Hasselmann kann auch nach Leipzig übersiedeln. Lehnt derselbe aber definitiv ab, so muß Hafenclever annehmen.

Liebknacht erklärt, daß er die Stelle als Redacteur nicht annehmen würde, wenn nicht beide Haupt-Redactoren in oder bei Leipzig wohnen. Würde Hasselmann in Berlin bleiben, so würde Redner der Padesel sein.

Hasselmann: Er geize nicht nach einer Redacteurstelle und verzichte jetzt definitiv.

Der Vorsitzende stellt die Frage an den Congreß, ob derselbe es für zulässig erachte, daß einer der Haupt-Redactoren nicht in Leipzig wohne.

Diese Frage wird verneint.

Strumpfen: Liebknecht hat im vorigen Jahre gesagt, er wolle Alles thun, um Hasselmann zu stürzen.

Liebknecht: Wer das gesagt hat, der hat gelogen; ich fordere Herrn Hasselmann auf, hier zu erklären, ob zwischen uns Beiden im letzten Jahre das Geringste vorgefallen ist?

Hasselmann: Unser Verkehr mit einander war stets ein sehr oberflächlicher; im Uebrigen glaube ich nicht, daß Liebknecht dieses gesagt hat. In meinen Augen ist derselbe ein Ehrenmann.

A. Kapell: Jetzt schlage ich wieder Hasenclever vor. Die Charaktere von Liebknecht und Hasenclever passen famos zusammen.

Hasenclever: Meine Zeit wird durch die Agitation, welche von mir allerorts verlangt wird, sehr in Anspruch genommen, bitte daher von meiner Person Abstand zu nehmen.

Bebel stellt den Antrag, die Befetzung der Redakteurstelle dem zu wählenden Central-Wahl-Comité zu überlassen.

Dagegen sprechen die Herren Bracke, Reinders und Görig.

Der Antrag Bebels wird abgelehnt.

Von Bracke werden noch vorgeschlagen: Fritzsche und Grottkau. Ferner werden vorgeschlagen: Lange und Oldenburg.

Sämmtliche vorgeschlagene Delegirte lehnen ab.

Radow: Es ist von der größten Wichtigkeit, daß die beiden früheren Richtungen in dem Central-Organ vertreten sind. Redner ersucht noch einmal Hasenclever, die Stelle anzunehmen.

Geib erklärt, daß er im Einverständnis mit Hasenclever dem Kongreß mitzuthellen habe, daß Hasenclever, falls die Wahl auf ihn fallen sollte und die Hamburger Genossen ihre Zustimmung hierzu geben würden, die Wahl annähme. (Beifall.)

A. Kapell stellt folgenden Antrag:

„Beide Redakteure werden materiell gleichgestellt.“

Der Antrag wird angenommen.

Hasenclever wird mit allen gegen eine Stimme zum Redakteur des „Vorwärts“ gewählt.

Liebknecht desgleichen mit allen gegen 2 Stimmen.

Damit ist die Centralblattfrage erledigt.

Otto Kapell stellt folgenden Antrag:

„Zur permanenten Leitung der socialistischen Wahl- und Partei-Agitation möge der Congreß ein ständiges Central-Wahl-Comité, — bestehend aus 5 Personen, — wählen, dessen Amtsthätigkeit sich bis zum nächsten Congreß zu erstrecken hat. Diesem Comité ist in allen Agitations- und Partei-Angelegenheiten diktatorische Gewalt zu übertragen.“

„Zur Controlle der Central-Behörde ist eine Revisions-

und Beschwerde-Commission, bestehend aus 7 Personen, an dem Orte, an welchem die Commission ihren Sitz hat, zu wählen.“

Zunächst wird beschloffen, den Vorort der Partei zu bestimmen. — Zu letzterem werden vorgeschlagen: Hamburg, Bremen, Frankfurt a. M.

Strecker plaidirt für Bremen.

Hamburg wird mit allen gegen 3 Stimmen gewählt.

Frick schlägt vor, daß das Central-Wahl-Comité aus 3 Personen bestehen möge.

Bebel: Die Arbeiten der betreffenden Personen werden sich nicht verringern, eher noch vermehren, und ist Redner deshalb für 5 Mann.

Frick ist dafür, daß nur ein Secretair gewählt wird; er wolle nicht sagen, daß dieselben nicht genug Arbeit gehabt hätten, aber es sei auch möglich, daß dieses nicht der Fall gewesen sei. Mögen die Secretaire eine diesbezügliche Erklärung abgeben, so sei er zufrieden.

Görig empfiehlt, daß nur 3 Personen gewählt werden.

Derossi. Die beiden Secretaire haben stets genügend zu thun gehabt, und würde es gewiß nicht gut angehen, wenn man jetzt in der Wahlbewegung nur einen Secretair wählen würde.

Ehrhardt ist für zwei Secretaire.

Bebel: Es gehört eine kolossale Arbeitskraft dazu, die Arbeiten der Secretaire zu verrichten. Redner habe auch schon einmal einen ähnlichen Posten bekleidet, und könne deshalb aus Erfahrung sprechen. Die Zahl 3 sei überhaupt nicht praktisch, denn unter 3 Personen könne viel leichter Mißstimmung entstehen, als unter 5; ferner klärten sich die Ansichten auch bedeutend schneller, wenn mehrere Personen beisammen säßen.

Reinders: Da Auer's Agitationskraft bei der nächsten Wahl so wie so genug in Anspruch genommen werden wird, und dadurch dem andern Secretair mehr Arbeit aufgebürdet wird, so bin ich dafür, daß wir es beim Alten lassen.

Der Antrag von O. Kapell wird angenommen.

Als Sitz der Control-Commission werden folgende Orte vorgeschlagen: Hamburg, Bremen, Berlin, Leipzig und Barmen.

Holzhauser empfiehlt Hamburg.

Gewählt wird Bremen.

Reinders beantragt, jetzt die Gehaltsfrage vorzunehmen.

Dies wird angenommen.

A. Kapell ist dafür, daß die Gehälter der Secretaire auf 165 Mark monatlich erhöht werden.

Frick: Die stabilen Agitatoren, welche fast täglich auf der Landstraße liegen müssen, erhalten nur 135 Mark. Der Redner

könne sich aus diesem Grunde nicht für die Ansicht A. Kapell's erwärmen.

Breuel ist dafür, daß die Gehälter der Secretaire reducirt werden. Mache man einen Vergleich zwischen den Ausgaben eines stabilen Agitators und denen eines Secretairs, so müsse man finden, daß Ersterer bedeutend schlechter gestellt sei. — Redner schlägt vor, die Gehälter der Secretaire auf 120 Mark monatlich zu reduciren. Um der Gerechtigkeit zu genügen, müsse man so verfahren.

Dreesbach spricht in ähnlichem Sinne. Um beurtheilen zu können, was die beiden Beisitzer für Gehälter haben müssen, müsse man erst wissen, was dieselben überhaupt zu thun hätten.

Auer: Derossi und er hätten sich noch niemals über ihren Gehalt beklagt. Im Uebrigen hätte Redner während der Zeit, daß er Secretär gewesen sei, eben so viele Versammlungen abgehalten, wie jeder andere Agitator.

Hartmann: Die Ansicht, daß man die Partei-Beamten den intelligenten Arbeitern in materieller Beziehung gleichstellen müsse, sei nicht zutreffend. Man müsse sich bei Bestimmung der Gehälter nach der Art der Arbeitsleistung richten, also nach ihrer Qualifikation dieselben berechnen.

Der Antrag Bebel: „Die Gehälter der beiden Secretaire à Person auf 150 M. monatlich, des Kassirers auf 105 M., die der beiden Beisitzer à Person auf 45 Mark festzusetzen“ wird angenommen.

Meister macht den Vorschlag, das Central-Wahl-Comité aus folgenden Personen zusammenzusetzen: Secretaire: Auer, Derossi; Kassirer: Geib; Beisitzer: Braßch und Hartmann.

Ferner werden noch vorgeschlagen: Grottkau, A. Kapell, D. Kapell, W. Frick, welche sämmtlich verzichteten.

Hartmann: Redner hätte dadurch, daß er eine Stelle im Vorstande angenommen, in Hamburg sehr viel Unangenehmes gehabt. Verschiedene Leute hätten diesen Umstand benutzt, um gegen ihn zu intrigüiren; er möchte daher den Kongreß ersuchen, ihn bei der Wahl nicht zu berücksichtigen.

Gewählt werden die von Meister vorgeschlagenen Personen.

Ein bejahrter Parteigenosse (Scherzer aus London) erhält jetzt das Wort zu einer Ansprache:

Es dränge ihn, auf dem Kongreß der deutschen Socialisten sich auszusprechen. Redner sei einer der ältesten Parteigenossen und könne er mit Freuden konstatiren, daß die deutsche Social-Demokratie an der Spitze der proletarischen Bewegung aller Länder marschire. In Frankreich sei viel Blut vergossen und doch

nicht viel erreicht worden. In England seien es nur Wenige, welche sich aus dem Wesen der reinen Gewerkschaftsbewegung herausarbeiten könnten, um für die einzig radikale socialistische Arbeiterbewegung einzutreten. Mögen die deutschen Socialisten so fortfahren, anderen Völkern als leuchtendes Vorbild zu dienen, dann werden Letztere schon mit der Zeit nachfolgen. Redner schließt mit den Worten Schiller's: „Seid einig, einig!“ Der Kongreß nimmt diese Ansprache mit Beifall auf.

Ein Antrag Heerhold's wird nicht genügend unterstützt.

A. Kapell stellt den Antrag: Dem Central-Wahl-Comité steht die Aufsicht und eventuelle Verfügung über das Centralblatt, so wie über die anderen Parteiblätter in so weit zu, als der Kongreß nicht selbst Bestimmungen darüber getroffen hat.

Der Antrag wird angenommen.

Antrag 35 der Vorlage ist durch Annahme des Antrages von A. Kapell erledigt.

Most verliest folgende Resolutionen, welche vom Kongresse zustimmend aufgenommen werden:

I. Der Kongreß erklärt, daß die Socialisten Deutschlands dem innerhalb der besitzenden Klassen ausgebrochenen Kampfe zwischen Schutzzoll und Freihandel fremd gegenüberstehen; daß die Frage, ob Schutzzoll oder nicht, nur eine praktische Frage ist, die in jedem einzelnen Falle entschieden werden muß; daß die Noth der arbeitenden Klassen in den allgemeinen wirtschaftlichen Zuständen wurzelt; daß aber die bestehenden Handelsverträge seitens der Reichsregierung ungünstig für die deutsche Industrie abgeschlossen sind und eine Aenderung erheischen; daß endlich die Parteipresse aufzufordern ist, die Arbeiter davor zu warnen, für die unter dem Verlangen nach Schutzzoll eine Staatshilfe erstrebende Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

II. Der Kongreß erklärt sich, dem social-demokratischen Programme gemäß, dafür, daß die Privat-Eisenbahnen in den Besitz des Staates übergehen, da das Privatbahnsystem ein ungerechtfertigtes Monopol schafft, vermöge dessen die Eisenbahn-Unternehmer das Publikum nach Belieben auszubeuten vermögen.

Andererseits ist der Kongreß überzeugt, daß die deutsche Reichsregierung, falls das Reich alle Eisenbahnen in Besitz bringe, vornehmlich die Interessen des Klassen- und Militärstaates damit zu fördern und die Einnahmen zu unproduktiven Zwecken zu verwenden bestrebt sein und daß sie ein neues Uebergewicht in volksfeindlichem Sinne erlangen würde, so wie, daß durch Verwirklichung des Reichs-Eisenbahnprojekts den Börsenjobbern neue Summen vom Volkseigenthum zugespielt werden würden.

Aus diesen Gründen kann sich der Kongreß mit dem Projekte nicht befreunden.

III. Der Kongreß nimmt zu der Frage, ob Schwurgerichte, Schöffengerichte oder juristische Berufsrichter, dem social-demokratischen Programme gemäß, Stellung, indem er erklärt, daß im Klassenstaat keine Form der Gerichtsverfassung Recht und Gerechtigkeit verbürgen kann, und daß darum freie Volksgerichte, auf Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gebildet, zu erstreben sind.

Bracke, Fried, Frißsche, Grillenberger, Hasselmann, Liebknecht, Most.

Es folgt nun Antrag 36 der Vorlage (Reklame-Annoncen).

Zielowsky: Schwindel-Annoncen solle man nicht aufnehmen, aber Reklame-Annoncen seien zulässig; die Verwaltungen der Lokalblätter könnten oft nicht anders handeln.

Fried: Wenn man von Reklame-Annoncen spricht, so muß man erst feststellen, was Reklame ist. Die Redaktionen kämen oft in Verlegenheit, wenn sie zwischen Reklame und Schwindel zu unterscheiden hätten. Man möge die Entscheidung in diesen Angelegenheiten den einzelnen Blättern überlassen. Eine Art von Annoncen, die, welche der Unsittlichkeit Vorschub leisten, bekämpfe die ganze Parteipresse mit Geschick und Erfolg.

Wiemer: Der gewählte Wahl-Vorstand wird das Beaufsichtigungrecht schon in genügender Weise handhaben. Redner beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Radow: Eine Annonce, die nicht im redaktionellen Theile des Blattes steht, ist keine Reklame-Annonce. Man kann nicht gleich jede Annonce zurückweisen, die wie Schwindel aussieht; dies ist in der Praxis nicht durchzuführen.

Antrag Wiemer, Uebergang zur Tagesordnung, wird angenommen.

Rönnekeamp fordert vom Kongreß die Erklärung, ob derselbe mit den Ausführungen Radow's einverstanden sei.

Weib antwortet, die Sache sei erledigt.

Jetzt kommt Antrag 37 der Vorlage zur Verhandlung.

Reimbers beantragt: Uebergang zur Tagesordnung und motivirt derselbe seinen Antrag.

Konstatirt wird, daß Antrag 37 der Vorlage durch den Antrag Frißsche (siehe Montagsitzung) erledigt ist.

Punkt 38 der Vorlage (Hamburger Antrag) kommt zur Verhandlung.

Auer: Es ist der Antrag etwas eigenthümlich, aber ich ersuche Sie, denselben anzunehmen. Der Beschluß vom vorjährigen Congresse, der das künftige Hamburger Volksblatt für Eigenthum der Partei erklärte, hat uns viele Arbeit verursacht. Möge man

den Hamburgern ihr Blatt selbst überlassen. Redner ist der Ansicht, daß dieselben ihr Blatt stets so halten würden, wie dieses für die Partei am ersprießlichsten sei, auch würde man durch Annahme des Antrages vielen Nörgeleien in Hamburg vorbeugen.

Fried: Man sehe an Hamburg recht deutlich, wohin es führe, wenn man die Centralisation an einem Punkte habe fallen lassen, indeß wie die Sachen heute liegen, könne man nicht umhin, den Antrag anzunehmen.

Hörig: Auer hat die Sache recht ungeheuerlich hingestellt. Auer hat sich in Hamburg durch rücksichtsloses Auftreten viele Gegner geschaffen. Die hier nicht anwesenden Nörgeler habe Redner in Schutz zu nehmen. Die Herren vom Vorstand könnten nur keine Opposition vertragen. Wenn die intelligenten über weniger gebildete einfache Arbeiter herziehen und dieselben grob behandeln, so wundere man sich nicht, wenn ein wenig genörgelt wird.

Hasselmann: Die Centralisation wird durch Annahme des Hamburger Antrages gänzlich zerstört. Entreißt man der Partei nicht das einzige Blatt, welches noch gute Geschäfte macht. Den Nörgelern zur Liebe soll man nicht dem Organisationsbruch den Segen geben. Redner empfiehlt Ablehnung des Antrages.

Hartmann: Die Sache ist jetzt nur noch eine pure Formfrage. Wer auf das Hamburger Blatt abonniert, der thut der Partei denselben Dienst, als wenn er auf den Neuen Social-Demokrat u. a. abonniert. Die Angaben Auer's sind Wort für Wort wahr. In Hamburg hat man dem Vorstande das größte Mißtrauen in dieser Frage entgegengetragen. Die Verläumdungen wider die Vorstandsmitglieder sind unerhört gewesen. Man ist in Hamburg über den Beschluß des Congresses zur Tagesordnung übergegangen. Ueberlassen Sie das Blatt den Hamburger Genossen, Sie werden damit einer unerquicklichen Opposition den Boden entziehen.

Reimer: Es handelt sich nach den Ausführungen der Redner darum, den lieben Frieden herzustellen. Dieses hält Redner nicht für maßgebend. Es könnten z. B. die Hamburger Genossen sich verleiten lassen, den Ueberschuß des Blattes zu Herbergs-Gründungen herzugeben. Nehme man den Antrag nicht an.

Bracke hält es für selbstverständlich, daß der Antrag angenommen wird. Der Wahl-Vorstand könne leicht mit der Behörde in Konflikt gerathen, falls derselbe Eigenthumsrecht an das Blatt erwerben werde. Die Hamburger Genossen seien gewiß brav genug, um ihre Stellung nicht zu mißbrauchen.

Der Antrag wird angenommen.

Die Anträge 40 und 41 der Vorlage finden nicht genügende Unterstützung.



Strumpfen stellt folgenden Antrag:

Die Herausgeber der Parteiblätter sind verpflichtet, dem Central-Wahl-Comité, sowie der Kontrol-Kommission Freie Exemplare zuzuschicken, um dieselben genügend kontroliren zu können.

Dies wird angenommen.

Antrag 42 der Vorlage kommt zur Debatte.

Klute motivirt kurz den Antrag.

Derselbe wird angenommen.

Die Anträge 43 und 45 der Vorlage finden nicht genügende Unterstützung.

Es kommen zur Verhandlung die Anträge I. und II. von Dr. Dulk.

I. Ernennung einer Schriften-Kommission aus 3 Mitgliedern: a) zur Aufstellung socialistischer Preisfragen, welche in kleinen volkstümlichen Spezialschriften behandelt werden sollen; b) zur Beurtheilung der einlaufenden Preisschriften, Abgabe dieser Beurtheilung an das Central-Wahlcomité, event. Prämii- rung und Drucklegung der Schriften.

II. Gründung einer socialistischen Universität unter dem Namen „Genossenschule“ zu Leipzig.

Zu Antrag I. der Antragsteller:

Dulk: Die Broschüren beschäftigen sich sehr unregelmäßig mit den Hauptpunkten unseres Programms. Eine Prämii- rung der besten Arbeiten sei empfehlenswerth. Man wähle eine Kom- mission, welche die Leitung und Beaufsichtigung unserer litera- rischen Arbeiten übernimmt.

Molkenbuhr ist für den Antrag und betont, daß die Kommission auch die Preise der Broschüren bestimmen müsse; dieselben seien jetzt oftmals willkürlich bedeutend erhöht.

Antrag I. wird abgelehnt.

Zu Antrag II. erläutert

Dulk: Ich beantrage: Gründung einer Genossenschule in Leipzig. Die Ablehnung meines ersten Antrages läßt mir frei- lich wenig Hoffnung für den zweiten, jedoch bitte ich Sie, sich die Sache noch einmal gründlich zu überlegen. Die Gründung der Schule ist mit sehr wenigen Mitteln zu erzielen. Die Lei- tung möge man einer von den Schülern gewählten Genossen- schul-Kommission übertragen. Der Kommission überlasse man die Aufnahme der Schüler, so wie die Erledigung aller anderen Verwaltungsfragen. Gehen Sie auf meinen Vorschlag ein, Sie werden eine große Anzahl tüchtiger, intelligenter Agitatoren heranbilden.

Bebel ist gegen den Antrag, aus dem Grunde, weil uns die nöthigen Mittel zur Verwirklichung desselben jetzt noch fehlen.

Reimer beantragt: Der Kongreß geht über den Antrag zur Tagesordnung über, in Anbetracht dessen, daß die Mittel zur Ausführung desselben fehlen.

Antrag Reimer wird angenommen.

Richter stellt folgenden Antrag:

Die Lokalblätter dürfen ihre Berichte über gerichtliche Ver- handlungen am Orte keiner uns feindlich entgegenstehenden Zei- tung entnehmen.

Richter motivirt seinen Antrag und führt an, daß er selbst es bemerkt habe, wie das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ in Sachen der Gerichtsverhandlungen oft schlecht unterrichtet sei. Den Bericht über eine Affaire, in welcher Redner selbst engagirt war und welche sich schließlich vor dem Altonaer Strafgericht abspielte, hätte die Hamburgische Bordell-Zeitung besser gebracht, als unser Partei-Organ.

Hörig: Ihn, als Reporter, könne keine Schuld treffen. Für Altona seien besondere Berichterstatter angestellt. Im Uebri- gen sei die Sache auch nicht ganz so, wie Richter sie darge- stellt habe.

Schluß der Debatte wird angenommen.

Eingezeichnet sind noch: Hartmann, Rönnekamp, Richter.

Antrag Richter wird angenommen.

Ein von Reinders und Genossen unterzeichneter Antrag, be- treffend die Kalenderfrage, wird eingereicht und kommt sofort zur Debatte. Derselbe lautet:

Der Kongreß möge beschließen, den Socialisten Deutschlands anzuempfehlen, keine anderen Kalender herauszugeben, als den vom Central-Wohl-Comitee. Motive: Die ganze socialistische Partei Deutschlands wird dadurch geschädigt, wenn aus Ge- schäftsinteresse von einzelnen oder mehreren Personen socialistische Kalender herausgegeben werden und dadurch dem gemeinsamen Unternehmen Konkurrenz gemacht wird.

Reinders: Der von Bracke herausgegebene Kalender macht dem Partei-Kalender (Armer Conrad) die größte Konkurrenz. Wenn der Vorstand den Genossen in Barmen dafür, daß sie einen Kalender herausgeben, einen Verweis gab, so hätte auch dem Herrn Bracke ein solcher gegeben werden müssen. Die Ueberschüsse, welche aus dem Verkauf des „Armen Conrad“ er- zielt werden, kommen der Agitation zu Gute, was bei dem Bracke'schen Kalender nicht der Fall ist.

Klute: Mit dem Verkauf der verschiedenen Kalender geht es uns gerade so, wie bei dem Empfehlen der vielen Partei- Zeitungen. Der einfache Arbeiter kann bald nicht mehr heraus- finden, was er eigentlich kaufen und lesen soll. Möge man dem Herrn Bracke entgegentreten.

Richter: Schon in Wandsbeck habe ich mir vorgenommen, über den armen und reichen Conrad auf dem Kongreß zu sprechen. Im Großen und Ganzen habe ich meine Ansichten über diese Sache etwas gemildert. Was am meisten zu verwundern ist, daß der Bracke'sche Kalender immer 4 Wochen früher anonciert wird, als der Partei-Kalender. „Der arme Conrad“ kommt immer erst später nachgehinkt. Die Parteileitung möge sich wenigstens mit dem Herrn Bracke in Verbindung setzen, damit dieses nicht wieder vorkommt. Jedenfalls aber ist Herr Bracke ein besserer Geschäftsmann, als unser Partei-Vorstand.

Geib: Im vorigen Jahre war die Herstellung des „Armen Conrad“ wegen technischer Hindernisse nicht eher möglich. Der Vorstand ist in diesem Jahre rechtzeitig auf dem Platze gewesen; auch Redner könne nicht begreifen, warum Bracke in diesem Jahre so früh angefangen. In diesem Falle hat Richter Recht. Der Vorstand muß es versuchen, mit Bracke ein entsprechendes Uebereinkommen zu treffen. — Die Barmer Genossen haben den Vorstand hintergangen, indem sie nicht einmal Anzeige bei demselben von ihrem Vorhaben machten. Aus dieser Ursache ist der Vorstand ihrem Unternehmen entgegengetreten.

Winner: Eigentlich müßten allerorts Kalender herausgegeben werden; wird dieses aber nicht gestattet und erhalten einzelne Genossen darum, daß sie einen Kalender herausgeben, einen Verweis vom Vorstande, so müsse man die Herausgabe Jedem verbieten.

Bracke: Redner käme es sehr erwünscht, daß er hier auf dem Kongresse einmal diese Angelegenheit besprechen könne. Der von ihm herausgegebene Kalender mache dem „Armen Conrad“ wenig Konkurrenz. Die Colporteurs hätten stets von ihm die Anweisung erhalten, dort, wo der „Arme Conrad“ gekauft würde, seinen Kalender nicht feilzubieten. Ueber die finanzielle Lage seines Kalenders bemerke er Folgendes: Im Jahre 1874 hätte derselbe ein Defizit von nahe an 600 Mark gemacht. 1875 hätte die Einnahme die Ausgaben gedeckt und dieses Jahr hoffe er auf einen kleinen Ueberschuß, welcher dann dem „Braunschweiger Volksfreund“ zu Gute kommen solle. Er (Redner) wolle an dem Unternehmen keinen Groschen verdienen. Fasse der Kongreß den Beschluß, daß sein Kalender aufhören solle, zu erscheinen, so würde er sofort diesem Beschlusse nachkommen.

Lange: Auch die Genossen im Wuppertal haben einen Kalender herausgegeben, und kann man denselben ganz gewiß nicht vorwerfen, daß sie dieses nicht im Interesse der Partei gethan. Die betreffende Notiz, welche von Seiten des Vorstandes in dem offiziellen Partei-Organ veröffentlicht wurde, war eine Beleidigung der Wuppertaler Arbeiter.

Hasselman: Geib's Ausdruck über die Handlungsweise der Barmer Genossen ist zu scharf und ungerechtfertigt. Redner müsse dieselben in dieser Sache in Schutz nehmen. — Hier gelte auch das alte Sprüchwort, welches von den großen und kleinen Dieben spricht. — Die Barmer Genossen haben in dem guten Glauben gehandelt, daß ihr Vorgehen ein korrektes sei. — Der Barmer Kalender macht dem Partei-Kalender keine Concurrenz. Möge der Vorstand den Barmer Genossen über seine Handlungsweise genügende Aufklärung geben.

Frid: Wenn man Annoncen, welche das Erscheinen von derartigen Concurrenz-Unternehmungen verkünden, Seitens der Verwaltung der Lokalblätter zurückweist, so hat man damit der Concurrenz die Spitze abgebrochen. — Die Auseinandersetzungen Bracke's hätten Redner im Uebrigen sehr befriedigt.

Bebel: Redner hebt hervor, daß der Bracke'sche Kalender in Kreise bringe, wo hinein unser Partei-Kalender nicht komme; dieser würde aus deshalb wenig Schaden, aber sehr viel Nutzen. Derselbe sei ein vorzüglicher Bauern-Kalender. — In der Partei trage man sich noch häufig mit der verkehrten Ansicht herum, daß Alles von einem Centralpunkt aus in Scene gesetzt werden könne. Diese Ansicht ist mit der Zeit immer weniger zu verwirklichen.

Der Antrag von Reinders und Genossen wird angenommen.

Ein Antrag von Meister, „alle Drucksachen, welche für Rechnung des Central-Wahl-Comité's angefertigt werden müssen, sind in der Berliner Affociations-Buchdruckerei zu drucken, indem hierdurch ein Gleichgewicht gegenüber der Leipziger Druckerei hergestellt wird“, wird ebenfalls angenommen.

Es folgt sodann Bestimmung der Gehälter für die beiden Redakteure des Central-Organs.

Muer: Der Congreß hat schon bei einer andern Gelegenheit bestimmt, daß beide Redakteure einen gleichmäßigen Gehalt erhalten sollen, er beantrage demgemäß, einem Jeden 65 Thlr. pro Monat zu bezahlen.

Holzhauser will auch, daß gleiche Gehälter bezahlt werden.

Breuel ist ebenfalls für gleichmäßige Bezahlung, befürchtet aber, daß Liebknecht damit nicht zufrieden ist, da derselbe bisher jährlich 1000 Thlr. bezog.

Der Vorsitzende erklärt Namens Liebknecht's, daß derselbe mit 65 Thlr. zufrieden sei.

Hasselman ist der Ansicht, daß es nicht recht wäre, wenn man Liebknecht geringer stellen wollte, als früher.

Grottkau will erst wissen, ob beide Redakteure bei diesem Gehalte auch die „Neue Welt“ redigiren müssen.

Liebknecht erklärt, daß er nicht mehr Gehalt will (excl. der

„Neuen Welt“), und auch keine größeren Ansprüche mache, als die proponirten.

Grottkau erklärt nun, daß er für ein höheres Gehalt gestimmt hätte, wenn auch die Redaktion der „Neuen Welt“ darunter einbegriffen gewesen wäre.

Bebel erklärt, daß in dem bisherigen Gehalt Liebknecht's von 1000 Thlr. auch die Arbeit für die „Neue Welt“ mit einbegriffen war. Wenn aber nun von einer Seite gesagt wurde: „Proletarier können nur Proletarier-Gehalte bezahlen“, so betone ich, daß dieser Gehalt für die hierfür geleistete Arbeit in der That nur ein Proletarier-Gehalt ist, im Vergleich mit den von der Bourgeoisie für ähnliche Leistungen bezahlten Gehältern.

Hartmann bemerkt, daß es Unrecht wäre, wenn man eine größere geistige Arbeit nicht höher anschlagen wollte, als eine gewöhnliche.

Reinders glaubt, daß auch das Gehalt für die Redaktion der „Neuen Welt“ festgestellt werden sollte.

Grottkau spricht aus, daß wir unsere Beamten anständig bezahlen müssen.

Beschlossen wird 65 Thlr. pro Monat für jeden der beiden Redakteure des Central-Organs auszusetzen.

Hierauf wird zur Angelegenheit Richter's übergegangen.

Richter: Ich will kurz und sachlich sein. Es hat vielleicht den Anschein gehabt, als ob ich ein Gegner der Vereinigung sei. Ich habe mich bemüht, die 1869 eingetretene Spaltung zu beseitigen, und schon in einer Vorstandssitzung des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins zu Hannover für die Vereinigung gewirkt, auch Geib davon in Kenntniß gesetzt. — Doch wurde der betreffende Antrag verworfen. — Es kamen dann die Ereignisse des Jahres 1870 und 1871, und machte ich dann wiederum die Einigungsversuche bei Liebknecht und Fritzsche. Später unternahm ich mit Winter eine Agitationsreise in Westfalen und wirkte auf die Vereinigung hin. Hasenclever wurde 1874 u. A. von mir veranlaßt, daß im „N. Social-Demokrat“ die Reden der Reichstags-Abgeordneten beider Richtungen unverändert Aufnahme finden sollten. Später kam ich zur Erkenntniß, daß denn doch prinzipielle Unterschiede vorhanden sind, so zwischen dem allgemeinen direkten Wahlrecht und der direkten Gesetzgebung durch das Volk. Von Seiten des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins galt früher die Losung: „Durch Einheit zur Freiheit“, und wurde das Nationalitätsprinzip befürwortet. Deshalb glaubte ich, daß der Einigung mit den „Eisenachern“ doch prinzipielle Hindernisse im Wege lägen. Da ich aber die Einigung für wünschenswerth und nothwendig hielt, war es mir sehr unlieb, daß ich dem vorjährigen Einigungs-Congreß nicht beimohnen konnte, hätte auch gewünscht,

daß die Bräuer'sche Fraktion dort zugelassen worden wäre. Bei einer Volks-Versammlung in Wandsbeck, in welcher ich über die agitatorische und literarische Thätigkeit Schweizer's sprach, wurde ich von Hartmann in heftiger Weise angegriffen. — Bei einer gleichen Versammlung in Berlin erklärte ich, daß ich die Hoffnung noch nicht aufgab, daß eine Einigung mit den Anhängern Bräuer's zu Stande käme. Ich wurde dann zum Vorstände geladen, konnte mich aber nicht mit ihm verständigen. Eine zweite Sitzung sollte stattfinden; ich traf aber nur Derossi, da die Zeugen am Kommen verhindert waren, bekam wiederholte Einladung, konnte dann jedoch nicht erscheinen. Ich will aber erklären, daß ich der Einigung kein Hinderniß in den Weg gelegt habe, und gebe die Versicherung, daß ich im Ganzen und Großen, abgesehen von einzelnen Abweichungen, mit den Prinzipien der Partei einverstanden bin.

Es wird der Antrag eingebracht, daß Richter, wenn er das Programm der socialistischen Arbeiterpartei anerkennt, vom Congreß als wieder zur Partei gehörig betrachtet wird.

Auer: Ich bedaure, daß Richter nicht damals so maßvoll gesprochen hat, wie auf dem heutigen Congreß. — Zwischen mir und Richter ist das Tischtuch entzweigefchnitten.

Zur Charakterisirung des Verhältnisses zwischen dem Vorstände und Richter verliest Auer folgenden Brief des Vorstandes an Daßbach in Hanau:

Hamburg, den 29. April 1876.

Werther Parteigenosse!

Vor Allem muß ein Irrthum, der sich bei Ihnen eingeschlichen hat, beseitigt werden. Sie meinen nämlich, daß der Ausschluß Richter's nur erfolgt sei, weil derselbe sich mit der Parteileitung überworfen hat; diese Auffassung ist nun durchweg falsch und will ich Ihnen dies kurz beweisen.

Richter hat zwar, das ist richtig, gegen die Einrichtung des Vorstandes Opposition gemacht und war es besonders der Posten des ersten Vorsitzenden, den er für überflüssig erklärte. Außerdem mußte Richter auch sonst noch Manches auf den Vorstand zu raisonniren, indeß berührte uns dies sehr wenig. Wir alle kennen Richter schon seit Jahren und wissen sowohl seine Vorzüge wie Schattenseiten zu würdigen, und kümmerten uns deshalb thatsächlich nicht um ihn.

Richter indeß dachte anders. Seit Jahren schon ist, wie Sie dies ja auch wissen müssen, gegen Richter, im Arbeiter-Verein sowohl, als wie bei den alten Eisenachern, eine starke Strömung gewesen. Richter war vielen Genosse direkt verhaßt. Dieser Haß nun, der eben schon von früher her datirte, machte sich in verschiedener Weise Luft. Sie wissen, daß auf dem Kon-

groß in Gotha ein Theil der Delegirten in Lachen ausbrach, als Richter zum 2. Vorsitzenden vorgeschlagen wurde. Daß dies Vorkommiß unangenehm für Richter war, unterliegt keinem Zweifel, aber Schuld daran waren doch wir im Vorstande gewiß nicht. In Gotha wurde ferner zwischen Meister und Fritzsche auch die Frage wegen der Kandidatur in Hannover abgekartet, noch bevor die Partei konstituiert war. Das war für Richter ebenfalls unangenehm, aber wir konnten doch nicht dazu, daß Richter in Hannover Feinde hatte, welche seine Wiederaufstellung hintertrieben! Die Hannover'schen Genossen traten an den neuen Parteivorstand nicht mit der Frage heran: wen sollen wir aufstellen, Fritzsche oder Richter? sondern sie kamen mit der vollendeten Thatsache zu uns und die war, daß sie Fritzsche als ihren Kandidaten erklärten und von der Partei Unterstützung verlangten.

Alle diese Dinge nun, welche sich sehr einfach erklärten, wenn Richter nur die Sachen und Vorkommnisse nüchtern betrachteten wollte, schob er auf Conto von Intriguen, welche von dem Vorstand eingefädelt seien. Nun begann auch die Opposition gegen den Vorstand und gegen die Partei überhaupt. Das erste war, daß er in Hamburg einen gestellten Antrag aufnahm, wonach in Volksversammlungen nur Lassalle'sche Broschüren verkauft werden sollten. Bei der Motivirung dieses Antrages erging er sich in den gemeinsten Zoten gegen Parteigenossen der alten Eisenacher Fraktion, so gegen Geib, Bracke, Bahlreich, Liebknecht und Becker. Bei dieser Gelegenheit erklärte er auch: die „Eisenacher“ hätten die Führer des Arbeitervereins gekauft und sich dadurch in den Besitz der „Milchkuh“, (Arbeiterverein) gesetzt. Bei dieser Gelegenheit und später unausgesetzt suchte er mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die alte Kluft zwischen den kaum geeinigten Gruppen dadurch wieder aufzureißen, daß er stets die Mitglieder des Arbeitervereins als die Uebertölpelten, Verkauften und Verrathenen hinstellte und dieselben aufforderte, sich zu sammeln, um zum nächsten Kongreß die alte Lassalle'sche Organisation wieder herzustellen und den „Verrath von Gotha“ wieder gut zu machen.

Eine solche Agitation, ausgehend von einem befähigten Redner und unter Socialisten, wo man in eifersüchtigster Weise daran fest hielt, daß nichts von den Lassalle'schen Anschauungen verloren gehe, war im höchsten Grade für die noch junge Partei gefährlich und war es deshalb unsere heilige Pflicht, daß wir die Sache zu ordnen suchten.

Wir luden in Folge dessen Richter ein, um mit ihm uns auseinanderzusetzen. Er kam, wir stellten ihm die Sache vor, wie sie lag, erzählten ihm den Vorgang in Hannover, erklärten ihm, daß wir nicht das Geringste gegen seine Kandidatur in

Hanau und eventuell im 6. holfstein'schen Wahlkreis haben, nur verlangten wir, daß er seine Opposition gegen die Partei aufgebe und sich damit begnüge, daß er seine eventuellen Klagen oder Abänderungsvorschläge in Bezug auf Programm und Organisation vor den nächsten Congreß bringe. Richter versprach, dem nachzukommen und sich der Organisation zu fügen. Anstatt aber Wort zu halten, ging er nach Altona und hielt dort in den von der Opposition (Ramigann und Conf.) einberufenen Versammlungen Vorträge, in welchen es lustig über die Partei herging und wo er bei Gelegenheit die Parole ausgab: „Nur auf dem **Leichnam** der in Gotha gegründeten Partei sei ein Wiedererstehen der socialistischen Propaganda im Sinne Lassalle's möglich“, und wo er weiter die Ausführung that, daß „das in Gotha geschaffene Programm jeder Fortschrittler unterschreiben könne“, und daß, „wenn es in dem Sinne in der socialistischen Partei fortgehe, im nächsten Jahre diese Partei hinter dem Sedgnfestzuge herlaufe“. Durch diese Aeußerungen und diese Agitation, welche keinen andern Zweck hatten, als die Partei in Altona, wo wir in Folge der Polizeischwierigkeiten keine Organisation haben können, zu ruiniren, zu zerklüften und so den Wahlkreis zu verderben, hatte sich Richter außer der Partei und in direkten Gegensatz zu ihr gestellt.

Hätten wir da nicht gehandelt, so hätten wir einen Verrath an der Partei begangen; der Wahlkreis Altona war verloren. Die Altonaer Genossen in ihrer erdrückenden Majorität erklärten, daß, wenn nicht Ruhe geschaffen werde, indem man Richter und Ramigann beseitige, sie keine Steuern mehr bezahlen würden, und thatsächlich waren wir in Altona soweit, daß die Versammlungen fast nicht mehr besucht wurden und sonach Alles auf dem Spiele stand. Da entschloß sich der Vorstand, nachdem wir mit hervorragenden hiesigen und Altonaer Genossen, u. A. mit Hasenclever, uns noch berathschlagten, den Ausschluß der vier Räbelsführer zu proklamiren und von dieser Zeit an ist Ruhe. Altona nimmt wieder seine alte Stellung in der Partei ein, die Opposition ist jetzt glücklich dort, wo sie von Anfang an hingehörte — bei den Bräuer'schen, und Richters Einfluß ist gebrochen.

So stehen die Dinge. Persönlich hatten wir gegen Richter nichts; daß er uns in der unerhörtesten Weise beschimpfte und die gemeinsten Motive unterschob, ließ uns kalt. Richter kann uns nicht beleidigen. Was wir thaten, mußten wir im Interesse der Partei thun, und wir würden dasselbe wiederholen, wenn es heute nothwendig gemacht würde durch einen ähnlichen Fall. Von einer Versöhnung zwischen dem Vorstand und Richter kann also nicht die Rede sein. Richter muß sich, will er den

Ausschluß rückgängig machen, mit der Partei ausföhnen. Er muß widerrufen, daß die Partei nur durch Verrath zu Stande kam; er muß widerrufen, daß er die Partei zum „Leichnam“ machen will; er muß dem Programm die ihm gebührende Ehre erweisen und dasselbe als ein socialistisches anerkennen; er muß die Parteielehre respektiren und seine Aeußerung wegen des „Hinterherlaufens am Sedanfestzuge“ zurücknehmen. Erklärt sich Richter zu diesem bereit, nun, dann kann die Partei ihn aufnehmen, thut er dies nicht, dann hält er sich von selbst fern. Die Parteielehre steht uns höher als Richter, höher als Alles. Diese zu wahren, ist heiligste Pflicht des Vorstandes und wir sind überzeugt, daß wir sie Richter gegenüber so gut wie gegen jeden anderen Angriff gewahrt haben. Wären Sie Vorstandsmitglied gewesen, Sie hätten nicht anders handeln können, wie wir gehandelt haben. Seien Sie versichert, daß im Vorstand Männer sitzen, welche durch ihre jahrelange Thätigkeit in der Partei es zu würdigen wissen, was es heißt, zwei, jahrelang so verfeindete Gruppen, wie dies die beiden socialistischen Fraktionen waren, zu vereinigen.

Wir haben jede Eigenthümlichkeit geschont und jedem auch nur halbwegs berechtigten Wunsch Rechnung getragen; wir haben Personen und Sachen mit Nachsicht behandelt. Diese Frage aber wurde von Richter so auf die Spitze getrieben, daß nur ein Kaiserschnitt uns von unabsehbar schlimmen Folgen retten konnte.

Ich habe Ihnen nun den Standpunkt des Parteivorstandes dargelegt und hoffe, daß Sie nun zu der Ueberzeugung kommen, daß der Streit nicht zwischen Vorstand und Richter, sondern zwischen Partei und Richter zu suchen ist. Setzt sich Richter mit der Partei auseinander, so liegen ihm unsererseits keine Hindernisse im Wege. Was freilich der Einzelne von uns thun wird, ist eine andere Frage, aber als Vorstand stellen wir keine Hindernisse in den Weg, wenn Richter seine, die Partei beleidigenden Aeußerungen widerruft.

Daß Prinz noch nicht bei Ihnen war, wundert uns, er hatte versprochen, so bald als möglich Ihnen Mittheilung zukommen zu lassen.

Mit Gruß und Hand  
Ihr

J. Auer.

— — Dies habe Redner geschrieben vor einer Reihe von Monaten, und steht das hier Geschilderte noch weit hinter der Wirklichkeit zurück, er könne daher nicht glauben, daß die heutigen Versicherungen Richter's, daß er die Partei nicht geschädigt, und deren Prinzipien nicht verleugnet habe, aufrichtig gemeinte sind. Redner halte dafür, daß Richter nach wie vor die Prinzipien der

Partei verleugnet, oder wenn er seine Handlungen nicht als Prinzipienverleugnung gelten lassen will, überhaupt keinen Begriff von Prinzipientreue habe.

D. Kapell beantragt, Richter als Parteigenossen anzuerkennen, da es im Interesse der Einigkeit liege, Personen, welche gefehlt haben, nach gewisser Zeit Amnestie zu ertheilen.

Meister konstatiert, daß Richter ihm (Meister) und anderen Genossen gegenüber seinerzeit erklärt habe, sich in Hannover nicht als Candidat ausstellen zu lassen, Richter auch in Hannover durch sein Verhalten jedes Vertrauen verscherzt habe.

Bebel: Ich war zur Zeit des Konfliktes zwischen Richter und dem Vorstande Vorsitzender der Controll-Commission, und wurde uns (der Controll-Commission) eine Rechnung vorgelegt, wonach für Wahlkosten für Richter 100 Thlr. verlangt wurden. Die Controll-Commission hat diese Rechnung nicht anerkannt. — Ferner hat die Controll-Commission keine Veranlassung gehabt, da Richter selbst sich nicht gegen den Vorstand beschwert hat, ein Urtheil in der Sache abzugeben.

Richter: Wenn Jemand in meinem Namen 100 Thlr. verlangt hat, so war dies mindestens eine Fälschung; Redner erzählt dann, daß es nur 40 Thlr. waren, die er für Umzugskosten erhalten hatte.

Meister erklärt, daß Richter 100 Thlr. von der Mitgliedschaft erhalten, aber bis jetzt nicht wieder bezahlt habe.

Der Antrag Kapell's wird mit 32 gegen 29 Stimmen abgelehnt.

Auf Wunsch mehrerer Congressmitglieder wird unter Zustimmung der Majorität des Congresses Richter nochmals vom Vorsitzenden aufgefordert, eine bestimmte Erklärung darüber abzugeben, ob er (Richter) das Programm der socialistischen Arbeiterpartei nach außen anerkennen und vertreten wolle.

Richter erklärt, daß er nicht agitiren werde, das Programm der socialistischen Arbeiterpartei für das weitgehendste halte, und für einen Kandidaten, der dies Programm vertreten, seine Stimme abgeben werde.

Der Vorsitzende verlangt nun eine bestimmte Antwort von Richter, da diese Antwort nicht genüge. Er präcisirt nochmals die Frage dahin, ob Richter sich auf den Boden des Programms stelle, d. h. es nach außen vertreten, Reformen vorbehaltend.

Richter bleibt bei seiner abgegebenen Erklärung stehen.

Hierauf beschließt der Congress mit allen gegen 7 Stimmen, daß er die Erklärung Richter's nicht für genügend erachte, Richter daher als Parteigenosse nicht zu betrachten sei.

Hafenclaver übernimmt den Vorsitz.

Wimmer stellt an den Congreß das Ersuchen um Wiederaufnahme Wirths.

Strecker: Die Gründe der Ausschließung waren die Schädigung des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins; Redner ist gegen eine Wiederaufnahme.

Dreesbach: Redner befindet sich auf ganz falschen Wegen; wir sind hier nicht als Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein oder „Socialistische Arbeiterpartei“ beisammen, können deshalb in dieser Angelegenheit keinen Beschluß fassen.

Bebel beantragt, diese ganze Angelegenheit dem Central-Wahl-Comité zu überlassen.

Dies wird angenommen.

Zur Verlesung kommt ein Antrag der Parteigenossen zu Mühlheim a. d. Ruhr, auf Wiederaufnahme Trieburgs gerichtet; derselbe findet keine Unterstützung.

Ein Antrag Schubert's, die Agitation im 22. sächsischen Wahlkreis betreffend, wird dem Central-Wahl-Comité überwiesen.

Zur Verhandlung kommt alsdann ferner die Feststellung der Diäten für die Reichstags-Mitglieder der Partei.

Geib verliest die Diätensätze, welche die socialistischen Abgeordneten bisher bezogen haben. Der Congreß möge entscheiden, ob in Zukunft diese Sätze beibehalten werden sollen.

Hartmann wünscht, daß Seitens des Congresses ein präziser Beschluß gefaßt werde, damit die Central-Wahlbehörde wisse, wie sie zu handeln habe.

Dreesbach hält die bisherige Zahlung von Diäten an die Reichstags-Abgeordneten für unrichtig; wenn die besoldeten Beamten für jeden Tag, den sie im Reichstag zubringen, 8 Mark erhalten, so stehen sich dieselben jedenfalls besser, als die Nichtbeamten, die pro Tag mit 9 Mark dotirt sind. — Redner beantragt, daß in Zukunft ein einheitlicher Satz festgestellt, etwa 9 oder 12 Mark, und daß dann den besoldeten Beamten das an ihrem Gehalt Fehlende zugelegt werde.

Breuel: Die bisherigen Diäten-Zahlungs-Sätze haben in Hamburg viel Staub aufgewirbelt. Redner meint, daß diejenigen Abgeordneten, die Beamte der Partei sind, keiner besonderen Entschädigung bedürfen. Redner stellt den Antrag:

„Die in Berlin wohnenden Parteibeamten erhalten für ihre Bemühungen im Reichstage keine Entschädigung. —

Die Parteibeamten von auswärts erhalten 3 M. Diäten.“

Könneklamp: Den Staub, der in Hamburg bezüglich der Redakteur-Gehälter aufgewirbelt, haben hauptsächlich diejenigen Herren geschürt, die sich zu den intellektuell fortgeschrittenen Elementen zählen, die da behaupteten, unsere Redakteure könnten anderswo 3- bis 4000 Thlr. verdienen, was ich bezweifle; ich

glaube, daß, wenn sie dem Grundsatz huldigen, lieber einem dürftigen Manne das Feld bestellen, als einen Deut gegen ihre Ueberzeugung schreiben, es ihnen dann geht wie Feuerbach.

Reinders stellt den Antrag:

„Jeder socialistische Reichstags-Abgeordnete erhält an Diäten, unter Einrechnung des ihm von der Partei zu zahlenden Gehalts, täglich 9 Mark, falls er in Berlin, und 12 Mark, falls er in einem andern Orte wohnt.“

Geib, Auer, Derossi und Genossen stellen folgenden Antrag:

„Jeder Abgeordnete erhält an Diäten, falls er als besoldeter Parteibeamter mit mindestens 100 Mark Gehalt monatlich angestellt ist, täglich 6 Mark, sofern er jedoch in Berlin wohnhaft ist, 3 Mark; jeder Abgeordnete, welcher kein besoldeter Parteibeamter ist, erhält täglich 9 Mark Diäten.“

Fritzsche: Es wäre eine Benachtheiligung, wenn man den in Berlin wohnenden Abgeordneten, welche in Parteidiensten stehen, keine Diäten zahlen wollte; vornehmlich würde das die Verheiratheten schwer treffen; dieselben müssen außer dem Hause essen, da die Sitzungen von Morgens 10 bis 5 Uhr Nachmittags dauern, in der Haushaltung müssen solche Abgeordnete aber deshalb doch die gleiche Summe Wirtschaftsgeld gebrauchen. Wenn auch nicht 3 Mark bewilligt, so kann doch unmöglich jede Vergütung verweigert werden.

Bebel: Als alter „Parlamentarier“, der eine große Zahl Sessionen in Berlin verlebt, wolle er auf Grund seiner Erfahrungen auch einige Worte bemerken. Es sei hier dagegen opponirt worden, daß man außerhalb Berlins wohnenden Beamten der Partei täglich 6 Mark Diäten gebe. Er sei der Ansicht, daß die Beamten dabei Geld zusehen müßten, — einerlei, ob sie ein festes Logis nähmen, oder im Hotel wohnten. Im erstern Falle müßten sie auch die Tage bezahlen, wo sie nicht anwesend seien, und da unter 10 Thlr. monatlich in Berlin kein Zimmer zu bekommen wäre, so könnten sie ihr Logis auf 20 Groschen täglich veranschlagen. Dazu komme nun Frühstück, Mittagbrod, das die Vertreter auch nicht in jeder beliebigen Restauration bekommen könnten, da die Sitzungen vor 4 oder 5 Uhr nie aus seien, ferner Abendbrod, und so mancherlei andere Ausgaben. Käme ein Vertreter selten nach Berlin, so käme er noch schlechter weg, denn ein Hotelquartier sei unter 2 Mark unmöglich, und dazu kämen noch die Trinkgelder und der theure Kaffee. — Er mache wenig Ansprüche, aber er habe genau über seine Einnahmen und Ausgaben in Berlin Buch geführt, und gefunden, daß ihm, wenn er



Kleidung und Wäsche rechne, von den 9 Mark, die er als Nichtbeamter der Partei für den Tag, den er dort sei, beziehe, Nichts übrig bleibe. Er halte aber auch die drei Mark, welche die in Berlin wohnenden Beamten der Partei in ihrer Stellung als Reichstagsabgeordnete bezögen, für nicht zu hoch. Dieselben mußten häufig anderswo und zwar theurer essen; in ihrer Anstellung als Beamte seien sie zur Ausübung ihrer Thätigkeit verpflichtet und wären, häufig genöthigt bei den großen Entfernungen in Berlin per Droschke zu fahren, um rechtzeitig am Platze zu sein. Er befürworte, die von Geib vorgeschlagenen Sätze zu bewilligen.

Liebknecht. Die Diäten und Zuschüsse für Agitation während der Session reichen nur knapp aus; an Ersparnisse sei nicht zu denken, im Gegentheil. — Es sei ihm nicht eingefallen, durch Annahme des Gehalts von 65 Thlr. sein früheres Gehalt indirekt als zu hoch anzuerkennen. Er werde sich aber zu helfen wissen. Zum Glück sei er nicht in dem von Könnekamp ihm gestellten Dilemma, à la Feuerbach verhungern zu müssen, wenn er nicht als „Stellenjäger“ bei der Partei sein Gnadenbrod finde. Ob der Congreß à la Bismarck die Diäten verweigere, oder ob er sie bewillige, sei ihm, Redner, ganz gleichgültig. Er werde in jedem Falle seine Schuldigkeit thun. Die Partei möge sich aber nicht blamiren.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen von Liebknecht und Könnekamp wird bei der Abstimmung der Antrag von Geib und Genossen angenommen; es fallen damit die Anträge von Breuel und Reinders.

Zur Debatte kommt die Gehaltsfrage der Agitatoren.

Ein Antrag von Frick, den bisherigen Gehaltssatz beizubehalten, wird angenommen. Derselbe besagt, daß ein ständiger Agitator monatlich 135 Mark erhält; auf Reisen außerhalb des betreffenden Agitationsgebietes erhält außerdem ein Lediger 1,50 M., ein Verheiratheter 3,00 Mtk. täglich Zuschuß. Nicht fest angestellte Agitatoren erhalten, wenn ledig, täglich 6,00 Mark, wenn verheirathet, täglich 7,50 Mark Diäten.

Ein Antrag von Strecker, daß die Diäten für die Reichstagsabgeordneten in der Abrechnung unter einer besonderen Rubrik aufgeführt werden, wird dem Centralwahlkomitee überwiesen.

Ein Antrag Mollenbuhrs, Abänderung des Programms betreffend, findet keine Unterstützung.

Geib verliest eine Zuschrift von Enz in Genf, worin der Briefschreiber sich gegen die Redacteurs des „Volksstaat“ und der „Neuen Welt“ beklagt. Dieselbe wird der Centralwahlbehörde zur Erledigung überwiesen.

In die Commission zur Fertigstellung des Congreßprotokolls werden gewählt: Hasenclever, Geib, Horig, Derossi und A. Kapell.

Nunmehr erklärt der Vorsitzende Hasenclever, daß die Tagesordnung des Congresses völlig erschöpft sei. Redner fordert die Delegirten, nach wohlgethaner, schwerer und ausdauernder Arbeit, zum festen und treuen Ausharren für unsere neugestärkte Sache auf und schließt den Congreß mit einem dreifachen Hoch auf die Proletarier aller Länder. In diesen Hochruf stimmt der Congreß begeistert ein.

Schluß des Congresses Nachts 1 Uhr.

Die Schriftführer:

Breuel. Löwenstein. Burckhardt.

# Verzeichniß

der Delegirten und der durch sie vertretenen Orte.

- 1) Auer, J., (Hamburg), Zug, Camenz, Wilkau, Tschöe.
- 2) Bebel, A., (Leipzig), Gildesheim.
- 3) Bock, W., (Gotha), Gotha, Arnstadt, Gießen, Langensalza.
- 4) Bracke, W., (Braunschweig), Braunschweig, Wolfenbüttel, Broitzen.
- 5) Bennewitz, F. W., (Hohenstein), Hohenstein-Ernstthal, Lichtenstein = Callenberg, Oberlungwitz, Mülsen St. Jakob und Micheln, Waldenburg i. S.
- 6) Breuel, C., (Hamburg), Kl. Grasbrook, Hohensfelde = Burgfelde, Altermöhe, Simsbüttel, Bergedorf, Geesthacht, Ochsenwärder, Warmbeck, Eppendorf, Steinwärder, Otterndorf, Fuhsbüttel, Cuxhafen, Altingamme, Neuengamme.
- 7) Bedenbahl, F., (Fürth), Erlangen.
- 8) Brasch, H., (Altona), Kellinghusen, Bramstedt, Ahrensburg, Apenrade.
- 9) Bronnemeyer, C., (Göppingen), Göppingen, Eßlingen, Hall, Pfullingen.
- 10) Bluhm, R., (Böhl), Plauen, Delsnitz, Vogtsberg, Geitzsdorf.
- 11) Brüning, C., (Delitzsch), Delitzsch.
- 12) Daßbach, M., (Hanau), Hanau, Groß-Alheim, Langendiebach, Dörnigheim, Rückingen.
- 13) Dorn, J., (Apolda), Apolda.
- 14) Derossi, (Hamburg), Düsseldorf, Buntenthor.
- 15) Dreesbach, A., (Cassel), Neustadt a. d. Orla, Neustadt a. d. Hardt, Hasloch, Ebentzen, Heidelberg.
- 16) Dull, A., (Stuttgart), Pforzheim, Hall, Pfullingen, Eßlingen.
- 17) Demmler, C., (Geyer), Geyer, Stollberg, Löbnitz, Annaberg-Buchholz, Oberwüschitz, Schneeberg, Thalheim.
- 18) Ehrhardt, F. J., (Mannheim), Lambrecht, Mutterstadt, Mannheim, Oggersheim, Speyer, Frankenthal Ludwigshafen.
- 19) Eckstein, L., (Deuben), Strießen, Löbtau.
- 20) Fischer, L., (Coburg), Coburg.

- 21) Fischer, N., (Augsburg), Augsburg, Lechhausen, Fettelbach, Kaufbeuren.
- 22) Frauenhoff, B., (Osnabrück), Osnabrück.
- 23) Frohme, C., (Bodenheim), Frankfurt a. M., Bockenheim, Bornheim.
- 24) Fried, W., (Bremen), Hagen, Delmenhorst, Bremen, Oldenburg i. D., Hastedt.
- 25) Finn, C., (Berlin), Wilster, Krempe.
- 26) Frißsche, F. W., (Berlin), Meißen, Großenhain.
- 27) Geib, A., (Hamburg), Iserlohn, Mölln, Lauenburg, Jüterbog, Heide.
- 28) Grillenberger, C., (Nürnberg), Nürnberg, Schweinau.
- 29) Gries, C., (Darmstadt), Darmstadt.
- 30) Grottkau, P., (Berlin), Berlin.
- 31) Hasselmann, W., (Berlin), Bausen, Berlin, Wald.
- 32) Holzhauer, C., (Ottenen), Ottenen.
- 33) Habermann, W., (Magdeburg), Altenweddingen, Salze a. S., Uchersleben, Staßfurth.
- 34) Häusler, D., (Frohburg), Rochlitz, Großsch, Geithain, Lungenau, Frohburg, Golditz.
- 35) Habel, A., (Suhl), Suhl, Goldlauter, Zella.
- 36) Heyer, J., (Altona), Neustadt i. H., Gutin, Tondern, Oldenburg i. H.
- 37) Hartmann, W., (Hamburg), Hamburg.
- 38) Haase, H., (Lübeck), Lübeck.
- 39) Hasenclever, W., (Hamburg), Altona, Minden.
- 40) Hochstein, R., (Böbneck), Weida, Böbneck.
- 41) Hörig, A., (Hamburg), Hamburg, Zittau.
- 42) Hablich, A., (Leipzig), Danzig.
- 43) Hirsch, C., Deutsche Arbeiter zu Paris.
- 44) Kapell, A., (Hamburg), Bremerhafen.
- 45) Kapell, D., (Berlin), Sorau, Berge, Forst, Sommerfeld, Triebel.
- 46) Kellner, H., (Saalfeld), Sonneberg, Saalfeld.
- 47) Klute, F., (Erfurt), Erfurt.
- 48) Kless, W., (Budau), Halberstadt, Budau, Magdeburg.
- 49) Regel, M., (Chemnitz), Mittweida, Limbach.
- 50) Kluge, A., (Wandabeck), Wandabeck.
- 51) Kayser, M., (Dresden), Dresden, Birna.
- 52) Kettel, C., (Apolda), St. Bürgel, Berla.
- 53) Kuhlmann, L., (Bielefeld), Bielefeld, Dortmund.
- 54) Lange, H., (Barmen), Elberfeld, Barmen, Remscheid.
- 55) Liebknecht, W., (Leipzig), Cottbus, Dschag, Urdingen, Offenbach, Dietesheim, Hausen, Obertshausen.
- 56) Leuschke, C., (Meiningen), Meiningen.

- 57) Löwenstein, G., (Fürth), Fürth, Bruck.
- 58) Lingner, L., (Achim), Achim.
- 59) Leyendecker, J., (Mainz), Mainz, Gartenfeld.
- 60) Most, J., (Berlin), Berlin, Ronsdorf, Chemnitz.
- 61) Mehlhorn, J., (Glauchau), Glauchau.
- 62) Motteler, J., (Leipzig), Verdau, Zwickau, Schedewitz.
- 63) Mollenbuhr, H., (Ottenfen), Ottenfen, Lohstedt.
- 64) Meister, H., (Hannover), Hannover.
- 65) Oldenburg, H., (Hamburg), Rendsburg, Eckernförde, Kiel, Neumünster i. S.
- 66) Ohlig, H., (Heusenstamm), Offenbach, Seligenstadt, Heusenstamm.
- 67) Rönnekeamp, J., (Hamburg), Rothenburgsort, Hamm-Horn.
- 68) Richter, G. B., (Wandsbeck), Wandsbeck.
- 69) Rick, G., (Würzburg), Würzburg.
- 70) Ries, A., (Köln), Köln, Kalk-Nippes.
- 71) Röbiger, H., (Halle), Halle, Löbejün, Rothenburg.
- 72) Reinders, R. P., (Breslau), Breslau.
- 73) Reimer, D., (Berlin), Berlin.
- 74) Reichelt, A., (Apolba), Münchenbernsdorf.
- 75) Radow, H., (Berlin), Brandenburg, Köpenick.
- 76) Risch, G., (Altenburg), Schmölln, Ronneburg, Altenburg, Gößnitz.
- 77) Schönhals, R., (Freiberg), Deberan, Hainichen, Freiberg, Halsbrücke.
- 78) Schubert, W., (Kirchberg), Reichenbach i. B., Kirchberg.
- 79) Staub, A., (Braunschweig), Wieba.
- 80) Stolle, W., (Crimmitschau), Crimmitschau.
- 81) Strumpen, H., (Essen), Essen-Altendorf, Mühlheim a. d. R.
- 82) Stäger, J., (Leipzig), Leipzig.
- 83) Schulz, R., (Ottenfen), Pinneberg, Glückstadt, Barmstedt, Uetersen, Elmshorn.
- 84) Strecker, G., (Cassel), Cassel.
- 85) Steffen, D., (Harburg), Harburg, Reiherstieg.
- 86) Stuhl, H., (Gotha), Frankfurt a. D.
- 87) Treuter, G., (Greiz), Greiz, Mylau, Netzschau, Auerbach, Treuen, Elsterberg, Lengsfeld, Falkenstein, Hammerbrück, Gera, Zeulenroda.
- 88) Tennhardt, R., (Naumburg), Naumburg a. S.
- 89) Trost, J., (Kleinzschocher), Thonberg, Kleinzschocher, Blagwitz.
- 90) Ufert, W., (Weimar), Weimar, Eisenach.

- 91) Wahlteich, J., (Chemnitz), Chemnitz, Frankenberg.
  - 92) Voigt, J., (Meerane), Meerane.
  - 93) Wichtendahl, H., (Celle), Celle.
  - 94) Wiemer, Ph., (Chemnitz), Schloß-Chemnitz, Zschopau, Altendorf, Leufersdorf, Neukirchen, Rappel-Schönau, Gelsenau, Alt-Chemnitz, Gablenz.
  - 95) Winner, H., (Wettendorf), Wattenscheidt, Cickel.
  - 96) Weiß, G., (Pegau), Pegau.
  - 97) Zielowsky, G., (Stettin), Pommerenzdorf, Stettin.
  - 98) Zwiabler, A., (Buckau), Bernburg, Neuendorf, Cöthen, Coswig, Zeitz, Dessau.
- Folgende angemeldete Delegirte sind nicht erschienen, und haben dieselben ihre Mandate übertragen:
- Fenske, (Eisenach), Eisenach, auf Ufert.
  - Wolf, (Mühlheim), Offenbach, auf Liebknecht.
  - Fust, Suhl, auf Habel.
  - Kersten, (Dürrenberg), Cottbus, auf Liebknecht.
- 98 Delegirte, 291 Orte, 38,254 Mandanten.

Laut Congreß-Beschluß erscheint seit 1. October in Leipzig an Stelle des „Volksstaat“ und des „Neuen Social-Demokrat“:

## „Vorwärts“

Central-Organ der Social-Demokratie Deutschlands.

Redacteurs: W. Hasenclever und W. Liebknecht.

Die Erscheinungstage sind, wie bei den früheren Partei-Blättern „Volksstaat“ und „Neuer Social-Demokrat“: Sonntag, Mittwoch und Freitag.

Der Preis desselben beträgt pro Vierteljahr 1 Mark 60 Pf. Man abonniert bei allen Postanstalten, sowie bei den bisherigen bekannten Bezugsquellen.

Der „Vorwärts“ ist im 11. Nachtrage der Post-Zeitungs-Preisliste unter Nr. 3770a, Seite 2, eingetragen, was bei Postbestellungen zu berücksichtigen ist.

Die Gesinnungs-Genossen allerorts werden hiermit aufgefordert, für die weiteste Verbreitung des „Vorwärts“, als einziges Haupt-Partei-Organ, durch eigene Abonnements, sowie durch Beschaffung solcher an Andere, thatkräftig eintreten zu wollen.

Das Central-Organ ist die Seele der Partei; in ihm und durch dasselbe wird die Einheit der Partei sich zu zeigen haben. Also noch einmal: Das Central-Organ vor allen anderen hochgehalten, dann wird auch die Partei vor allen etwaigen Ver suchen, ihre Einheit zu lockern, bewahrt bleiben.

Hamburg, im October 1876.

Der Vorstand.

Im Verlage der Genossenschafts-Buchdruckerei zu Leipzig ist erschienen und durch dieselbe zu beziehen:

## Der arme Conrad.

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1877.

Der selbe ist ca. 100 Seiten stark und enthält außer dem mit Bignetten verzierten protestantischen, katholischen und griechischen Calendarium, Geschichtskalender, Wetterregeln, Biographisches Calendarium, Auf- und Untergang von Sonne und Mond, Tageslänge, Planeten-Erscheinungen etc. Ferner: Eine Einleitung. In Acht und Bann. Novelle von Robert Schweichel. Einiges aus dem Haushalt der Natur. Von Joh. Most. Eine Epistel über Kindererziehung. Von C. Kophach. Eine Nacht in Paris. Von J. Ph. Beder. Glückliche Ehen. Von W. Hasenclever. Ferdinand Lassalle. Biographie. Ludwig Feuerbach. Biographie. Ein Bastard der Revolution. Von Wilh. Bloß. Amerikanische Geschäftsleute. Von Otto-Walster. Zum Gedächtniß. Gedicht von Silvanus. Anekdoten und Sinnsprüche. Räthsel. Sprichwörter. Interessante statistische Mittheilungen. Markt-Verzeichnisse für den Regierungsbezirk Breslau, Königsberg, Schleswig-Holstein und die Hansestädte, Anhalt, Sachsen, Düsseldorf, Bayern; Reg.-Bez. Aachen, Münster, Stettin, Hannover, Thüringen u. s. w. Ebbe- und Fluth-Tabelle.

### Illustrationen:

Ein Titelbild. Die Portraits Lassalle's und Feuerbach's. Eine humoristische Illustration: „Der Couponabschneider.“

Bei dieser gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet nur 40 Pf., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pf., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzupfehlen, für jedes Exemplar brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzusenden, wofür wir es franco per Kreuzband zusenden.

Die Lieferung des Kalenders kann nur gegen Baar oder Postnachnahme geschehen.

Auf Posten von 1 Thl. aufwärts berechnen wir  
brochirt 25 Pf. pro Stück } netto gegen baar.  
gebunden 40 " " "

Bestellungen von Hamburg-Altona-Wandsbeck, jedoch nur von diesen drei Orten, bitten wir direkt in Hamburg, bei der Expedition des „Hamb.-Alt. Volksblatt“ zu machen. — Preiserhöhung findet durch solche Bestellungen nicht statt.

Leipzig, im August 1876.

Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig,  
Färberstraße 12/II.

Auch zu beziehen durch die Allgemeine deutsche Associations-Buchdruckerei zu Berlin, SO., Kaiser-Franz-Crenadier-Platz 8a, III. Hof, 2 Treppen.